#13
NOVEMBER 2026

VHD
Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands

VHD JOURNAL

Art. 5 Abs. 3 GG

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Eine Bestandsaufnahme der (internationalen) Geschichtswissenschaft und ihrer Bedrohungen

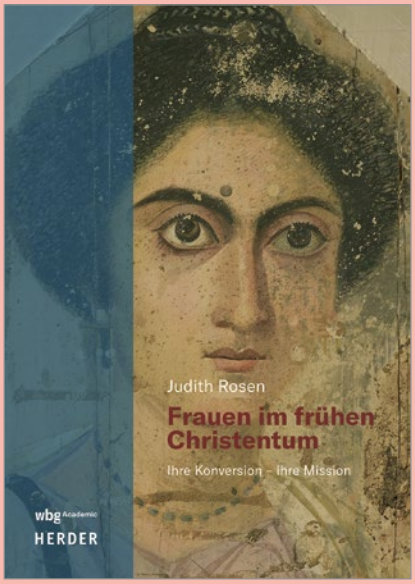
Das VHD Journal ist die Mitgliederzeitschrift des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V.
ISSN 2943-5064

Publizieren beim Verlag Herder
unter dem Label **wbg Academic**

Die Publishing Services beim Verlag Herder bieten Ihnen ein zeitgemäßes Angebot zur Veröffentlichung Ihrer Schriften. Traditionelle Verlagsarbeit mit persönlicher Betreuung trifft auf digitalen Druck, gut organisierte Vertriebswege und ein offenes Bekenntnis zu Open Access.

Ob wissenschaftliche Monografie, Sammelband, Qualifikationsarbeit oder Schriftenreihe: Wir unterstützen Sie bei Ihrem Publikationsvorhaben. **Unkompliziert, qualitativ hochwertig und zu fairen Konditionen!**

Neueste Titel:



368 S. | € 36,00
ISBN 978-3-534-64282-3



560 S. | € 65,00
ISBN 978-3-534-64308-0



680 S. | € 84,00
ISBN 978-3-534-64116-1

Wollen auch Sie mit uns publizieren?
Dann sprechen Sie uns gerne an!

Dr. Jan-Pieter Forßmann
Programmleiter Publishing Services

E-Mail: jan-pieter.forssmann@herder.de

Alle Titel unter
> herder.de/wbg-academic

EDITORIAL

LIEBE MITGLIEDER DES VERBANDS,

bereits vor einigen Monaten haben wir uns für das Thema *Bestandsaufnahme der (internationalen) Geschichtswissenschaft – und ihrer Bedrohungen* entschieden und verschiedene seiner Dimensionen diskutiert. Nach den letzten zwei Landtagswahlen hat die politische Wirklichkeit in Deutschland die Dringlichkeit unseres Anliegens noch einmal deutlicher gemacht. Befürchtungen, die wir hatten, drohen sich zu realisieren.

Konkret zeigen sich diese Gefahren im Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) von Sachsen-Anhalt. Es bedroht die Geschichtswissenschaft in dreierlei Weise: Unter der Forderung, die vermeintlich »unwissenschaftlichen« (Regierungsprogramm, S. 93) Geistes- und Sozialwissenschaften müssten ›wieder wissenschaftlich‹ werden, geraten kritische Forschungsansätze unter Druck, vor allem solche, die mit Gender Studies und postkolonialen Perspektiven verbunden sind. Wie solche Eingriffe in Forschung und Lehre international bereits realisiert wurden und werden, lässt sich in mehreren Beiträgen dieser Ausgabe nachlesen. Auch im Schulbereich sieht die AfD eine stärkere Standardisierung der Unterrichtsinhalte vor: »Nichts spricht dagegen, landesweit pro Schulform und Jahrgangsstufe die gleichen durch das Bildungsministerium festgelegten Lehrmaterialien zu verwenden« (ebd., S. 86). Unter der Überschrift »Die Universität ist keine Räterepublik!« (ebd., S. 96) werden zudem Partizipationsmöglichkeiten nichtprofessoraler Statusgruppen infrage gestellt.

Man muss nicht die Departmentstruktur feiern, man muss nicht alle Positionen und Forderungen aller in der Geschichtswissenschaft vertretenen Richtungen teilen. Aber: Freie Wissenschaft heißt, dass wir, die Wissenschaftler:innen, miteinander darüber diskutieren, was wissenschaftlich ist und was gute Wissenschaft ausmacht. Innerhalb der Geschichtswissenschaft muss es nicht gemütlich sein. Wir müssen uns nicht einig sein. Unterschiedliche Positionen befördern unser Denken, inspirieren uns zu neuen Wegen oder zwingen uns, unsere abweichende Position noch besser zu erläutern. Die Geschichte der Geschichtswissenschaft ist von Debatten und Streit geprägt. In diesen Zeiten, in denen die Wissenschaftsfreiheit unter Beschuss ist, brauchen wir Diskussionen und Streit, der in der Form respektvoll, in der Sache engagiert ist! Aber wir müssen miteinander diskutieren und dürfen nicht erlauben, dass uns von außen die Richtung, die Themen und die Ansätze vorgeschrieben werden. Genau deswegen hat der VHD das » *Bauhaus Manifest* gegen demokratiefeindliche Angriffe mitunterzeichnet.

Angesichts der Forderungen der AfD in Sachsen-Anhalt ist Solidarität mit den Wissenschaftler:innen an den betroffenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen erforderlich. Der VHD steht an ihrer Seite, wenn es darum geht, wissenschaftliche Freiheit, offene Debatten und akademische Selbstverwaltung zu verteidigen. Unser aller Solidarität ist besonders wichtig für die Historiker:innen, die noch keine feste Stelle haben, deren Qualifizierung durch Kürzungen der Finanzierungen in ihren Feldern oder anderen politischen Eingriffen gefährdet ist.

Wissenschaftsfreiheit ist nicht einfach ein Recht einer Elite, sondern Wissenschaftsfreiheit hat einen Wert für unsere Gesellschaft. Wissenschaftsfreiheit ermöglicht Diskussionen, eröffnet Reflexionsräume, erlaubt die Entwicklung von Ideen, wie unsere Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sich entwickeln und wie sie, wenn nötig, reformiert werden können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre des vorliegenden VHD Journals.



Ihre Antje Flüchter
Vorsitzende des VHD

Nomos

Jetzt anmelden

nomos.de/demokratie

Demokratie? Bin dabei!

Unser kostenloser Newsletter *Quo vadis, Demokratie?*



INHALTSVERZEICHNIS

BLICK NACH AUSSEN UND INNEN

Nikolas Eisentraut
Wissenschaftsfreiheit in Anbetracht autoritärer Bedrohungen
Seite 6

Christoph Dartmann
Autoritäre Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit – ein internationales Panorama
Seite 10

Beatriz Bragoni und Pablo Buchbinder
Die Transformation der Geschichtswissenschaft in Argentinien
Seite 18

Philipp Christoph Schmädeke
Auswege aus der autokratischen Isolation – das Beispiel Belarus
Seite 22

Sita Steckel
Wo die Retrotopien blühn – extremistische Vereinnahmungen der Mittelaltergeschichte
Seite 28

Grit Eggerichs
Unsicherheiten, Monatsverträge, Generationenkonflikte
Seite 34

Antje Flüchter und Constantin Goschler
Präsentismus, Moralismus und Politisierung der Geschichtswissenschaft
Seite 38

VERBANDSANGELEGENHEITEN

Vorstellung der neu gewählten Vorstands- und Ausschussmitglieder
Seite 46

Susanne Quitmann, Felix Römer, Heike Wieters und Kerstin Brückweh
Neu gegründete Arbeitskreise und -gruppen
Seite 52

Ruben Zeeman
Introduction to the Network of Concerned Historians
Seite 58

Matthias Middell
Die Leipzig Centennial Conference des CISH
Seite 60

Anna Kollatz, Romedio Schmitz-Esser und Alicia Wolff
Der erste Tag der Geschichtswissenschaft in Heidelberg 2027
Seite 64

Theresa-Sophie Herget
NFDI4Memory – Entwicklungen und Perspektiven
Seite 68

Felix Gräfenberg
Aktuelles aus dem Verband
Seite 71

Impressum
Seite 77

Mit einem Klick auf die Seitenzahl gelangen Sie von jeder Textseite wieder hierher.

BLICK NACH AUSSEN UND INNEN

Geschichtswissenschaftliche Forschung und Lehre passieren nicht losgelöst von (hochschul-)politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im viel beschriebenen Elfenbeinturm – ganz im Gegenteil! Veränderungen können sich jedoch auch zu Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit auswachsen. Die Beiträge im ersten Kapitel von Nikolas Eisentraut, Christoph Dartmann, Beatriz Bragoni und Pablo Buchbinder, Philipp Christoph Schmädeke, Sita Steckel, Grit Eggerichs sowie Antje Flüchter und Constantin Goschler nehmen die verschiedenen Bedrohungen auf, denen sich die Geschichtswissenschaft in Deutschland und international ausgesetzt sieht.







Nikolas Eisentraut
Wissenschaftsfreiheit in Anbetracht autoritärer Bedrohungen
Seite 6

Christoph Dartmann
Autoritäre Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit – ein internationales Panorama
Seite 10

Beatriz Bragoni und Pablo Buchbinder
Die Transformation der Geschichtswissenschaft in Argentinien
Seite 18

Philipp Christoph Schmädeke
Auswege aus der autokratischen Isolation – das Beispiel Belarus
Seite 22

Sita Steckel
Wo die Retrotopien blühn – extremistische Vereinnahmungen der Mittelaltergeschichte
Seite 28

Grit Eggerichs
Unsicherheiten, Monatsverträge, Generationenkonflikte
Seite 34

Antje Flüchter und Constantin Goschler
Präsentismus, Moralismus und Politisierung der Geschichtswissenschaft
Seite 38

WISSENSCHAFTSFREIHEIT IN ANBETRACHT AUTORITÄRER BEDROHUNGEN

Grund und Grenzen grundrechtlich abgeleiteter Resilienz

— Dem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit wird allerorten attestiert, unter Druck geraten zu sein. Dieser Druck entsteht dadurch, dass gesellschaftliche und politische Erwartungen an Wissenschaft mit dem freiheitlichen Anspruch des Grundrechts in Konflikt geraten. Dieser Konflikt ist dem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit immanent: Ihm liegt – mit den Worten des Bundesverfassungsgerichts – die Annahme zugrunde, dass »eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen freie Wissenschaft Staat und Gesellschaft im Ergebnis am besten dient«.

So verwundert es nicht, dass in der 77-jährigen Geschichte des Grundgesetzes (GG) mehrfach um die Zugriffsrechte des Politischen auf den Raum freier Wissenschaft gerungen wurde. Mit dem wegweisenden Hochschulurteil aus dem Jahr 1973 (BVerfGE 35, 79) ließ das Bundesverfassungsgericht das neue, landesrechtlich verordnete und in der Studierendenrevolte erkämpfte Organisationsmodell der Gruppenhochschule nur unter dem Vorbehalt der sogenannten Professorenmehrheit zu. Seitdem wurde in der bundesdeutschen Geschichte immer wieder darüber gestritten, welche Grenzen die im *»Grundgesetz verbürgte Wissenschaftsfreiheit* der legislativen Einflussnahme auf Hochschulen setzt.

NEUE DIMENSIONEN DES DRUCKS AUF DIE WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Trotz dieser Tradition kann dem heute herrschenden Druck eine neue Qualität attestiert werden. Zu beobachten sind in jüngerer Zeit Vorstöße, die auf die strukturelle Delegitimierung der Wissenschaft abzielen. Ihre Funktion als ›Rationalitätsanker‹ liberaler Demokratien soll so geschwächt oder gar ausgeschaltet werden. Das so ins Werk gesetzte Skript des demokratiefeindlichen Autoritarismus greift dort an, wo Pluralität absolutistische Herrschaftsansprüche unterwandern könnte: politische Opposition, freie Medien, unabhängige Gerichte und eben freie Wissenschaft.

Ziel dieser Vorstöße ist es, Macht über die Gegenstände, Methoden und Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und Lehre zu erlangen – und damit über den Kernbereich freier Wissenschaft. Dieses Streben artikuliert sich in einer politischen Programmatik, die Forschungsbereiche wie die Genderforschung und die Klimawissenschaften als ideologisch indoktriniert zu delegitimieren versucht, um so die Diskursherrschaft im Wissenschaftssystem zugunsten staatlicher Macht zu verändern. Mittels parlamentarischer Mehrheiten soll die Wissenschaft dafür wieder ›zu sich selbst befreit werden‹. Dies soll jedoch unter einem weitreichenden staatlichen

Dem heute herrschenden Druck auf die Wissenschaftsfreiheit kann eine neue Qualität attestiert werden.

Durchgriff in die Wissenschaftsinhalte geschehen statt durch Stärkung wissenschaftlicher Autonomie. Bis die dafür erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten erreicht sind, wird Wissenschaftsablehnung bis hin zu Wissenschaftsfeindlichkeit geschürt. So wird der gesellschaftliche Boden für autoritäre Übergriffe in die Wissenschaftsfreiheit bereitet.

Die skizzierten Entwicklungen werfen die zurzeit immer dringlicher verhandelte Frage nach der Widerstandsfähigkeit des Hochschulsystems auf. Diese wird in der Fachdebatte unter dem Schlagwort der Resilienz verhandelt, wäre womöglich aber mit dem Begriff der Resistenz noch besser beschrieben. Welchen Beitrag leistet das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit zur Stärkung dieser Widerstandsfähigkeit?

SCHUTZZWECK DES GRUNDRECHTS AUF WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Verfassungshistorisch ist die Wissenschaftsfreiheit ein Kind des Vormärz. Die Frankfurter Nationalversammlung kodifizierte das Grundrecht in der Paulskirchenverfassung und löste es so erstmals aus der allgemeinen Meinungsfreiheit heraus. In dieser Herauslösung findet die Annahme Ausdruck, dass sich Wissenschaft von bloßem Dafürhalten unterscheidet. Das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit entstand zu dieser Zeit als Ausdruck eines liberalen Aufbäumens gegen staatliche Gängelung freier Wissenschaft, wie sie sich etwa in den Karlsbader Beschlüssen niederschlug.

Ganz anders sah es ein Jahrhundert später aus: Nach den Pervertierungen des Nationalsozialismus wurde im Parlamentarischen Rat darum gerungen, inwieweit der Wissenschaft als ›akademischem Steigbügelhalter‹ bei der Machtergreifung Hitlers überhaupt noch Wissenschaftsfreiheit zugestanden werden könne. Ausdruck findet die Kontroverse im heutigen Artikel 5 Absatz 3 Satz 2 GG, der die Lehre an die Treue zur Verfassung bindet.

Trotz aller Bedenken entschied sich der Parlamentarische Rat im Übrigen für einen weitreichenden Schutz der freien Wissenschaft. Damit setzte sich die Einsicht durch, dass eine freie Wissenschaft »tragender Baustein in der Architektur einer freiheitlichen Verfassungsordnung« (Gärditz) ist. Der Staatsgewalt wird durch das Grundrecht die Verfügung über wissenschaftliche Richtigkeit entzogen. Stattdessen wird eine rationale Gegenöffentlichkeit geschaffen, die die Gesellschaft epistemisch offen- und gleichzeitig zusammenhalten soll. Die Ausübung von Staatsgewalt muss sich in der freiheitlichen Demokratie nicht nur im politischen Meinungsdiskurs hinterfragen lassen, sondern auch von der Wissenschaft.

FLANKEN FÜR AUTORITÄRE ANGRIFFE

Trotz dieser demokratiestützenden Funktion des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit besteht aus Perspektive der Rechtswissenschaft kein Grund zur Entwarnung. Das Bundesverfassungsgericht hat das Grundrecht in den zurückliegenden 77 Jahren zwar als

Mit dem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit wird eine rationale Gegenöffentlichkeit geschaffen, die die Gesellschaft epistemisch offen- und gleichzeitig zusammenhalten soll.



NIKOLAS EISENTRAUT

Nikolas Eisentraut ist Juniorprofessor für Öffentliches Recht an der Leibniz Universität Hannover und dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Er ist Herausgeber des ersten Open-Access-Kommentars zum Grundgesetz, in dem er unter anderem die Kommentierung des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit verantwortet.



»Wie lange uns das Denken wohl noch erlaubt bleibt?«, fragt spottend die Karikatur von 1819. Der politisch erzwungene Maulkorb wird darauf zum Synonym der im Vormärz herrschenden Zensur und Überwachung auch von Wissenschaft.

Mit der politischen Drohung der Schließung von Einrichtungen oder weitreichenden Kürzung von Mitteln droht Wissenschaft nur zu leicht ›auf Linie gebracht‹ werden zu können.

Schutznorm vor Übergriffen in die wissenschaftliche Produktion von Wissen entfaltet – aber nur dort, wo Wissenschaft bereits stattfindet.

Verfassungsrechtlich wenig Schutz erfährt demgegenüber die vorgelagerte Ebene der Ermöglichung von Wissenschaft. Aus Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 GG leitet das Bundesverfassungsgericht nur ab, dass der Staat funktionsfähige Institutionen für einen freien Wissenschaftsbetrieb gewährleisten müsse und monetär eine Grund- bzw. Mindestausstattung zu gewähren sei. Der einzelnen Hochschule und ihrem Studienangebot gewähre das Grundrecht indes keinen Bestandsschutz. Die vorgelagerte Festlegung, wo und in welchen Fächern geforscht werden soll, sei vielmehr Aufgabe der Politik. Über die Grund- bzw. Mindestausstattung hinausgehende Finanzierungsleistungen sind also weitreichend der Disposition der öffentlichen Geldgeber, will sagen: den parlamentarischen Mehrheiten überantwortet. Auch die der Ausschreibung einer Professur vorgelagerte sogenannte Freigabeentscheidung ist von dem Plazet des finanzierenden Landeshaushalts abhängig.

Diese stark auf die Freiheitlichkeit der Institution Hochschule fokussierte, dabei aber die Freiheitsbedingungen des Wissenschaftssystems in Gänze vernachlässigende Rechtsprechung öffnet Flanken für autoritäre Angriffe: Mit der politischen Drohung der Schließung von Einrichtungen oder weitreichenden Kürzung von Mitteln droht Wissenschaft nur zu leicht ›auf Linie gebracht‹ werden zu können. Finanzielle Rücklagen, die solche Drohszenarien abfedern könnten, besitzen die öffentlichen Hochschulen in Deutschland in aller Regel nicht.

Trotz dieser Gefahr hat die zurückhaltende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ihre Berechtigung: Grund für die Zurückhaltung ist die weitgehende Finanzierung des deutschen Hochschulsystems aus öffentlichen Haushalten. Die Verfügung über diese Mittel ist in der Demokratie den Parlamenten zugewiesen, nicht aber der Grundrechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichts als Teil der Judikative. Würde das Bundesverfassungsgericht weitergehende Leistungspflichten aus dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit ableiten, würde es in dieses Dispositionsrecht der Legislative übergreifen. Die Rechtsprechung dient insofern dem Schutz der Gewaltenteilung. Sie macht Wissenschaft aber angreifbar, weil über den Hebel der Finanzierung das Hochschulsys-

tem, wie wir es kennen, weitreichend umgekrempelt werden kann.

RESILIENZ DURCH RECHT STÄRKEN

Es bedarf verstärkter Überlegungen, wie die aus Gewaltenteilungsgesichtspunkten eröffneten Flanken vor Missbrauch geschützt werden können, der darauf abzielt, das Hochschulsystem seiner Funktion zur epistemischen Offenhaltung der Gesellschaft zu berauben. Wir Rechtswissenschaftler:innen müssen uns der Frage stellen, was künftig unter ›funktionsfähigen Institutionen für einen freien Wissenschaftsbetrieb‹ in Anbetracht autoritärer Bedrohungen zu verstehen sein soll. Sollten autoritäre, wissenschaftsfeindliche Bestrebungen parlamentarische Mehrheiten erlangen, müsste als Ultima Ratio das Bundesverfassungsgericht die Frage beantworten, ob es bereit ist, die bestehende Vielfalt an Studienorten, Forschungsfeldern und Fächern als Grundlage epistemischer Offenheit weitergehend als bisher anzuerkennen und dem Schutz des Grundrechts auf Wissenschaftsfreiheit zu unterstellen. Denkbar wären etwa Anleihen an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diesem wird ein verfassungsrechtlicher Anspruch auf funktionsgerechte Finanzierung zugesichert.

Bis dahin sollten wir das Wissenschaftssystem auch auf parlamentsgesetzlicher Grundlage normativ resilienter gestalten. Dies kann etwa organisational durch die Überführung von Hochschulen in staatsfernere Strukturen wie öffentliche Stiftungen gelingen. Dies erschwert einen exekutiven Durchgriff der Landesregierungen auf die Hochschulen.

Zudem verlangt das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit, dass sich der Staat schützend vor die Wissenschaftsfreiheit stellt und aktiv für sie einsteht. Dieses Schutzgebot prägt sich in der Notwendigkeit aus, Prozesse und Einrichtungen zu stärken, die auch unbequeme Wissenschaft möglich machen, bedrohte Wissenschaftler:innen schützen und *chilling effects* verhindern können. Denn nur eine Wissenschaft, die Forschungsergebnisse auch offensiv in die Politik und Gesellschaft vermitteln kann, genügt ihrer demokratiekonstituierenden Aufgabe.

Nur eine Wissenschaft, die Forschungsergebnisse auch offensiv in die Politik und Gesellschaft vermitteln kann, genügt ihrer demokratiekonstituierenden Aufgabe.



1973 sicherte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe – hier beim Verlesen eines anderen Urteils im selben Jahr – Wissenschaftler:innen »einen gegen Eingriffe des Staates geschützten Freiraum« zu.

AUTORITÄRE ANGRIFFE AUF DIE WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Ein internationales Panorama

Dieser Beitrag fußt auf den Ergebnissen von Kristin Eichhorn, Karolina Wigura, Martina Winkler, Massimiliano Livi und Andrea Pető, die sie in der Ringvorlesung *Wissenschaftsfreiheit. Internationale Hochschulen zwischen Erkenntnisinteresse und politischer Agenda* an der Universität Hamburg (Wintersemester 2025/26) vorgestellt haben. Die Mitschnitte der Beiträge sind *» online* abrufbar.

— Autoritäre politische Strukturen scheinen weltweit auf dem Vormarsch zu sein. Die Entwicklungen in Ungarn, Italien, der Slowakei und anderen Ländern lassen es erstaunlich naiv erscheinen, die wissenschaftspolitischen Forderungen in den Wahlprogrammen der in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestuften Alternative für Deutschland (AfD) mit der lakonischen Bemerkung beiseitezuwischen, die Hochschulen seien schließlich durch das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit geschützt.

Sowohl die institutionell-rechtlichen Strukturen, die Nikolas Eisentraut in seinem Beitrag im vorliegenden Journal erörtert, als auch die Erfahrungen in vielen Ländern, in denen autoritäre Kräfte die Regierung bilden, sprechen eine andere Sprache. Die massiven Eingriffe der aktuellen Regierung Trump werden in den Medien ausführlich dargestellt und kommentiert. Dass brutale Diktaturen wie die in Russland und Belarus Universitäten streng überwachen und Wissenschaftler:innen massivst unter Druck setzen, liegt auf der Hand. Aber wie sieht es in anderen Ländern aus, in denen populistische, nationalistische und extrem rechte Gruppierungen aus der Regierung heraus den demokratischen Rechtsstaat systematisch aushöhlen? Welche Gemeinsamkeiten lassen sich beobachten, die auch für die AfD in Deutschland als Vorbild dienen?

UNGARN ALS MODELL

Ungarn dient in vielerlei Hinsicht als Muster für den autoritären Umbau liberaler, demokratischer Systeme. Die insgesamt zwei Dekaden dauernde Regierungszeit von Ministerpräsident Viktor Orbán hat es ihm und seiner Fidesz-Partei ermöglicht, den Staat so fundamental umzubauen, dass für lange Zeit ein Wahlerfolg der Opposition sehr unwahrscheinlich schien. Zugleich etablierte sich Ungarn als Brückenbauer zwischen europäischen Demokratien und russischem Einfluss,



CHRISTOPH DARTMANN

Christoph Dartmann unterrichtet als Professor mittelalterliche Geschichte an der Universität Hamburg. In den letzten Jahren befasst er sich intensiv mit der Nutzung des Mittelalters in der Moderne und mit geschichtspolitischen Fragestellungen. Seine Forschungen fokussieren vor allem das mittelalterliche Mönchtum und die Geschichte Italiens und des Mittelmeerraums. Im September 2025 wechselte er vom VHD-Ausschuss in den Vorstand.

und gezielt wurden Plattformen zur Verfügung gestellt, um antidemokratische Kräfte global zu vernetzen. Zu den politischen Maßnahmen unter Orbán zählte neben tiefen Eingriffen in Justiz und Medien auch eine fundamentale Transformation des Wissenschaftssystems.

Als eine Art Türöffner für den Zugriff auf die akademische Praxis dienten Angriffe auf die Central European University (CEU) sowie auf Gender Studies. Mit antisemitischen Motiven unterlegte Kampagnen bereiteten eine Gesetzgebung aus dem Jahr 2017 vor, die es der CEU unmöglich machte, weiterhin in Ungarn tätig zu sein. Weil die Regierung die Bemühungen der Universitätsleitung torpedierte, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, wurde die CEU 2019 nach Wien verlegt. Im selben Jahr, in dem die CEU in den Fokus genommen wurde, gerieten auch die Gender Studies in Ungarn unter starken politischen Druck. Vorbereitet durch öffentliche Kampagnen gegen die politischen und intellektuellen Anliegen dieses breiten Forschungsfelds wurden sie von der Liste der akkreditierbaren Studiengänge gestrichen. Entsprechende MA-Programme verschwanden aus den Studienangeboten ungarischer Hochschulen.

Was auf den ersten Blick nur wie eine Konsequenz aus konservativ-christlich begründeten politischen Zielen erscheinen mag, hat sich in der Folgezeit als Muster erwiesen. Nach diesem wurde in zahlreiche Felder der Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften hineinregiert, etwa um nationalistische Geschichtsbilder zu etablieren, kritische Forschung zu antidemokratischen Prozessen zu unterbinden oder auch ideologisch nicht erwünschte naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu unterdrücken. Die Angriffe blieben keineswegs nur auf Forschungsschwer-

In zahlreiche Felder der Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften wurde hineinregiert, etwa um kritische Forschung zu antidemokratischen Prozessen zu unterbinden.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

FORUM HISTORISCHES LERNEN



Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts

Entdecken Sie die Neuauflage dieses Klassikers: Das vollständig überarbeitete „Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts“ situiert das traditionelle Schulfach in einer Gegenwart, die gerade für Jüngere durch Krisenerfahrung und Bedrohung, zugleich aber durch den gemeinsamen Willen nach Friedenssicherung, gegenseitigem Verstehen und Demokratie gekennzeichnet ist.

45 Autor*innen verdeutlichen, welche gedanklichen Fundamente, Mittel und Methoden die Geschichtsdidaktik für die Bewältigung der Widersprüche und Herausforderungen bereitstellt. Zudem zeigen sie, wie Geschichtsunterricht zu Kritik und Selbstreflexion befähigen kann. Hierfür bietet der Band sowohl konzeptuelle Ansätze als auch Anregungen für die Praxis.

Neue Schwerpunkte setzen insbesondere Beiträge zu KI und Social Media, Sprachbildung sowie Data Literacy im Geschichtsunterricht.

hrsg. von Michele Barricelli und Martin Lücke
ISBN 978-3-7344-1775-7, 544 S., € 64,00
PDF: ISBN 978-3-7566-1775-3, € 63,99

www.wochenschau-verlag.de

punkte beschränkt, die in den Jahren zuvor bereits unter politischen Generalverdacht gestellt worden waren. Vielmehr diente die Zerschlagung der Gender Studies als Modell für jede weitere ideologisch begründete Intervention. Darüber hinaus gerieten Wissenschaftlichkeit und Expert:innentum grundsätzlich unter Verdacht. Eine Entwicklung, die man nicht nur in Ungarn wahrnimmt. Erinnert sei an den Umgang mit der Coronapandemie oder an Forschungen zur menschlich verursachten Erderwärmung.

Die Verdrängung der CEU nach Wien im Jahr 2019 war keine Einzelmaßnahme. Vielmehr ist in denselben Wochen auch die Ungarische Akademie der Wissenschaften unter die Kontrolle der Regierung gestellt worden; auch die Open Science Foundation wurde damals aus dem Land gedrängt. Hinzu kam in derselben Zeit die Etablierung neuer Aufsichtsgremien für staatliche Hochschulen mit Fidesznahen Funktionär:innen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgte. Diese Maßnahmen lassen sich als politisches Hijacking neoliberalen Wissenschaftsmanagements charakterisieren. Als Argumente mussten nämlich Ziele herhalten wie der effiziente Einsatz von Steuermitteln, die Gewährleistung wissenschaftlicher Exzellenz, die Verpflichtung zu *public outreach* und *social impact* sowie die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Diese Begründungen waren geeignet, umfangreiche Umverteilungen von finanziellen Ressourcen zu legitimieren, um auf Kosten kritischer Stimmen die politisch erwünschte Forschung zu fördern.

Parallelstrukturen ermöglichen es, an wissenschaftlichen Standards vorbei und unabhängig von fachlicher Evaluation akademisches Personal auszubilden.

Neben diesen Maßnahmen investierte die Orbán-Regierung große Beträge in alternative Bildungseinrichtungen und erlaubte dies auch anderen Akteur:innen. Die Beispiele sind zahlreich: Mit dem Ableger der Fudan-Universität in Budapest konnte der chinesische Staat einen eigenen Standort in Europa eröffnen. Die Regierung selbst stattete mit dem Mathias Corvinus Collegium eine rechtskonservative Stiftung extrem großzügig aus, die ihr politisches Programm in verschiedene Bildungssektoren hineintragen sollte. Erklärtes Ziel war die Schulung einer neuen Elite für Orbáns illiberale Demokratie. Diese Stiftung verfügte sogar über die notwendigen Mittel, im Jahr 2023 die private Modul University Vienna zu kaufen. Ein weiteres Beispiel ist der Aufbau des interdisziplinären Institute of Hungarian Research, das seit 2019 ein streng nationalistisch-affirmatives Forschungsprogramm verfolgt. Diese Parallelstrukturen ermöglichen es, an wissenschaftlichen Standards vorbei und unabhängig von fachlicher Evaluation akademisches Personal auszubilden und wissenschaftlich anmutende Inhalte zu publizieren.

INTERNATIONALE VERGLEICHE: USA, POLEN, SLOWAKEI UND ITALIEN

Der Fall Ungarn ist zentral – das zeigt nicht zuletzt *Project 2025*. Das Programm zum Umbau der USA, mit dem die Heritage Foundation die aktuelle Regierung unter Donald Trump konzeptionell (mit) vorbereitet hat, basiert in seinen wissenschaftsfeindlichen Maßnahmen auf dem ungarischen Vorbild und ist in Kooperation mit dortigen Expert:innen verfasst worden. Deswegen und wegen der intensiven internationalen Vernetzung antiliberaler autoritärer Kräfte ist es angebracht, die Entwicklungen in anderen Ländern am Vorbild Ungarn zu messen. Zugleich lässt sich in verschiedenen Staaten beobachten, dass die Angriffe auf Gender Studies als Blaupause genutzt werden, um Mechanismen der Zerschlagung von Forschungsstrukturen und wissenschaftlichen Ressourcen zu etablieren.

Wegen der mehrfachen Wiederwahl Orbáns zum Regierungschef konnten seine Regierung und seine Anhänger:innen im Rahmen seines Gesamtprogramms zum Umbau von Staat und Gesellschaft gezielt und gut vorbereitet



Im Mai 2023 kaperte ein rechtsextremer Sejm-Politiker im DHI Warschau das Pult, an dem der polnisch-kanadische Historiker Jan Grabowski sprechen sollte. Die Veranstaltung konnte nicht fortgesetzt werden und endete im Tumult.



Massendemonstrationen wie hier in der Slowakei zeigen, dass Wissenschaftsfreiheit nicht isoliert betrachten werden kann. Stabile Universitäten brauchen eine starke Zivilgesellschaft.

das Wissenschaftssystem angreifen. Diese Angriffe fanden innerhalb weniger Monate um das Jahr 2019 statt und zeugen von einer gezielten Strategie. Im Gegensatz dazu ist zum Beispiel in Polen zu beobachten, dass die PiS-Regierung der Jahre 2015 bis 2023 unter Kaczyński ihren Fokus zunächst vor allem auf die Kontrolle der Medienlandschaft und des Justizwesens gerichtet hat. Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit haben sich in diesem Zeitraum auf Kampagnen gegen Einzelpersonen beschränkt – allerdings mit zum Teil gravierenden Folgen für die Betroffenen. Vermutlich ist es aber der scheinbaren Irrelevanz der Universitäten für öffentliche Diskurse geschuldet, dass sie zunächst nicht in den Fokus einer aggressiveren Politik geraten sind.

Auffällig ist, dass in der gescheiterten Wahlkampagne der PiS zu den Wahlen des Sejm im Jahr 2023 und in der erfolgreichen Wahlkampagne des aktuellen Präsidenten Karol Nawrocki – selbst Historiker und ehemaliger Leiter des Instituts für Nationales Gedenken – Maßnahmen gegen die Wissenschaft adressiert wurden. Zu-

gleich ist das Strafrecht um geschichtspolitische Tatbestände erweitert worden, die insbesondere auf eine Steuerung der Forschung und Darstellung der Rolle abzielen, die Pol:innen während der deutschen Besatzungszeit gespielt haben. Die Tabuisierung des Sprechens über polnische Beteiligung an Diskriminierung von und Verbrechen gegen (polnische) Jüdinnen und Juden hängt wie ein Damoklesschwert über Personen, die sich mit der Zeitgeschichte befassen. Die politische Aufladung historischer und damit auch geschichtswissenschaftlicher Debatten ist zum Beispiel Krzysztof Ruchniewicz zum Opfer gefallen, der ehemalige Direktor des polnischen Pilecki-Instituts in Berlin.

In der Slowakei ist die Lage etwas unübersichtlicher. Einerseits verfolgt Ministerpräsident Robert Fico einen Kurs, der trotz seiner Herkunft aus dem linken politischen Spektrum in vielen Zügen dem Programm Viktor Orbáns ähnelt. Auch er etabliert sich als Kritiker der EU und Brückenbauer zum russischen Präsidenten. Ebenfalls teilt er das Bemühen, das politisch-gesellschaftliche System autoritär umzubauen, um Kritik und Kontrolle durch Medien, Kulturinstitutionen und den Justizapparat zu minimieren. Auch gibt es unter Fico Bemühungen, sich in identifikatorischer Absicht mit einer großen, bis ins Frühmittelalter zurückreichenden Nationalgeschichte zu schmücken. Für dieses Programm wäre es früher oder später hilfreich, wissenschaftlichen Standards verpflichtete historische Forschung zurückzudrängen und andere Stimmen zu protegieren.

Allerdings regiert Fico in einer heterogenen Koalition, die er nicht gut kontrollieren kann. Einerseits stützt er sich auf Akteur:innen, die Verschwörungstheorien verbreiten. Hier unterstützt Fico evidenzfreie Spekulationen über Coronapandemie, Chemtrails und Klimakatastrophe und wirkt daran mit, wissenschaftliche Erkenntnisse und Verfahren zu delegitimieren. Letztere bezeichnet Fico als politisch motivierte Meinungen und stellt sie auf eine Stufe mit Behauptungen unqualifizierter Personen wie dem Influencer Peter Kotlár, einem Orthopäden, der als staatlicher Bevollmächtigter zur Aufklärung der Coronapandemie installiert worden ist. Andererseits ist es Fico nicht möglich, alle Regierungsmitglieder zu kontrollieren, die zum Teil seinen wissenschaftsfeindlichen Kurs konterkarieren. Allerdings steht zu erwarten, dass bei einer weiteren Verfestigung von Ficos Zugriff auf die Slowakei irgendwann auch Angriffe auf das Wissenschaftssystem folgen werden.

Auch die aktuelle italienische Regierung unter Giorgia Meloni ist erkennbar um eine aktive Kulturpolitik bemüht, die auf eine positive Identifikation mit nationaler Größe und auf eine Unterdrückung nicht heteronormativer Lebensweisen abzielt. Geschichtspolitisch liegt eine besondere Herausforderung darin, das Verhältnis zum historischen Faschismus neu zu definieren. Die neofaschistische Provenienz der aktuellen Regierungschefin und ihrer Partei spiegelt sich in kulturpolitischen Maßnahmen, die gezielt den antifaschistischen Konsens der Nachkriegsrepublik unterlaufen und vermeintlich progressive Dimensionen der Gewaltherrschaft in den Vordergrund stellen.

Der Regierung Meloni spielt das hohe Maß an Zentralisierung der italienischen Wissenschaftspolitik in die Karten. Durch etablierte Mechanismen einer neoliberal inspirierten Evaluation der Universitäten in verschiedenen Leistungsdimensionen ist es für das römische Ministerium für Universitäten und Forschung unproblematisch, direkt in die Etats einzelner Institutionen hineinzuwirken. Zu diesem Zweck hat die aktuelle Regierung die universitären Leitungsgremien umstrukturiert, um eigene Vertreter:innen direkt vor Ort zu installieren. In welchem Maße und in welche Richtung diese administrativen Interventionen die italienische Wissenschaftslandschaft

In der Slowakei gibt es Bemühungen, sich in identifikatorischer Absicht mit einer großen, bis ins Frühmittelalter zurückreichenden Nationalgeschichte zu schmücken.

Für das römische Ministerium für Universitäten und Forschung ist es unproblematisch, direkt in die Etats einzelner Institutionen hineinzuwirken.

fundamental verändern, wird zu beobachten sein. Hier dürfte die Konkurrenz der verschiedenen autoritären, populistischen und extrem rechten Kräfte eine Rolle spielen, die an der Regierung beteiligt sind und miteinander um Einfluss rivalisieren.

In Polen und Ungarn ist die PiS- bzw. die Fidesz-Regierung inzwischen abgewählt worden. Ob es gelingt und wie lange es dauert, die strukturellen Interventionen zurückzubauen, ist derzeit nicht absehbar und hängt vor allem vom Ausgang künftiger Wahlen ab.

UND DEUTSCHLAND?

In Anbetracht der weltweit zu beobachtenden massiven Angriffe auf die Wissenschaftspraxis erscheint die deutsche Diskussion, die das sogenannte Netzwerk Wissenschaftsfreiheit im Jahr 2021 angestoßen hat und die bis heute fortwirkt, seltsam irrelevant. Während in Ungarn, den USA und anderen Staaten aus politischen Motiven Forschungszweige zerstört werden, Universitäten in ihrem Bestand bedroht sind, Wissenschaftler:innen zum Teil persönlich angegriffen, langfristige Datenreihen unterbrochen und entwertet werden sowie Bücher und Begriffe einer staatlichen Zensur unterliegen, drehte sich die deutsche Debatte bis vor Kurzem um Topics eines politischen Aktivismus. Das sogenannte Netzwerk Wissenschaftsfreiheit hat vor allem Themen und Methoden US-amerikanischer Kampagnen gegen vermeintliche *political correctness* und *cancel culture* für den Bereich der deutschen Wissenschaftslandschaft adaptiert.

Wäre diese Debatte offen als ein Bemühen um die Ausmessung des Spannungsfelds von Wissenschaft und Politik angelegt gewesen, hätte sie das Potenzial geborgen, auf die aktuelle Lage vorzubereiten. Zentrale Fragen hätten aufgeworfen werden können: Wie verhalten sich divergierende politische Positionierungen zu wissenschaftlicher Praxis? Welchen Raum können Akteur:innen beanspruchen, die mit autoritären und extrem rechten Kräften zusammenarbeiten, die gezielt die demokratische Wissenschaftskultur angreifen? Wie weit reicht die Verantwortung von Wissenschaftler:innen für politische Aktivitäten, für die sie ihr akademisches Renommee verwenden? Wie lassen sich Hemmnisse einer gleichberechtigten Partizipation aller qualifizierter Personen an der wissenschaftlichen Praxis abbauen? Wie steht es um die rechtliche, finanzielle und personelle Absicherung von Wissenschaftler:innen aller Karrierestufen sowie von Wissenschaftsinstitutionen gegen politischen Druck?

Stattdessen war die Debatte von der Diskreditierung ganzer Forschungszweige als ›Agendawissenschaft‹ geprägt sowie vom Bemühen, die eigene politische Agenda zu camouflieren, und dem Versuch, sich mit diesen Interventionen kritisch auseinanderzusetzen. Die massiven Angriffe auf Wissenschaft und Wissenschaftler:innen in den USA, aber auch in anderen demokratischen Ländern haben gezeigt, dass die bisher geführten Diskussionen an der realen Dynamik wissenschaftsfeindlicher Aktivitäten vorbeigehen.

Im Verlauf des Jahres 2026 ist diese Debatte durch die drohende Regierungsübernahme der AfD in Sachsen-Anhalt und ihrer möglichen wissenschaftspolitischen Konsequenzen etwas in den Hintergrund getreten. Das Wahlprogramm der AfD enthält sehr explizite wissenschaftspolitische Maßnahmen und markiert Feindbilder. Laut ihm sei es durch die 68er-Bewegung zu einer Zerstörung und Politisierung der Universitäten und zu einem weitgehenden Verlust jeglicher wissenschaftlicher Qualität gekommen: »Die Naturwissenschaften sind auf mittelmäßiges Niveau herabgesunken. Wie die Klima- und die Coronapolitik gezeigt haben, ist auch die Naturwissenschaft nicht mehr in der Lage, ideologiefreies Wissen zu erzeugen. Die Geisteswissenschaften wiederum ste-

Wie weit reicht die Verantwortung von Wissenschaftler:innen für politische Aktivitäten, für die sie ihr akademisches Renommee verwenden?

cken bis zum Hals in einem Sumpf aus Genderismus, Postkolonialismus und sonstiger poststrukturalistischer Phrasendrescherei.« Auf den ersten Blick werden hier mit den Angriffen auf Medizin und Klimaforschung, Gender und Postcolonial Studies sowie poststrukturalistische Theorieangebote die üblichen Feindbilder markiert, die aus anderen Ländern bekannt sind. Allein diese Feindmarkierungen sind gravierend genug. Denn sie werden in wissenschaftspolitischen Kampagnen auch jenseits rechtsextremer Milieus inzwischen gern aufgegriffen, weil man sich davon argumentative Gewinne erhofft.

Während die Debatte um die Coronapolitik in Deutschland derzeit eher im Hintergrund geführt wird, spielt die Delegitimierung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse für starke Kräfte in der Energie- und Verkehrspolitik eine große Rolle. Angriffe auf Gender Studies oder Postkolonialismus finden sich zum Beispiel auch in den Äußerungen, mit denen das sogenannte Netzwerk Wissenschaftsfreiheit immer wieder an die Öffentlichkeit tritt. Immer wieder versuchen sie Fachkolleg:innen mit divergierenden Ansätzen zu diskreditieren.

Dem Wahlprogramm der AfD ist zu entnehmen, dass seine Verfasser:innen das ungarische und US-amerikanische Modell sehr genau kennen.

Dem zitierten Wahlprogramm der AfD ist aber auch zu entnehmen, dass seine Verfasser:innen das ungarische und US-amerikanische Modell sehr genau kennen. Auch sie streben danach, die bereits öffentlich angegriffenen Forschungszweige als Zugang für tiefgreifende Interventionen in das Wissenschaftssystem zu nutzen. Langfristiges Ziel ist es, zum Beispiel in den Kulturwissenschaften ihre nationalistische Agenda zu implementieren und demografische Konzepte im Sinne eines antidemokratischen Volksverständnisses zu lancieren. Zugleich wissen die Akteur:innen, wie sie mittels Ziel- und Leistungsvereinbarungen die richtigen Stellschrauben drehen können, um Universitäten durch Mittelentzug oder gezielte Neuzuweisungen gefügig zu machen. Ebenfalls ist bekannt, dass sich die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen-Anhalt bereits während der letzten Legislaturperiode durch parlamentarische Anfragen eine Übersicht über die Personen und Forschungsinstitutionen zu verschaffen versucht hat, die sie voraussichtlich zuerst angreifen wird.

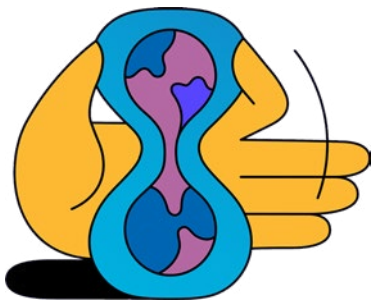
Der internationale Vergleich zeigt, dass auch in Deutschland Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit möglich und für den Fall wahrscheinlich sind, dass die AfD Regierungsverantwortung übernimmt. Ihre Themen, Feindbilder und Ziele ähneln denen in anderen Staaten, die sich in einem autoritären Umbau befunden haben oder befinden. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland verlagert die Angriffspunkte auf die Ebene der Länder, in denen aber die Regierungen ähnlich direkt intervenieren können wie die nationalen Regierungen in Ungarn oder Italien.

Zugleich ist davon auszugehen, dass nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland das prozessuale Wissen vorhanden ist, wie Universitäten über finanzielle Ressourcen zu steuern sind. Die massive Ausweitung neoliberaler Wettbewerbsmechanismen macht die bestehenden Universitäten mehr als anfällig für solche Angriffe, sobald die Leitbegriffe des New Public Management – Exzellenz, Kompetitivität, Outreach, Public Impact – im Sinne antiliberaler Politik umgedeutet werden. Nicht zuletzt der extrem hohe Anteil prekär beschäftigten wissenschaftlichen Personals macht deutsche Hochschulen anfällig für politischen Druck. Angriffe auf ideologisch markierte Feindbilder wie Klimaforschung, Gender Studies oder auch postkoloniale Ansätze sind lediglich die Einfallstore für eine Politik, die auf eine grundsätzliche Entwertung von Mechanismen der Evidenzgewinnung, Rationalität und kritischen Reflexion gerichtet ist. Die grundgesetzlich besonders geschützte Wissenschaftsfreiheit ist kein Bollwerk, das Universitäten vor einer solchen Politik bewahrt.

Schon gehört?

Geschichte ist Gegenwart! Der History & Politics Podcast

Mit unseren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern besprechen wir, wie uns die Geschichte hilft, die Gegenwart besser zu verstehen.



Jetzt reinhören →

Körber Stiftung

DIE TRANSFORMATION DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN ARGENTINIEN

VON SPANNUNGSFELDERN UMGEBENE VERÄNDERUNGEN

Mit dem Ende der Diktatur im Jahr 1983 begann in Argentinien eine Phase des Umbruchs in der Geschichtswissenschaft. Junge Historikerinnen und Historiker, die zuvor im in- oder ausländischen Exil gelebt hatten, wurden nach und nach Teil der Universitätslandschaft. Einige von ihnen hatten ihr Studium in Europa oder den USA abgeschlossen. Die Umstrukturierung und Demokratisierung des Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas (Nationaler Rat für wissenschaftliche und technologische Forschung, kurz: CONICET), der seit den 1960er-Jahren Promotionsstipendien vergibt und Karrierewege in der Forschung ermöglicht, trugen dazu bei, dass sich eine neue Generation hauptberuflich der historischen Forschung widmen konnte. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte – geprägt durch die Ansätze der Annales-Schule, der britischen marxistischen Geschichtswissenschaft und der angelsächsischen quantitativen Geschichte – löste schrittweise jene veralteten, traditionellen Methoden ab, die zuvor in den führenden akademischen Institutionen verankert gewesen waren.

Diese Entwicklungen führten zu einem langsamen, aber tiefgreifenden Wandel. Die Veränderungen zeigten sich in einer neuen Debattenkultur sowie in der Möglichkeit, eine fundierte akademische Ausbildung zu absolvieren, die den Standards der führenden internationalen Wissenschaftseinrichtungen entsprach. Damit wurde Geschichte, vielleicht zum allerersten Mal in Argentinien, zu einer veritablen universitären Disziplin – auch wenn dieser Prozess nicht ohne Spannungen verlief.

Jedoch waren die freien Stellen schnell besetzt und schon bald gab es kaum noch Möglichkeiten für diejenigen, die eine geschichtswissenschaftliche Laufbahn in der universitären Lehre und Forschung anstrebten. Seit den 1980er-Jahren erlebte Argentinien zudem wiederholt schwere Wirtschaftskrisen, die sich vor allem auf die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Sektor auswirkten, also auch auf die Hochschullehrenden und Forschenden bei CONICET.

Dieser von finanziellen Schwierigkeiten und wachsenden Spannungen geprägte Erneuerungsprozess hielt noch die gesamten 1990er-Jahre bis Anfang der 2000er-Jahre an. Besonders in den 1990er-Jahren wurden einige neue Universitäten gegründet, was zusätzliche Arbeitsplätze schuf. Jedoch eröffnete CONICET nur wenige neue Standorte. Den wachsenden Studierendenzahlen an den Universitäten wurde in der Regel mit der Schaffung von Teilzeitstellen begegnet, die lediglich die Lehre abdecken sollten. Mittel für die Forschung wurden in dem Zuge nicht bereitgestellt.

Mit den in den 1980er-Jahren einsetzenden Veränderungen wurde Geschichte, vielleicht zum allerersten Mal in Argentinien, zu einer veritablen universitären Disziplin.

ZUNAHME NEUER PERSPEKTIVEN AN ARGENTINISCHEN UNIVERSITÄTEN

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts begann sich die Situation zu verändern. Die universitären Haushaltsmittel stiegen schrittweise an und die Wissenschaftspolitik erlebte einen grundlegenden Wandel. CONICET verfügte über ein höheres Budget und bot neue Stipendien und Stellen für Forschende an. Gleichzeitig wurden die Geistes- und Sozialwissenschaften dank einer gleichwertigen Verteilung von Mitteln und Funktionen enorm aufgewertet. 2003 zählte der Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften von CONICET 490 Stipendiaten und 705 Forschende. 2011 waren es bereits 1 845 Forschende und 2024 ganze 2 918 Forschende und 2 927 Stipendiaten.

Mit der Eingliederung einer großen Zahl an Nachwuchswissenschaftlern veränderte sich auch die demografische Struktur des Historikerberufs. Das Ausmaß dieses Umbruchs zeigt sich besonders gut in der Menge der Panels und Vorträge bei den *Jornadas Interescuelas. Departamentos de Historia*, der wohl bekanntesten Veranstaltung für argentinische Historiker, die zweimal pro Jahr stattfindet. Im Jahr 1997 wurden 37 Panels und 276 Vorträge gehalten, 2013 waren es 128 Panels und 2001 Vorträge. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass CONICET bei der Finanzierung von Projekten und Forschungsgehältern eine Schlüsselrolle einnahm, während die Bedeutung der Universitäten eher zweitrangig war. Zumindest flossen die finanziellen Mittel zum Großteil in die Einstellung neuen wissenschaftlichen Personals. Die Investitionen in Infrastruktur und höhere Gehälter entwickelten sich deutlich schlechter. Gleichzeitig verschoben sich allmählich die Interessen der Historiker. Die politische (und kulturelle) Geschichte verdrängte nach und nach die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die seit den 1980er-Jahren im Fokus des wissenschaftlichen Interesses gestanden hatte. Insbesondere lösten zeitgeschichtliche Themen rund um die Diktatur und den Staatsterrorismus sowie die Erinnerung an die 1970er-Jahre das Interesse an der Kolonialzeit und den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ab. Außerdem belebten die zahlreichen in der Fachdisziplin vollzogenen Umbrüche die Erforschung subalterner Gruppen und sozialer Akteure, die bisher durch die klassischen und neueren Narrative unsichtbar geblieben waren. Parallel dazu entstanden neue fachspezifische

Die zahlreichen in der Fachdisziplin vollzogenen Umbrüche belebten die Erforschung subalterner Gruppen und sozialer Akteure.



BEATRIZ BRAGONI

Beatriz Bragoni ist Professorin für Rechtsgeschichte an der Universität Cuyo und Mitglied im Nationalen Rat für wissenschaftliche und technologische Forschung. Ihre akademischen Schwerpunkte sind Lateinamerika und die argentinische Geschichte des 19. Jahrhunderts. Zurzeit ist sie Präsidentin der Asociación Argentina de Investigadores en Historia (Verband Argentinischer Geschichtsforschender).



PABLO BUCHBINDER

Pablo Buchbinder ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Erziehungsgeschichte an der Universität Buenos Aires. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Universität in Argentinien und die Geschichte der Historiografie. Er ist Autor der *Historia de las Universidades Argentinas* (Sudamericana 2005–2010).





Demonstrationen gegen die Wissenschafts- und Universitätspolitik der Regierung Mileis (Mendoza im April 2024).

Netzwerke und Verbände, wie 1981 die Asociación Argentina de Historia Económica (Argentinischer Verband für Wirtschaftsgeschichte, kurz AAHE) oder 2011 die Asociación Argentina de Investigadores en Historia (Verband Argentinischer Geschichtsforschender, kurz ASAIH), die entscheidend zum Professionalisierungs- und Internationalisierungsprozess der Geschichtswissenschaften beitrugen.

VERDRÄNGUNG DURCH ›VERWIRTSCHAFTLICHUNG‹ DER FORSCHUNG

Die zunehmende Unterfinanzierung und gesellschaftliche Abwertung der Geisteswissenschaften in Argentinien ist auf den Siegeszug des Produktivitäts- oder ›Nützlichkeits‹-Paradigmas zurückzuführen.

Dennoch sind in den letzten Jahren vor allem die Nachwuchsausbildung in der Geschichtswissenschaft sowie die Stabilität etablierter und neu formierter Forschungsgruppen unter Druck geraten. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. Es kann hier nur auf jene eingegangen werden, die die Geisteswissenschaften im Allgemeinen und die Geschichtswissenschaft im Besonderen betreffen.

Besonders hervorzuheben ist, dass die zunehmende Unterfinanzierung und gesellschaftliche Abwertung der Geisteswissenschaften in Argentinien auf den Siegeszug des Produktivitäts- oder ›Nützlichkeits‹-Paradigmas zurückzuführen ist, das die lateinamerikanische Wissenschaftspolitik sowie die wissenschaftlichen Gremien des Kontinents seit dem Ende des 20. Jahrhunderts prägt. Viele Experten betonen, dass das ›nordamerikanische Modell‹ zur Aushöhlung der wissenschaftlichen Autonomie beigetragen habe. Grund dafür waren externe Anforderungen von Unternehmen oder Nutzern, die gezielt auf angewandte Forschung und Patente setzten, um mit Forschenden und wissenschaftlichen Einrichtungen wirtschaftliche Gewinne zu erzielen. Diese stetig wachsende Einflussnahme führte dazu, dass die Anforderungen an die Profile der Forschenden angepasst, zielorientierte Forschungsprogramme geschaffen und Partnerschaften mit Unternehmen und öffentlichen Institutionen gefördert wurden. Außerdem wurden Anreize geschaffen, um die Verbindungen zwischen Wissenschaft, Technik und dem Wirtschaftssektor zu stärken.

Die neuen Standards machten sich ab 2016 bei CONICET, der größten argentinischen Forschungsfördereinrichtung, deutlich bemerkbar. Sie äußerten sich in neuen Konzepten für die

Personalentwicklung und Forschungsprojekte mit ›strategischem‹ Fokus. Dabei galt die Vorgabe, dass kurzfristige Problemlösungen geliefert werden sollten – ein Anspruch, der schließlich sogar in die Leistungsbewertungen des wissenschaftlichen Personals einfloss.

Im Zuge der Coronapandemie verstärkte sich diese Tendenz, sodass die Finanzierung geisteswissenschaftlicher Forschung noch mehr eingeschränkt wurde. So vergab FONCyT, die wichtigste Agentur zur Förderung von Grundlagenforschungsprojekten, nur 15 Prozent der ausgeschriebenen Mittel an die Geistes- und Sozialwissenschaften. In diesem Zusammenhang verabschiedete auch der Nationalkongress 2023 einstimmig den »Nationalen Plan für Wissenschaft, Technologie und Innovation«. Damit erhielt die Problematik eine neue Dimension. Denn obwohl der Plan mit den Provinzregierungen und einem Teil der wissenschaftlichen Gemeinschaft abgestimmt war, wurde deutlich, dass die geisteswissenschaftlichen Disziplinen nicht zu den bevorzugten Forschungsbereichen gehörten. So nutzte die argentinische Regierung den Nationalen Plan dazu, die Geisteswissenschaften bei der Vergabe von Forschungsmitteln noch weiter zu marginalisieren.

Gleichzeitig wurde eine drastische Kürzung des nationalen Budgets für Forschung und Technologie (auf 0,41 Prozent des Gesamthaushalts) beschlossen, wodurch die Reallöhne für Wissenschaftler und Universitätsmitarbeitende im Vergleich zu 2023 um 40 Prozent einbrachen. Aktuell befinden sich die argentinischen Geschichtswissenschaften und ihre Teildisziplinen in ihrer kritischsten Lage seit dem Übergang zur Demokratie im Jahr 1983. Die derzeitigen Richtlinien für Doktorandenstipendien und staatliche Forschungsförderung auf nationaler und provinzieller Ebene gefährden den Fortbestand von Forschungsgruppen und Instituten des CONICET-Netzwerks sowie der landesweiten universitären Gemeinschaft. Auch am Beispiel Chile zeigt sich die zunehmende Verdrängung der Geisteswissenschaften und damit eine besorgniserregende Tendenz, die ganz Südamerika betrifft: eine negative Wahrnehmung der Geisteswissenschaften im gesamten Wissenschaftssystem.

Seitdem Ende 2023 in Argentinien eine neue Regierung an die Macht kam, die sich dem sogenannten ›Kulturkampf‹ (*batalla cultural*) verschrieben hat, hat sich die Krise der Geistes- und Sozialwissenschaften noch weiter verschärft. Der Ausschluss der geisteswissenschaftlichen Disziplinen einschließlich der Geschichtswissenschaften aus den öffentlichen Finanzierungsprogrammen hat ein Ausmaß erreicht, das zumindest seit 1983 beispiellos ist. Der Angriff auf das Wissenschaftssystem durch drastische Haushaltskürzungen zeigt sich am deutlichsten in der Unterfinanzierung der Geistes- und Sozialwissenschaften – ein düsteres Szenario für alle Historiker, die in Argentinien lehren und forschen wollen.

Aktuell befinden sich die Geschichtswissenschaften und ihre Teildisziplinen in ihrer kritischsten Lage seit dem Übergang zur Demokratie im Jahr 1983.

Die Übersetzung aus dem Spanischen unternahm Maren Thölking (Universität Münster).

AUSWEGE AUS DER AUTOKRATISCHEN ISOLATION – DAS BEISPIEL BELARUS

Grundbedingungen und Konzepte für eine freie, nachhaltige und dezentrale akademische Infrastruktur im erzwungenen Exil

BELARUSISCHE WISSENSCHAFT ZWISCHEN PREKARIAT, ISOLATION UND VERGESSEN

Seit nunmehr dreißig (!) Jahren – seit dem umstrittenen Referendum von 1996 und dem endgültigen Abgleiten in die Diktatur – kämpfen unzählige belarusische Studierende, Lehrende, Forschende und auch Hochschulinstitutionen unter hohem persönlichem Einsatz und Risiko gegen die massiven staatlichen Ein- und Übergriffe, die beispiellose Unterdrückung und die offene Devastierung ihres verfassungsgemäßen Rechts auf Wissenschaftsfreiheit.

Ein Kampf, der spätestens seit der gewaltsamen Unterdrückung der friedlichen Massenproteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Herbst / Winter 2020/2021 und den damit einhergehenden Massenentlassungen, Massenexmatrikulationen und Massenverhaftungen an belarusischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, der Intensivierung und Totalisierung der ohnehin schon bestehenden scharfen Zensur sowie der Indoktrinierung und Militarisierung des gesamten Bildungsraums noch aussichtloser geworden scheint. Wissenschaftsfreiheit ist in Belarus nicht mehr existent.[1] Mehr noch: Jene ursprünglichen akademischen Schutz- und Freiheitsräume, die europäische Universitäten spätestens seit dem 18. Jahrhundert oftmals für ihre Studierenden, Lehrenden und Forschenden bedeuteten, sind in Belarus zu Hochrisiko- und Überwachungsräumen mutiert – während Hochschulbildung zu einem reinen Instrument der Loyalitätsbekundung für ein despotisch autoritäres Ein-Personen-Regime degeneriert.

Eine Entwicklung, die mit der völkerrechtswidrigen russischen Vollinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 und deren passiv-aktiven Unterstützung durch das belarusische Regime nicht nur nachhaltig zementiert wurde, sondern im Zuge der erdrückenden russischen Einflussnahme auf den belarusischen Bildungssektor noch zusätzlich die letzten Fundamente der belarusischen Eigenstaatlichkeit, Identität und Unabhängigkeit bedroht.

So leben heute unter den seit 2020 weit über 600.000 vor den Massenrepressionen geflohenen Belarusen auch viele Tausend belarusische Akademiker und Studierende über ganz Europa und den postsowjetischen Raum verstreut – und das in der Regel ohne jedwede stabile institutionelle Anbindung und unter hoch prekären aufenthaltsrechtlichen wie finanziellen Bedingungen.[2] Selbst die buchstäbliche Handvoll von belarusischen Studierenden und Wissenschaftlern, die eines der wenigen verfügbaren europäischen Stipendien erhalten, fallen – nach Förderende – unmittelbar wieder zurück in jenen Teufelskreis aus akademischem Prekariat, Isolation und Per-

Wissenschaftsfreiheit ist in Belarus nicht mehr existent.

Die aktuellen Entwicklungen bedrohen die letzten Fundamente der belarusischen Eigenstaatlichkeit, Identität und Unabhängigkeit.

spektivlosigkeit. Gleichzeitig sind jeglicher Austausch, jegliche Vernetzung, jegliche gemeinsame Forschung und Lehre (alles Lebensadern einer freien und funktionierenden Wissenschaft!) mit den im Land unter totalitären Bedingungen verbliebenen und lebenden Kollegen und Studierenden praktisch unmöglich – von einer (selbst zeitweisen) Rückkehr ganz zu schweigen. Sie alle eint der tägliche Kampf um das persönliche wie wissenschaftliche Überleben.

DAS FEHLEN EINER KOHÄRENTEN EUROPÄISCHEN STRATEGIE

So fatal angesichts der globalen geopolitischen Entwicklungen das faktische ›Verschwinden‹ der belarusischen Zivilgesellschaft und mit ihr der belarusischen Academia aus dem europäischen Bewusstsein ist, existieren immer noch einige begrenzte europäische und nationale Unterstützungs- und Förderlinien für Belarus. So investieren seit über zwei Jahrzehnten europäische und (bis vor Kurzem auch) amerikanische Geld- und Fördermittelgeber jährlich hohe Millionenbeträge in ausschließlich ein einziges (!) großes akademisches belarusisches Projekt: eine freie belarusische Universität – die Europäische Humanistische Universität (» EHU). Diese war seit ihrem erzwungenen litauischen Exil im Jahre 2005 zum großen nationalen wie internationalen Leuchtturm und Hoffnungsträger akademischer Freiheit und des erfolgreichen Widerstands gegen die autoritären Regime der Welt aufgestiegen – doch diese Hoffnungen wurden letztlich für so viele (allen voran die belarusischen Akademiker) so bitterlich enttäuscht. Womit die aktuelle Lage gleich aus mehreren Gründen noch mal zusätzlich verschärft wurde.

So wurde nicht nur das für die Wissenschaftsfreiheit so zentrale wie konstituierende Prinzip der akademischen Autonomie und Selbstverwaltung bereits unter dem belarusischen Gründungsrektor nicht nur durch interne und externe Machtkämpfe sowie permanente Führungswechsel jahrelang ausgehöhlt, sondern auch die genuin *belarusische* akademische Partizipation und Repräsentation wurde sukzessive gegen null geführt. Heute wird die EHU von einem litauischen Rektor, einem litauischen Prorektor und einem litauischen Kanzler geführt. Ebenso sind alle relevanten Verwaltungs- und Gremienposten durch litauische und andere nicht belarusische Staatsangehörige besetzt.

Spiegelbildlich dazu wurde in den 21 (!) Jahren Exil – insbesondere gemessen an den großen finanziellen Möglichkeiten – keine signifikante Forschungsinfrastruktur mit unmittelbarem Belarusbezug[3] aufgebaut. Sinnbildlich hierfür steht die jüngste Degradierung und Devastierung der School of Economics and Business (» BISEB), die von einem der wenigen international etablierten und anerkannten belarusischen Forschungsinstitute (» BEROC) getragene Einrichtung mit angeschlossenem Bachelorstudiengang in den Wirtschaftswissenschaften.

Parallel dazu wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele der exilierten und mühsam aufgebauten Bastionen der für die belarusische Identitätsbildung, Identitätsstiftung und Autonomie so wichtigen Sozial- und Geisteswissenschaften geschliffen.[4] Wieder sinnbildlich dafür steht die jüngste Einstellung und Schließung des weltweit einmaligen Studiengangs für Belarusische Geschichte nur zwei Jahre nach seiner Einsetzung.

Und so existieren an dieser eigentlich explizit *belarusischen* Exiluniver-

In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden viele der exilierten und mühsam aufgebauten Bastionen der für die belarusische Identitätsbildung, Identitätsstiftung und Autonomie so wichtigen Sozial- und Geisteswissenschaften geschliffen.



PHILIPP CHRISTOPH SCHMÄDEKE

Philipp Christoph Schmädeke ist Vorstandsvorsitzender des akno e.V. und Direktor des über das Auswärtige Amt geförderten SCIENCE AT RISK Emergency Office und des über die EU-Kommission geförderten Scholars for Belarus (SFB).

sität und diesem eigentlich expliziten Flagship *belarusischer* akademischer Freiheit eine nur sehr schwach ausgeprägte genuin *belarusische* Forschung und ebenso schwach ausgeprägte genuin *belarusische* Lehre – auch hier wieder vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Möglichkeiten von über zwei Jahrzehnten intensivster externer Förderung.

Die Folgen sind unmittelbarer und untrennbarer Teil der geopolitischen Gesamtlage und treffen Europa und seine Mitgliedsstaaten mitten in ihr strategisches Herz.

Mit der Einstufung als »extremistische Organisation« durch das Lukaschenko-Regime am 14. April 2026 hat die EHU schließlich auch ihre für die belarusische demokratische Zivilgesellschaft eigentlichen Stärken und Funktionen verloren: als gemeinschaftsstiftender Ort und Sammelpunkt des demokratischen Widerstands gegen eine unrechtmäßige Diktatur im Herzen Europas. Und als naher, sicherer und freier Hafen für die jährlich rund 1700 vorrangig belarusischen Studierenden mit der einmaligen Möglichkeit, in russischer und englischer Sprache einen europäisch anerkannten Universitätsabschluss zu erlangen.

Die Auseinandersetzung mit den Folgen der oben genannten Entwicklungen – (a) eine sehr effektive transnationale Massenrepression durch den belarusischen Unterdrückungsapparat in Minsk, (b) die gleichzeitig fortlaufenden europäischen Millioneninvestitionen (mit eigentlich explizit für Belarus bestimmten nationalen wie europäischen Fördermitteln) in eine die belarusische Forschung, Lehre und Ausbildung nur begrenzt implementierende und repräsentierende litauische Privatuniversität mit einer vornehmlich litauischen bzw. nicht Belarus-affinen Führung und (c) eine unter hoch prekären Bedingungen agierende, weitverstreute und vom Verschwinden und Verstummen bedrohte belarusische Academia – kann weder als rein innerbelarusische Angelegenheit noch als zu vernachlässigendes europäisches Randphänomen gelten. Denn die Folgen dieser Entwicklungen, die unmittelbarer und untrennbarer Teil der geopolitischen Gesamtlage sind, treffen Europa und seine Mitgliedsstaaten mitten in ihr strategisches Herz. Aktuell existiert weder eine unmittelbare Antwort noch eine langfristige Strategie auf EU-Ebene, um auf die ganz reale Bedrohung in direkter Nachbarschaft zu reagieren, nämlich:

- die fortschreitende systematische, permanente und nahezu totale Militarisierung, Indoktrinierung, Zensur und Unterdrückung in belarusischen Kindergärten, Schulen und Hochschulen und damit eine auf Jahrzehnte wirkende nachhaltige Prägung von und Manipulation von über 1.000.000 (!) belarusischen Kindern, Schülern und Studierenden;
- den massiven Einfluss des russischen Regimes auf sämtliche Bereiche des belarusischen Bildungssektors und dem damit einhergehenden Verlust der belarusischen Unabhängigkeit als eine der zentralen Voraussetzungen für eine (zukünftige) engere Anbindung an Europa nach ukrainisch-moldauischem Vorbild;

RUSSISCHE EINFLUSSNAHME IM BELARUSISCHEN BILDUNGSSEKTOR

- Seit 2024 die 18-fache Erhöhung der Quoten für staatlich geförderte Studienplätze und Stipendien für Belarusen an russischen Universitäten und die Einführung eines Bildungsstipendieninstruments für Belarusen mit jährlich über 1300 Stipendien
- Finanzierung von 150 MINT-Klassenzimmern, wodurch russische Technologiestandards und Lehrpläne in das belarusische Schulsystem integriert werden im Umfang von umgerechnet rund 180 Millionen US-Dollar
- Etablierung von fünf »Rossotrudnichestvo«-Niederlassungen in Belarus (Minsk, Brest, Gomel, Grodno, Mogilev) zur »kulturellen Zusammenarbeit« und »Friedensförderung« in Belarus – so viele wie in keinem anderen Land der Welt
- Seit 2020 die Einrichtung des »Gorchakov Public Diplomacy Support Fund« in Minsk mit umfassenden Stipendienangeboten für belarusische Forschende
- Einführung einer zentralisierten Prüfung nach dem Vorbild der russischen »Einheitlichen Staatsprüfung« (EGE)
- Schrittweise Angleichung der Lehrpläne, insbesondere durch die belarusisch-russische Kommission unter dem Vorsitz von Wladimir Medinski, die einheitliche Geschichtslehrbücher für Schulen erstellt

Zur Vertiefung siehe unter anderem *» science-at-risk.org/wp-content/uploads/2025/12/science-at-risk-monitoring-report-belarus-2025-web.pdf*.

— die mit diesen inneren Entwicklungen unmittelbar verbundene russisch-belarusische hybride Kriegsführung gegen die EU bei gleichzeitiger Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der fortschreitenden transnationalen Repression der belarusischen Diaspora in Europa;
— den auf Jahre – wenn nicht gar Jahrzehnte – folgenden Verlust von wissenschaftlich fundiertem Wissen, Forschung und Lehre zu Belarus, und zwar nicht nur als Voraussetzung für die eigene belarusische Identitätsbildung, sondern auch für einen europäischen Zugang und europäisches Wissen von und zu Belarus.



Die gefälschten Präsidentschaftswahlen führten zu Massenprotesten wie hier in Minsk im August 2020. Das Lukaschenko-Regime reagierte mit staatlich organisierter Gewalt und Massenverhaftungen.

DEZENTRALISIERTE, ZIELGERICHTETE UND NACHHALTIGE FÖRDERUNG ALS SCHLÜSSEL

Europa läuft somit ganz real Gefahr, nicht nur ein bis zwei ganze Generationen von belarusischen Studierenden, Wissenschaftlern und Forschern zu verlieren, sondern die endgültige Zerstörung einer freien belarusischen Academia zu erleben – und damit eines zentralen Pfeilers einer zukünftigen freien, friedlichen und demokratischen belarusischen Zivilgesellschaft auf lange Zeit verlustig zu gehen.

Da die Integration der belarusischen Academia in den bereits bestehenden EU-Hochschulsektor aus Ressourcen- und Kapazitätsgründen ebenso unrealistisch ist wie eine tiefgreifende Reformierung der litauischen EHU, eine Rücknahme des Extremismusstatus durch das belarusische Regime oder die Neugründung einer neuen belarusischen Universität (so wünschenswert all diese Optionen wären!), kann die Lösung nur in einem Mittelweg liegen: einer geringen einstelligen Zahl kleiner, dezentraler, über die Mitgliedsstaaten der EU und die demokratisch regierten postsowjetischen Länder verteilter und weitestgehend autonomer Wissenschaftszentren zu den wesentlichen akademischen Fachdisziplinen (wie unter anderem Wirtschaft, Geschichte, Rechtswissenschaften, Politik-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften) mit explizitem Belarusbezug nach dem Vorbild des belarusischen » BISEB in Vilnius, des armenisch-russischen » YCIE (Yerevan Center for International Education) in Yerevan, der montenegrinisch-russischen » FLAS (Faculty of Liberal Arts and Sciences) in Budva und dem amerikanisch-deutsch-russischen » *Smolny beyond Borders* in Berlin. Gebraucht werden autonome Wissenschafts- und Exzellenzzentren mit der Möglichkeit zur zweisprachigen Lehre und Forschung (auch unter Förderung der belarusischen Sprache und Identität) nach höchsten europäischen Standards mit Anbindung an den EU-Hochschulraum, das EU-Hochschulrecht und die europäische BA-/MA-Akkreditierung.

Solche von renommierten wie aufstrebenden belarusischen Akademikern entwickelten und geleiteten Wissenschaftszentren können – mit einem sehr kleinen, effektiven Verwaltungsapparat ausgestattet und entsprechend

Die Lösung kann nur in einem Mittelweg liegen: einer geringen einstelligen Zahl kleiner, dezentraler, über die Mitgliedsstaaten der EU und die demokratisch regierten postsowjetischen Länder verteilter und weitestgehend autonomer Wissenschaftszentren.

niedrigen Verwaltungskosten belastet – direkte Kooperationen mit europäischen Universitäten (in Form von akkreditierten Doppel-Studiengängen) und europäischen Forschungseinrichtungen (in Form gemeinsamer Forschungsvorhaben) eingehen und die Symbiose von belarusischer und europäischer Wissenschaftskooperation zum gegenseitigen Nutzen vorantreiben. Die geringe Studierendenanzahl (ca. 25 bis 35 pro Jahr) erlaubt nicht nur eine relative Immunisierung gegen die transnationale Repression durch das belarusische Regime, sondern auch die stemmbare Finanzierung (auch über Drittmittelförderung) von umfänglichen und nachhaltigen Stipendienprogrammen, insbesondere auch für diejenigen belarusischen Studierenden, die das Land verlassen bzw. verlassen haben. Selbst wenn diese mit jeweils wenigen 100.000 Euro jährlich zu finanzierenden Zentren insgesamt nur 100 bis 150 belarusische Studierende pro Jahr aufnähmen und ausbildeten, würde dies mittel- und langfristig einen enormen Schub bedeuten:

— für den Aufbau von hoch ausgebildetem und mehrsprachigem akademischen wie zivilgesellschaftlichen Personal mit unmittelbarem Belarus-Bezug und Belarus-Expertise, nicht nur für den europäischen und amerikanischen Hochschulsektor, sondern auch in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Verwaltung der europäischen wie internationalen Gemeinschaft;
— für den Aufbau von dringend benötigtem, hoch ausgebildetem Personal für eine mögliche zukünftige demokratische Transformation des politischen, administrativen, sozialen und wirtschaftlichen Sektors in Belarus;
— für den Aufbau einer lebendigen belarusischen akademischen Forschungs- und Lehrtätigkeit einschließlich einer belarusisch-europäischen Vernetzung und einem Wissenstransfer nach ukrainisch-europäischem Vorbild.

Nicht zuletzt wäre eine solche akademische Netzwerkstruktur, die in die isolierte und geschlossene belarusische Gesellschaft über (digitale) Kommunikationswege zurückwirken könnte, ein zentraler und vitaler Unterstützungsfaktor für die belarusische Zivilgesellschaft und damit auch ein effektiver Gegenpol gegen all die oben genannten geopolitischen Bedrohungen und Herausforderungen. Die bereits praktizierten Beispiele des BISEB, des YCIE, der FLAS und Smolny beyond Borders zeigen, dass solche dezentralen und autonomen Wissenschaftszentren selbst unter schwierigen externen Bedingungen und mit begrenzten Ressourcen, in einem fremden Land und in einem fremden bürokratischen Umfeld, realisierbar sind. Damit haben sie nicht nur eine Vorbildfunktion für die belarusische, sondern auch für die vielen anderen akademischen Exil-Gemeinschaften.

Akademische Netzwerkstrukturen können in die isolierte und geschlossene belarusische Gesellschaft über (digitale) Kommunikationswege zurückwirken.

1 Zu einer vertieften Analyse der Entwicklungen im belarusischen Bildungssektor vgl. u.a. die SCIENCE AT RISK » *Monitoring Reports* (2022–2025) sowie den » *Academic Freedom Index* der Universität Erlangen in Kooperation mit dem V-Dem-Institut an der Universität Gothenburg. Die staatliche Repression und Unterdrückung betreffen sämtliche Sektoren der belarusischen Gesellschaft. So verzeichnet Belarus weltweit mit die höchste Zahl an politischen Gefangenen (1100 sind offiziell dokumentiert, Stand Juni 2026). Die belarusische Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Sviatłana Aleksijevič hat Belarus in einer Rede vom 22. Januar 2025 in der Berliner Friedrichstadtkirche (dem Französischen Dom) als »offenen GULAG« bezeichnet.

2 Zudem sind belarusische Staatsangehörige in ihrem erzwungenen Exil oftmals zusätzlich Opfer sowohl von transnationaler Repression durch das eigene Regime als auch (nach Februar 2022) der europäischen Sanktionsverordnungen, die belarusische Staatsangehörige unter Generalverdacht stellen und teilweise nicht zwischen Regimeunterstützung und Regimeopposition unterscheiden.

3 Verbleibende positive Ausnahmen bilden hier – zum Zeitpunkt dieser Publikation – die Herausgabe der philosophische Zeitschrift *Topos* sowie der Almanach zum belarusischen Kulturerbe *Ctrl+S*.

4 Eine verbleibende positive Ausnahme bildet hier – zum Zeitpunkt dieser Publikation – noch der Studiengang zum »Kulturellen Erbe Belarus«. Fairnesshalber muss hier ebenfalls angemerkt werden, dass im Rahmen der EHU nach wie vor auch noch eine Reihe von genuin belarusischen Dozentinnen und Dozenten im Mittelbau beschäftigt werden oder sogar bestimmte Studiengänge auch von belarusischen Professoren geführt werden (Rechtswissenschaften, Gender Studies).

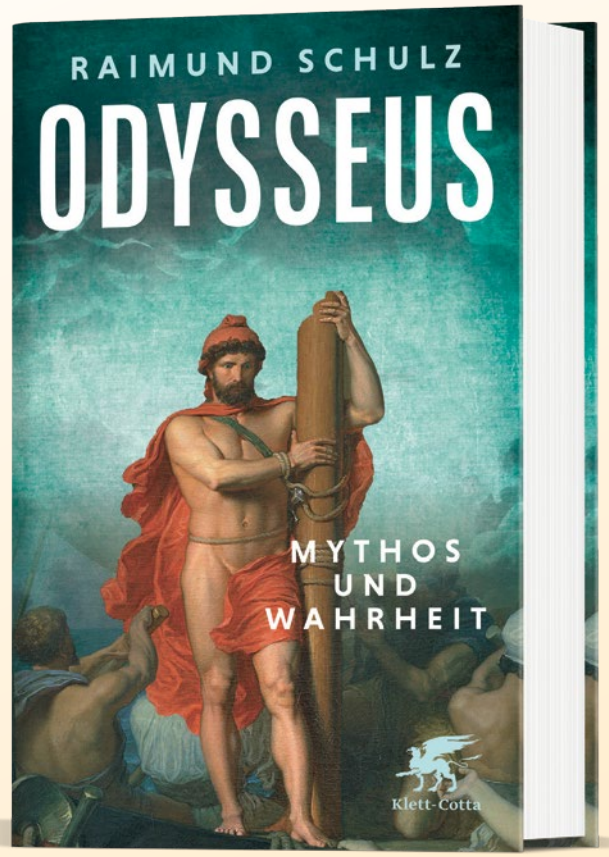
1933: das große Schicksalsjahr – von den USA aus erzählt



Johannes Ehrmann
Amerika '33
Die große Krise der Freiheit
256 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag
25,00 € (DE) | ISBN 978-3-608-96696-1

Johannes Ehrmann erzählt das große Schicksalsjahr der westlichen Welt zum ersten Mal aus transatlantischer Perspektive. Ein packend geschildertes Panorama über Freiheit, Angst und Verantwortung: erschreckend aktuell.

Ein fesselndes Porträt des berühmtesten Helden der Antike



Raimund Schulz
Odysseus
Mythos und Wahrheit
320 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
mit zahlreichen Abbildungen
25,00 € (DE) | ISBN 978-3-608-98923-6

Die Abenteuer des Odysseus faszinieren die Menschen seit der Antike. Raimund Schulz elegant geschriebenes Buch bietet einen historisch fundierten Zugang zur Odyssee – jenseits moderner Mythen und Idealisierungen – und zeigt, dass Odysseus mehr mit uns zu tun hat, als wir glauben wollen.

»Das fantastisch anregende Porträt einer Gesellschaft im Aufbruch.« *Jan Küveler, Die Welt*

WO DIE RETROTOPIEN BLÜHN

Extremistische Vereinnahmungen der Mittelaltergeschichte – und wie wir auf sie reagieren können

— *Be careful what you wish for.* Eigentlich müsste den professionellen Wächter:innen der Mittelaltergeschichte das Herz höher schlagen, wenn im Wahlprogramm einer erfolgreichen Partei die Bedeutung dieser Epoche unterstrichen wird, ja, wenn das Wahlprogramm gar mittelalterliche Kunst abbildet. Doch ist es nicht das Mittelalter der professionellen Geschichtswissenschaft, das nach dem Willen der AfD Sachsen-Anhalt in den Lehrplänen und Tourismuskonzepten verankert werden soll. Auch die mittelalterliche Kunst scheint nicht unschuldig, wird doch auf dem Online-Wahlprogramm prominent eine Figur dargestellt, die dem Bamberger Reiter ähnelt. Sicherlich ein Höhepunkt staufischer Skulptur, aber doch mit unguten Assoziationen, da der Reiter als Rassenvorbild auf zahlreichen NS-Publikationen prangte. Mit dieser Erinnerung soll offenbar Schluss sein – *honi soit qui mal y pense!* Wie die Konferenz für Geschichtsdidaktik in einer *» Stellungnahme* bereits deutlich gemacht hat, erscheint Geschichte in diesem Wahlprogramm nicht als offene Wissenschaft, sondern als »politisches Instrument zur Stärkung einseitiger Identitätsnarrative«.

Was für tagespolitische Debatten eine Fußnote bleibt, ist aus Sicht der akademischen Mittelalterforschung ein weiterer Mosaikstein in einem deutlicher werdenden Bild. Rechtsextremer und populistischer Geschichtsrevisionismus erscheinen nicht nur häufiger, sondern betreffen verstärkt auch vormoderne Epochen weit jenseits der Zeitgeschichte und des Umgangs mit dem Nationalsozialismus. Wie mehrere aktuelle Sammelbände zeigen, wird die fernere Vergangenheit, nicht zuletzt das Mittelalter, geradezu gegen die kritische Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Moderne ausgespielt.

Als typischer Akzentwechsel der extremen Rechten erscheint das Heraufbeschwören des 19. Jahrhunderts mit der Hochzeit Preußens und dem Kaiserglanz des neuen deutschen Reichs. Ganz wie es das berühmte Wandgemälde (siehe Abbildung auf S. 31 des VHD Journals) von Hermann Wislicenus zur Wiedererstehung des deutschen Reiches (ca. 1880) in der renovierten Goslarer Kaiserpfalz abbildet, schwebt allerdings auch ein heroisches Mittelalter über den Köpfen Bismarcks und Wilhelms I. Die ottonische und staufische Kaiserherrlichkeit des Hochmittelalters mit romantischen Burgen, Rittern und Heldenepen fungiert so als Symbol wieder zu errichtender nationaler Größe. Hier drängt sich die Zeitdiagnose des Soziologen Zygmunt Bau-

Die Kaiserherrlichkeit des Hochmittelalters mit romantischen Burgen, Rittern und Heldenepen fungiert als Symbol wieder zu errichtender nationaler Größe.



SITA STECKEL

Sita Steckel ist Professorin für Mittelalterliche Geschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Wissens- und Gelehrtengeschichte sowie die Religionsgeschichte des Mittelalters, besonders religiöse Kontroversen und Polemiken. Aktuell lehrt und forscht sie auch zu modernen Mittelalterbildern.

man aus seinem Buch *Retrotopia* auf: Während die meisten Demokratien Schwierigkeiten haben, plausible Utopien bzw. Zukunftsnarrative zu formulieren, greifen Autoritäre für die Legitimation von Traditionsbrüchen zu Retrotopien, also zu glorifizierten und meist fiktionalisierten Vergangenheiten. Damit adressiert, wie Christoph Dartmann akzentuiert, gerade die AfD ein konservativ-bürgerliches Publikum (vgl. Heß u.a. 2026).

DAS MITTELALTER ALS ÖFFENTLICHE INSZENIERUNGSFLÄCHE

Die Frage an die Geschichtswissenschaft ist, ob und wie sich dem begegnen lässt. Aus Perspektive der Mittelalterforschung zeichnen sich deutliche Herausforderungen ab. Denn jede Auseinandersetzung mit den Mittelalterbildern nationalistischer und extremistischer Akteur:innen zeigt zuvorderst, dass vorrangig die populäre Geschichtskultur politischen Vereinnahmungen ausgesetzt ist. Dabei gilt es, Missverständnisse zu vermeiden: Das kulturelle Imaginarium ›Mittelalter‹ wird in vielen Bereichen populärer Geschichtskulturen angeeignet, die von Reenactment und LARP (*Live Action Role Playing*) über Literatur, Film / Video und Musik bis hin zu Games und Social Media bzw. Onlineforen reichen. Ausdrücklich kann bei diesem breiten Spektrum keine Rede von flächendeckender Vereinnahmung oder Anschlussfähigkeit für extremistische Akteur:innen sein. Doch reicht die mittlerweile gut dokumentierte Geschichte rechtsextremer Vereinnahmung mehr als 20 Jahre zurück und ist, wie die Archäologin Karin Reichenbach dokumentiert hat, gerade für Deutschland und Polen hochaktuell (vgl. Heß u.a. 2026). Deswegen wird mittlerweile auch in einigen Mittelalter-Szenen über politische Vereinnahmung debattiert.

Fasst man die (noch sehr ergänzungsbedürftigen) wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammen, so verstehen sich die stärksten Mittelalter-Szenen in Deutschland traditionell als unpolitisch. Historisches Reenactment als Hobbyaktivität sowie größere Histotainment-Events wie städtische Mittelalterfestivals sind häufig mit wissenschaftlich fundierten Praktiken der *living history* verknüpft. Die einschlägigen Gruppen stehen in Kontakt mit Museen und Forschungsinstituten. Auch die kommerziellen Events wie die mittlerweile ubiquitären Mittelaltermärkte und die neomediävistisch mit Fantasy-Elementen angereicherten ›Spektakel‹ erwecken kaum den Eindruck, nationale Größe und hochmittelalterliche Kaiserherrlichkeit zu inszenieren. Mittelalter-Reenactment und Mittelaltermärkte bieten stattdessen meist ein buntes Bild von Gaukelei, Festkultur, historischem Handwerk und scheinbar harmlosen, gut regulierten Ritter- und Wikingerkämpfen. Statt eines nationalen Mittelalters der Kaiser und Könige wird ein Mittelalter der Ritter, Bäuerinnen, Handwerker und Marktfrauen inszeniert, quasi Geschichte ›von unten‹ für die breite Masse.

Doch das gemeinsame Mittelalter-Imaginarium verbindet diese Bereiche mit weiteren Medien und Rezeptionsgemeinschaften, denen es weniger um Repräsentativität und Triftigkeit geht, etwa mit historisch inspirierter (Fantasy-)Literatur, Musik, Film und Videospielen. Und: Ihre Rezeption findet dank Social Media und Diskussionsforen großenteils online und international statt. Beide Enden des Spektrums – die sorgfältig historisch kuratierten Veranstaltungen wie die völlig unregulierten Onlineforen – sind aber deutlichen Versuchen der Einflussnahme durch extremistische Gruppen ausgesetzt. Einige Events wie das Wikingerfestival in Wolin (Polen) sind längst als Treffpunkte einschlägiger Szenen bekannt. Aber auch andere Foren populärer Geschichtskulturen bieten breite Angriffsflächen für rechtsextreme Netzwerke – gerade weil diese zumeist metapolitische Strategien ver-

Die populäre Geschichtskultur ist vorrangig politischen Vereinnahmungen ausgesetzt.

Mittelalter-Reenactment und Mittelaltermärkte bieten meist ein buntes Bild von Gaukelei, Festkultur, historischem Handwerk und scheinbar harmlosen, gut regulierten Ritter- und Wikingerkämpfen.

folgen, also auf kulturelle Hegemonie jenseits der Parteipolitik zielen und sich als harmlos und unpolitisch präsentieren.

Bestimmte Themenkomplexe dienen dazu als Türöffner. Wie Karl Banghard und Jan Raabe bereits vor zehn Jahren aufzählten, erlauben etwa die stark mit älteren Imaginarien der ›Germanen‹ verknüpften Aneignungen von ›Wikingern‹ und ›Heidentum‹ die Platzierung spezifischer Bilder und Themen, die sich extremistisch zuspitzen lassen. In diesem Garten blühender Retrotopien finden sich vor allem Verherrlichungen des ›Kampfes‹ sowie Vorstellungen überzeitlich homogener Volksgemeinschaften bis hin zum Rassendenken, die mit Überlegenheitspostulaten einhergehen. Im deutschsprachigen Bereich weniger prominent, dafür international geradezu schmerzhaft aktuell, sind Spielarten der Glorifizierung des Kampfes und der eigenen Überlegenheit durch das Feiern von ›Kreuzrittern‹. Dies geht mit einer historisch überholten Vorstellung von Christentum und Islam als gegensätzlichen Zivilisationen einher, die im Moment der US-amerikanische Verteidigungsminister Pete Hegseth aus politischen Gründen eifrig befeuert.

Im Garten blühender Retrotopien finden sich vor allem Verherrlichungen des ›Kampfes‹ sowie Vorstellungen überzeitlich homogener Volksgemeinschaften bis hin zum Rassendenken.

Auch im deutschsprachigen Bereich zeigen sich Verherrlichung martialischer Männlichkeit sowie simplifizierte und ›naturalisierte‹, binär und hierarchisch gedachte Geschlechterrollen. Bilder und Metaphern des männlichen (und neuerdings auch weiblichen) Kämpfens sind tatsächlich ubiquitär. Sie werden von der sympathischen norwegischen Fußballmannschaft in Wikingerkleidung, über Kämpfe und Krieger in Hobbygruppen, Filmen und Videospielen bis in die Onlineforen variiert und wiederholt. Die resultierenden dichten, kaum noch mit Argumenten angreifbaren sozialen Imaginarien mögen dann teils auch harmlos sein. Bei genauerem Hinsehen wird ›Kampf‹ oft gerade nicht als brutale Gewalt gegen Schwächere verstanden, sondern als eher sportliches oder spielerisches Messen mit einem gleichwertigen Gegner. Doch lässt sich das Martialische eben auch in Richtung brutaler Gewaltbereitschaft instrumentalisieren, wie es nur allzu deutlich die zahlreichen Mittelalterverweise im Bereich des blutigen Rechtsterrorismus zeigen.

Eine professorale Geschichtswissenschaft, die sich mit erhobenem Zeigefinger in Communities einmischen will, wird wohl kaum auf große Gegenliebe stoßen.

WEGE HIN ZU BRÜCKENSCHLAGENDEN GESPRÄCHEN

Wie hier überhaupt ins Gespräch kommen? Denn es tun sich für Vertreter:innen der Mittelalterforschung wie der Geschichtswissenschaft insgesamt doch einige Gräben auf. Gerade eine professorale Geschichtswissenschaft, die sich mit erhobenem Zeigefinger in Communities einmischen will, in denen oft bereits intensive Diskussionen über Authentizität und Politisierung laufen, wird wohl kaum auf große Gegenliebe stoßen. Doch bieten genau diese bereits angestoßenen Diskussionen innerhalb solcher Communities auch Ansatzpunkte. Auch die zumeist jüngeren Forschenden, die sowohl in der Wissenschaft als auch in bestimmten Mittelalter-Szenen beheimatet sind, etablieren eine Art produktive Verflechtung wissenschaftlicher und populärer Geschichtskulturen. Unter den richtigen Umständen scheint es also durchaus denkbar, mit aktiven Vertreter:innen von Mittelalter-Szenen in Austausch zu treten. Eine Option wäre es, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und Dialogformate zu etablieren, in denen Communities eigene Sichtweisen einbringen können, um dann möglicherweise aus der Wissenschaft auch Input für ihre eigenen Diskussion mitzunehmen. Weiterhin bietet sich deutlich an, entsprechende Themen und Diskussionen in die Wissenschaftskommunikation und in die Vermittlung an schulischen und außerschulischen Lernorten einzubringen.

Ganz grundsätzlich gehören einschlägige Themen aber auch in die akademische Lehre. Denn wie VGD und VHD 2025 gemeinsam » *gefordert* haben,



Schlachten-Reenactment beim Slawen- und Wikingerfestival im polnischen Wolin im August 2025.



Statue Kaiser Friedrich I. Barbarossas vor der Kaiserpfalz Goslar.



Hermann Wislicenus' *Apotheose des Kaisertums* von ca. 1880 in der Kaiserpfalz Goslar.

gilt es nicht zuletzt, Handlungssicherheit und Sprechfähigkeit angehender Lehrkräfte gegenüber extremistischen und populistischen Positionen sicherzustellen. Dazu bietet wesentlich die Zeitgeschichte wichtige Ansatzpunkte. Doch auch in Mittelalter-Seminaren lassen sich in verschiedener Weise Brücken zu relevanten Themen wie Gewalt, angeblichem *clash of civilizations* und Männlichkeitskonstruktionen schlagen. Tatsächlich stoßen diese Themen, zumindest was meine eigenen Erfahrungen betrifft, auf massives Interesse und höchstes Engagement der Studierenden. Auch eine nur als Einstieg oder Teilthema von Veranstaltungen genutzte Beschäftigung mit modernen Konstruktionen und Vereinnahmungen der Geschichte bietet blendende Gelegenheiten, geschichtstheoretische Grundfragen am anschaulichen Beispiel zu diskutieren. So können wir Studierenden verdeutlichen, warum wir den ganzen ›Theoriekram‹ eigentlich brauchen.

DIE POLITISCHE SEITE DER AKADEMISCHEN MITTELALTERFORSCHUNG

Dies lässt sich auch den nun möglicherweise geäußerten Bedenken entgegenhalten, dass eine auf extremistische Vereinnahmungen reagierende Lehre und Publikationstätigkeit eine Politisierung der Wissenschaft bedeuten würde, der wir durchaus kritisch gegenüberstehen müssten. Wie Constantin Goschler und Antje Flüchter in diesem Band diskutieren, mag angesichts einseitiger Moralisierung etwa Vorsicht geboten sein. Doch wird mit einer Positionierung zum Thema Geschichte und Politik, genau betrachtet, nur in Erinnerung gerufen, was längst Praxis und Positionalität akademischer Wissenschaft ist: Eine offene, demokratische und ideologiefreie Wissenschaft kann nicht ohne eine offene, demokratische politische Ordnung funktionieren, wie schon in den 1970er-Jahren Reinhart Koselleck formulierte. Damit diese Position mehr ist als nur ein Lippenbekenntnis, gilt es nicht etwa, politisch relevante Themen zu meiden oder sich als ›unpolitisch‹ zu positionieren. Wie Christina Brauner spöttisch bemerkt, dürften wir dann wohl nurmehr über die Geschichte der »Manschettenknöpfe forschen, und das ausschließlich antiquarisch«. Es gilt vielmehr, die eigene Wissenschaftlichkeit zu behaupten und die Grenzen von Wissenschaft und Politik aus fachlicher Perspektive und mit Sachargumenten zu klären. Wir sollten also mit Studierenden Konzepte der Instrumentalisierung und Vereinnahmung diskutieren und die Formen und Grenzen der Vermittlung wissenschaftlichen Wissens thematisieren.

Ein wichtiger Baustein der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit politisch aufgeladenen Themen wäre zudem die weitere Verständigung innerhalb der Geschichtswissenschaft und benachbarter Disziplinen. Denn auch hier sind Grenzen zu überwinden: Universitäre Mediävist:innen sind in der Erforschung populärer Geschichtskultur – wie in der Diskussion politischer Positionierungen – oft wohl durchaus ungeübt. Eher fühlen sich Zeitgeschichte, Geschichtsdidaktik und Public History zuständig. Sie können einschlägige Narrative und Identitätskonstruktionen dann oft auch ohne vertieftes mediävistisches Spezialwissen verstehen und ausflaggen. Doch wenn man nicht nur argumentieren möchte, dass platte Vorstellungen germanischer Ahnen oder ritterlicher heterosexueller Männlichkeit ›differenzierter‹ betrachtet werden sollten – was erfahrungsgemäß wenig hilft –, dann bräuchte man wohl doch mediävistische Kompetenzen. Dies betrifft etwa die Bereiche der Migrationsgeschichte, der Geschichte inter- und transkultureller Verflechtung, der Geschlechtergeschichte sowie der Geschichte von Krieg und Gewalt.

Um hier eine wissenschaftlich fundierte Diskussion zwischen den Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft zu ermöglichen, wären neue Brückenschläge notwendig. Teile der Mittelalterforschung stehen der Erforschung populärer Geschichtskultur mit guten Gründen skeptisch gegenüber, da ihnen bestimmtes methodisches Rüstzeug fehlt: Mediävist:innen sind auf die Interpretation vormoderner Dokumente, nicht auf Interviews mit Reenacter:innen eingestellt. Doch ließen sich diese Kompetenzen durch neue Interdisziplinarität aufbauen, wie dies in der Archäologie schon weitgehend gelungen ist. Wünschenswert wäre vor allem ein stärkerer Austausch der Vertreter:innen der vormodernen und der gegenwartsorientierten Disziplinen. Da extremistische Geschichtspolitik international vernetzt ist und häufig im Gewand eines multinationalen Ethnopluralismus auftritt, bieten sich zudem regional vergleichende Arbeiten an.

Insbesondere schiene sinnvoll, den politischen Umgang mit der Geschichte der Vormoderne auch in die laufende Diskussion um neue Wege der Erinnerungskultur einzubeziehen. Denn un-

In Mittelalter-Seminaren lassen sich Brücken zu relevanten Themen wie Gewalt, angeblichem clash of civilizations *und Männlichkeitskonstruktionen schlagen.*

ter den Museen und Erinnerungsorten, die sich den politischen Aufladungen der Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert widmen, sind mehrere mit vormodernen Schwerpunkten. Die Vereinnahmung von Germanen, Wikingern oder hochmittelalterlichen Kaisern lässt sich hervorragend an Lernorten wie Museen oder an bis heute politisierten Erinnerungsorten wie dem Kyffhäuser-Denkmal oder den Externsteinen veranschaulichen. Wiewohl selbstverständlich auch die spezialisierte Expertise für die Jahrhunderte zwischen ca. 500 und 1500 und ganz generell die Grundlagenforschung aller Teildisziplinen notwendig bleiben, ließen sich hier möglicherweise neue produktive Zusammenhänge innerhalb der vielfältigen Landschaft der Geschichtswissenschaft erschließen.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Karl Banghard und Jan Raabe: »Die Germanen als geschichtspolitisches Konstrukt der extremen Rechten«, in: Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln (Hg.): *»Opa war in Ordnung!« Erinnerungspolitik der extremen Rechten*, Beiträge und Materialien 8, Köln 2016, S. 130–143.

Christina Brauner: »Wie politisch kann, soll und muss Geschichtsschreibung sein?«, in: *zeitgeschichte|online*, 6.9.2022, *» online*.

Cordelia Heß, Christoph Dartmann, Lukas Rösli und Sita Steckel (Hg.): *Political medievalism: Gebrauch und Missbrauch des Mittelalters bei der extremen Rechten*, Medien der Geschichte 9, Berlin 2026.

Amy S. Kaufman und Paul B. Sturtevant: *The Devil's Historians: How Modern Extremists Abuse the Medieval Past*, Toronto 2020.

Karin Reichenbach und Ralf Hoppadietz (Hg.): *Staging the Pagan Past: Ethnicist History Conceptions and Popular Culture in Central Europe*, Visuelle Geschichtskultur 24, Dresden 2024.

Reima Välimäki (Hg.): *Medievalism in Finland and Russia. Twentieth and Twenty-First Century Aspects*, London 2022.

Globalgeschichte / Global History

Globalgeschichte / Global History 1 · 2023
ISBN 978-3-447-18314-7
€ 98,– (D)

Globalgeschichte / Global History 2,1 · 2024
ISBN 978-3-447-18353-6
E-Book-ISBN 978-3-447-18353-6
je € 49,– (D)

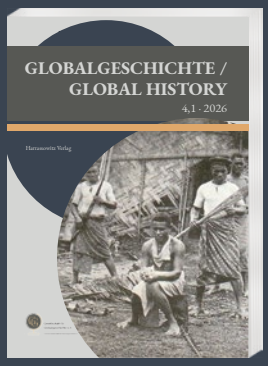
Globalgeschichte / Global History 2,2 · 2024
ISBN 978-3-447-18414-4
€ 49,– (D)

Globalgeschichte / Global History 3,1 · 2025
ISBN 978-3-447-18441-0
€ 64,– (D)

Globalgeschichte / Global History 3,2 · 2025
ISBN 978-3-447-18442-7
€ 64,– (D)

Auch in unserer E-Library erhältlich: https://gg.harrassowitz-library.com

Die Geschichtswissenschaft diskutiert seit Jahren intensiv über die Genese, Formen und Folgen weltweiter Verflechtungen und Austauschprozesse. Die Forschungen und Debatten auf dem Feld der Globalgeschichte knüpfen an etablierte Traditionen der außereuropäischen Geschichte, der Geschichte der europäischen Expansion sowie der Geschichte einzelner Weltregionen an, führen jedoch konzeptionell und methodisch über diese hinaus. Dem Wandel des wissenschaftlichen Diskurses trägt die vormalige „Gesellschaft für Überseegeschichte" durch ihre Umbenennung in „Gesellschaft für Globalgeschichte" Rechnung. Im Zuge der konzeptionellen und methodischen Neuausrichtung der Gesellschaft wurde das Periodikum „Globalgeschichte / Global History" konzipiert, das in der Nachfolge des „Jahrbuchs für Europäische Überseegeschichte" (2001–2022) steht. „Globalgeschichte / Global History" bietet ein Forum für wissenschaftliche Aufsätze, Debattenbeiträge sowie Literaturberichte in deutscher und englischer Sprache, die Aspekte dieses ebenso vielfältigen wie dynamischen Forschungsfelds beleuchten.



Globalgeschichte / Global History 4,1 · 2026
2026. VI, 222 Seiten, 18 Abb., 4 Karten, 10 Tabellen, br
170x240 mm
ISBN 978-3-447-18536-3
€ 64,– (D)

Aus dem Inhalt (insgesamt 8 Beiträge):

Sanjay Subrahmanyam, Islam, Geopolitics, and the Emergence of the Portuguese Empire, 1450–1520

Christine Hatzky, Towards an "Anthropology of the South"? Attempts to Overcome Asymmetries in Global Knowledge Production: Cuban and Angolan Researchers Explore the "National Question" in Postcolonial Angola, 1983–1990

Torsten Dos Santos Arnold, Hamburg's Relations with Portugal in the Long 18th Century – Dynamics, Continuities and Inequalities

Magnus Ressel, Female Agency and Intersectionality between North Africa and Northern Europe: Women's Strategies for Ransoming Hanseatic Sailors from Barbary Captivity (17th–18th Centuries)

VERLAG PUBLISHERS HARRASSOWITZ
www.harrassowitz-verlag.de • verlag@harrassowitz.de

UNSICHERHEITEN, MONATSVERTRÄGE, GENERATIONENKONFLIKTE

Was man als Redakteurin über Historiker:innen erfährt

— Als freie Redakteurin für einen Geschichts-Podcast gehe ich regelmäßig auf die Suche nach wissenschaftlichen Expert:innen. Die Recherche ist durchaus komplex und nicht selten sende ich eine Interviewanfrage an fünf E-Mail-Adressen verschiedener Universitäten und Institute. Wenn der Kontakt schließlich hergestellt ist, bekomme ich am Rand eines Gesprächs über den ethnografischen Blick Herodots oder die Sprachkenntnisse einer Adelheid von Burgund auch Einblicke in die Biografien der Historiker:innen. Dabei wird immer wieder deutlich, dass akademische Karrieren in der Geschichtswissenschaft keine Selbstläufer sind. Eine Gesprächspartnerin hat nach ihrer Promotion an sechs verschiedenen Universitäten gearbeitet. Für einen neuen Job umzuziehen, hat sie sich schnell abgewöhnt, um die Kinder nicht immer wieder aus ihrer gewohnten Umgebung zu reißen. Dafür ist sie sehr vertraut mit dem Streckennetz der Deutschen Bahn. Zu Hause übernimmt ihr Partner die Alltagsorganisation, sonst hätte sie wohl nie eine Professur angetreten. Ein anderer hat sich durch 15 Arbeitsverträge gekämpft. Immerhin hat er inzwischen einen festen Vertrag für eine halbe Stelle und übernimmt immer wieder Vertretungsprofessuren.

BEFRISTET AUF UNBESTIMMTE ZEIT

Ein Großteil der promovierten Historiker:innen ist befristet beschäftigt, teilweise für absurd kurze Zeiträume von wenigen Monaten, viele arbeiten in Teilzeit. Wer langfristig an einer Forschungsfrage arbeiten möchte, muss kreativ sein, schreibt nebenher vielleicht noch Romane oder kombiniert eine Teilzeitanstellung an der Uni mit Jobs in der freien Wirtschaft. Der Druck, in existenziellen Fragen erfinderisch zu sein, mag dazu beitragen, dass Akademiker:innen nicht die Bodenhaftung verlieren. Aber geschichtswissenschaftliches Arbeiten braucht Kontinuität und Verlässlichkeit. Zudem trifft die Job-Unsicherheit Historiker:innen oft in einer Phase, in der viele Menschen Familien gründen möchten.

Der *Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase* (BuWiK 2025) hat erhoben, dass nicht einmal ein Zehntel der neu begonnenen Arbeitsverträge von Promovierten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen unbefristet ist – bei einem Wechsel in die Privatwirtschaft sind es dagegen über 70 Prozent. Für Promovierte in geisteswissenschaftlichen Disziplinen dürfte der Unterschied nicht ganz so eklatant ausfallen, dennoch zeigen die Zahlen: Eine Karriere im akademischen Sektor ist nur attraktiv für Men-

Ein Großteil der promovierten Historiker:innen ist befristet beschäftigt, teilweise für absurd kurze Zeiträume von wenigen Monaten, viele arbeiten in Teilzeit.

schen, die sich ein geringes Einkommen leisten können, die bereit sind, im Privaten deutliche Abstriche zu machen oder Personen in ihrem Umfeld haben, die Alltags- und Sorgearbeiten für sie übernehmen.

PROJEKTLOGIK STATT GRUNDFINANZIERUNG

Dazu kommt: Wer ständig gestresst ist und um die nächste Vertragsverlängerung bangt, wird je nach Temperament Schwierigkeiten haben, im deutschen hierarchisierten Wissenschaftsbetrieb selbstbewusst eigene Forschungsideen durchzusetzen. Aber auch wer nicht fürchten muss, arbeitslos zu werden, muss Forschung finanziert bekommen. Daher ist der Druck offenbar hoch, sich in einem komplizierten Geldbeschaffungsbiotop den tatsächlichen oder vermuteten Vorgaben der Förderer:innen anzupassen.

Was Promovierende und Postdocs am Rande der Interviewvorbereitung berichten, klingt nicht immer nach einem fruchtbaren Betriebsklima. Sie sehen sich stark vom Wohlwollen und der positiven Begutachtung durch die etablierte Professor:innengeneration abhängig. Oft haben sie den Eindruck, das System belohne Konformität, anstatt intellektuelle und methodische Innovationen zu fördern.

Bereiche der Geschichtswissenschaft, die längst international etabliert scheinen, etwa Queer-, Alltags- und Genderforschung, werden häufig von jüngeren Kolleg:innen im akademischen Mittelbau vorangetrieben. Weil Postdocs aber fast ausnahmslos auf Kettenverträgen sitzen, sind Teildisziplinen immer wieder strukturell gefährdet. Letztlich betrifft das alle Bereiche, in denen Forschung über befristete Projekte finanziert wird: Läuft ein Drittmittelprojekt aus, verschwindet oft auch die Expertise vom Institut. Sprachkenntnisse, methodische Erfahrung und internationale Kontakte gehen verloren oder werden über das Engagement Einzelner in privaten Netzwerken mühsam am Leben erhalten.

Die Universitäten verstärken diese Logik selbst. Drittmittel sind heute zentraler Bestandteil des Hochschulbetriebs. Auch in der Geschichtswissenschaft gilt die erfolgreiche Einwerbung von Fördermitteln als Beleg für wissenschaftliche Exzellenz. Das zu gewinnende Prestige zieht weitere Geldgeber:innen an. Damit entsteht eine Forschungslandschaft, in der kurzfristige, gut messbare Projekte bevorzugt werden – und langfristige, ungewöhnliche oder interdisziplinäre Fragen leichter verloren gehen.

MORALISIERENDE EINDEUTIGKEIT?

Global- und Verflechtungsgeschichte haben in Deutschland an Bedeutung gewonnen, postkoloniale Perspektiven sind erst dabei, ihren Weg in die Institutionen zu finden, Genderforschung bringt seit Jahrzehnten wichtige Erkenntnisse hervor, ist institutionell aber dennoch nur marginal vertreten.

Eine Geschichtserzählung, die ganze Gesellschaften statt nur ihre Eliten in den Mittelpunkt stellt, die Entwicklungen und Wendepunkte interdisziplinär

Eine Karriere im akademischen Sektor ist nur attraktiv für Menschen, die sich ein geringes Einkommen leisten können, die bereit sind, im Privaten deutliche Abstriche zu machen oder Personen in ihrem Umfeld haben, die Alltags- und Sorgearbeiten für sie übernehmen.



GRIT EGGERICHS

Grit Eggerichs ist freie Journalistin mit den Schwerpunkten Politik, Gesellschaft und Geschichte. Als Reporterin ist sie für den öffentlich-rechtlichen Hörfunk in der Bundesrepublik, in Portugal, Brasilien und auf dem Balkan unterwegs. Zu Hause in Berlin entwickelt sie Podcasts für Stiftungen und Thinktanks, betreut Hintergrundformate im Deutschlandfunk und arbeitet für die Reihe *Eine Stunde History* bei Deutschlandfunk Nova.



Am Rand einer Interviewvorbereitung beispielsweise zu Adelheid von Burgund können sich auch Einblicke in Biografien von Historiker:innen ergeben.

beschreibt oder in der die Hälfte der Menschheit nicht einfach stillschweigend ignoriert wird, ist in Deutschland also noch lange nicht die Regel. Trotzdem kritisieren manche Stimmen im Fach postkoloniale oder gendertheoretische Ansätze scharf und fordern die Rückkehr zu einer vermeintlich unvoreingenommenen, von ›moralisierenden Gegenwartsinteressen‹ angeblich freien Wissenschaft.

Dass aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen geschichtswissenschaftliches Erkenntnisinteresse und damit Forschungsfragen bestimmen, sollte niemanden verwundern. Manche Kritiker:innen unterstellen der historischen Konstante namens Perspektivenwandel aktuell aber eine moralisch getriebene ›Agendawissenschaft‹. Der Vorwurf sagt wohl mehr über ihr eigenes Wissenschaftsverständnis aus als über eine ›einseitige Politisierung‹ des Fachs Geschichte. Wenn Kritik dieser Art in die Debatte einfließt, dann erscheint die deutsche Geschichtswissenschaft für einen Moment hoffnungslos provinziell.

PERSPEKTIVEN ERWEITERN

An dieser Stelle muss ich leider zugeben: Wir Medien-Arbeiter:innen aus dem Geschichtsbereich, der heute Public History heißt, tappen immer wieder in diese Wahrheitsfalle. Oft nutzen wir (zu) schlicht formulierte Thesen. Dann spricht sich der Indikativ oft schneller und leichter als ein ›So-könnte-es-gewesen-Sein‹.

Die Doktor:innen und Professor:innen, die uns ihre Expertise zur Verfügung stellen, sind für diese Kurzschlüsse ein gutes Korrektiv, denn sie steuern im Interview Differenzierung bei, wo Moderator:innen oder Redakteur:innen allzu platte Analogien zwischen gestern und heute formuliert haben. Solche Momente sind didaktisch wertvoll, weil sie Menschen bei vereinfachenden Denkmustern abholen und sich die Perspektive dann zu einem ›Ganz-und-gar-nicht …‹ oder ›Ja-aber …‹ weitet.

Damit drängt sich eine weitergehende Frage auf: Warum ist die Disziplin überhaupt schützenswert? Nicht, weil sie Antworten auf alle Fragen hat, sondern weil sie erklären kann, wie unwahrscheinlich es ist, etwas sicher zu wissen – und dass selbst nach jahrelanger Forschung Fragen offenbleiben und Zweifel angebracht sind. Historiker:innen schaffen Bewusstsein dafür, dass kommende Generationen weitergehende Fragen an einen historischen Gegenstand haben werden. Fragen, auf die wir nie gekommen wären.

Geschichtswissenschaft zeigt aber auch, wie leicht es ist, Vergangenheit so zu deuten, dass sie zu aktuellen politischen Zielen und Bedürfnissen passt. Historiker:innen können helfen, in solchen Debatten nicht mit einfachen Reflexen zu reagieren. Sie können klarmachen, dass (historische) Vergleiche zum Erkenntnisprozess gehören und dass damit nicht automatisch eine Relativierung einhergeht.

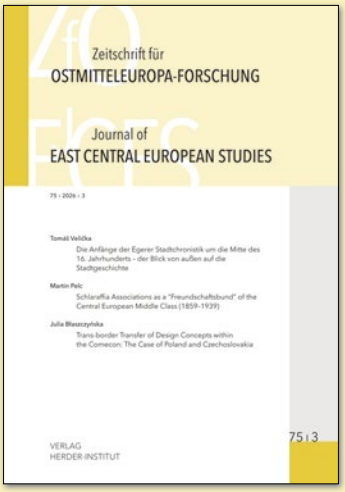
In einem aufgeheizten gesellschaftlich-politischen Klima kann die Geschichtswissenschaft erklären, warum es für ein friedliches Miteinander in der Bundesrepublik und weltweit essenziell ist, sich über historische Entwicklungen und damit einhergehende Verantwortung zu verständigen. Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung in Public-History-Formaten sollten verständlich machen, dass sich Nationen, Antisemitismus, Rassismus und andere heftig diskutierte Kategorien historisch entwickelt haben. Wer nachvollziehen kann, wie Ausgrenzung entsteht, wie Vorurteile sich verfestigen und wie Gewalt sich legitimieren lässt, kann besser erkennen, wenn solche Muster sich wiederholen.

Dafür brauchen wir eine Geschichtswissenschaft und Historiker:innen, die gut genug ausgestattet sind, um nach bestem Gewissen und mit größtmöglicher Tiefe zu forschen, und die verstehen, wozu die Gesellschaft ihre Erkenntnisse über die Vergangenheit braucht.

Die zu oft prekäre Berufssituation von Promovierten und Habilitierten thematisieren im VHD-Ausschuss Teresa Huhle und Christian Hoffarth als Vertreter:innen dieser Statusgruppen. Es besteht die Möglichkeit, an Vernetzungstreffen teilzunehmen. Der Kontakt ist jederzeit über die E-Mail-Adresse *» promovierte @historikerverband.de* möglich.

Zeitschrift für
OSTMITTELEUROPA-FORSCHUNG

Journal of
EAST CENTRAL EUROPEAN STUDIES



- Vierteljährlich innovative Forschungsaufsätze und Rezensionen
- Geschichte Ostmitteleuropas vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert
- Diamond Open Access für alle Jahrgänge seit 1952 auf www.zfo-online.de

VERLAG
HERDER-INSTITUT

HERDER-INSTITUT
für historische Ostmitteleuropaforschung
INSTITUT DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

PRÄSENTISMUS, MORALISMUS UND POLITISIERUNG DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Plädoyer für eine streitbare Geschichtswissenschaft

— Die Geschichtswissenschaft verlässt gegenwärtig ihre Komfortzone. Dies mag man bedauern oder begrüßen, in jedem Falle aber müssen wir uns als Fach und als Historiker:innen dazu verhalten. Wir haben es mit einer zunehmenden Politisierung der Geschichtswissenschaft zu tun, bei der sich fachinterne Entwicklungen mit Dynamiken verschränken, die von außen auf sie wirken. Die Geschichtswissenschaft steckt mittendrin in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die sogenannte Krise der liberalen Demokratie. Politischen Erwartungen, zu ihrer Stabilisierung beizutragen, stehen politische Angriffe auf die Wissenschaft gegenüber, die auch die Geschichtswissenschaft betreffen. Zumindest in Deutschland sind dabei gegenwärtig alle Augen auf Sachsen-Anhalt gerichtet, wo die Alternative für Deutschland (AfD) im Herbst ein fulminantes Wahlergebnis erreichte und nun voraussichtlich eine Regierung bilden kann. Damit droht ihr Wahlprogramm zumindest in Teilen in die politische Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Wissenschaft eignet sich dabei besonders gut für symbolisch aufgeladene Maßnahmen, die wenig kosten und viel Aufsehen erregen – das ist politisch verlockend.

Ein Leitmotiv des Programms der AfD bildet die Forderung nach einer ›Entpolitisierung der Wissenschaft‹. Dabei handelt es sich allerdings um einen satten performativen Selbstwiderspruch, denn tatsächlich erklärt gerade die AfD ihrerseits die Wissenschaft zum politischen Kampffeld. Viele ihrer Programmpunkte zielen vor allem auf die Wiederherstellung der klassischen westdeutschen Ordinarienuniversität. Talar und D-Mark bilden hier ein nostalgisches Gespann, das für eine verklärte alte Bundesrepublik steht, die sich nach dem Abgesang auf die Westernisierung nunmehr auf den langen Weg nach Osten begeben soll, in dem das ›wahre‹ Deutschland metaphysisch nachwabert. Zentrale Feindbilder in diesem Weltbild sind nicht nur eine an Nationalsozialismus und Holocaust orientierte Erinnerungskultur, sondern vor allem Gender Studies und Postkolonialismus, die der AfD für den Niedergang der Bundesrepublik stehen.

Besonders in der Geschichtswissenschaft, zumal in jenen eng mit der deutschen Erinnerungskultur verbundenen Teilen, fühlen sich verständlicherweise viele von solchen Szenarien bedroht. Und so werden dort ähnlich wie in anderen Disziplinen Strategien diskutiert, die helfen sollen, dem erwarteten hochschulpolitischen Angriff der AfD die Wucht zu nehmen. Solche Resilienzstrategien sind vor allem auf institutioneller Ebene angesiedelt. Das ist verständlich und vielleicht auch notwendig, aber vermutlich wird dies nicht ausreichen und längerfristig vielleicht sogar schaden. Diese Einschätzung liegt jedenfalls nah, wenn man die Situation, die gegenwärtig in Sachsen-

Wissenschaft eignet sich besonders gut für symbolisch aufgeladene Maßnahmen, die wenig kosten und viel Aufsehen erregen – das ist politisch verlockend.

Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und möglicherweise demnächst auch in anderen Bundesländern droht, als Teil einer internationalen Auseinandersetzung versteht. Die Besonderheit des Konflikts ergibt sich daraus, dass es sich nicht nur um einen Angriff von außen auf die Geschichtswissenschaft – wie auf die Wissenschaft überhaupt – handelt. Dagegen könnte man sich vielleicht zumindest zeitweise in einer Wagenburg verschanzen. Sondern die Spannungen liegen auch innerhalb der Geschichtswissenschaft selbst begründet.

Die Geschichtswissenschaft ist also einerseits das Objekt eines hierzulande vor allem von der AfD vorangetriebenen Kulturkampfs. Dabei folgt die Partei weitgehend den in anderen Ländern wie den USA, Polen oder Ungarn erprobten Mustern. Andererseits tritt die Geschichtswissenschaft aber in unterschiedlichem Maße auch selbst als Akteur in diesen Kulturkämpfen auf, die allerdings nicht überall in gleicher Intensität geführt werden. Eine Auseinandersetzung in der Heftigkeit der vor wenigen Jahren in den USA geführten *history wars* hat die Bundesrepublik zumindest in jüngerer Zeit noch nicht erlebt. Aber das muss ja nicht so bleiben, worauf der Historikertag in Münster 2018 einen kleinen Vorgeschmack lieferte. In der Debatte, die 2022 in der American Historical Society ausbrach, ging es vor allem darum, wie viel Präsentismus die Geschichtswissenschaft verträgt bzw. nötig hat. Letztlich wurde darüber gestritten, wie sehr sich Historiker:innen in ihrer Arbeit an aktuellen politischen Auseinandersetzungen orientieren sollen. Diese Frage ist auch für die deutsche Geschichtswissenschaft hoch relevant.

WIE VIEL POLITIK VERTRÄGT UND BENÖTIGT DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT?

Im Kern geht es also um die Frage, wie viel Politik die Geschichtswissenschaft verträgt. Dies im doppelten Sinne: Wie viel politischen Druck von außen hält sie aus? Und wie sehr kann oder muss sich die Geschichtswissenschaft selbst politisieren? Hier haben sich dem Anschein nach in jüngerer Zeit die Maßstäbe verschoben, mit der Konsequenz neuer Auseinandersetzungen.

Die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben verschiedentlich zur Forderung nach noch mehr oder jetzt erst recht Aktivismus in der Wissenschaft und in der Geschichtswissenschaft geführt. Auf den ersten Blick ist dies ein



ANTJE FLÜCHTER

Antje Flüchter ist seit 2014 Professorin für Allgemeine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Frühen Neuzeit an der Universität Bielefeld. Sie forscht zur Verflechtungsgeschichte (vor allem Europa–Asien), Konstruktion sozialer Differenzierung als Resultat globaler Verflechtung, Geschlechtergeschichte und Kulturgeschichte des Politischen. Sie ist seit September 2025 Vorsitzende des VHD.



CONSTANTIN GOSCHLER

Constantin Goschler ist seit 2006 Professor für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Er forscht vor allem zu Sicherheitspolitik und rechter Gewalt, zum Umgang mit Gewalt- und Diktaturfolgen sowie politischer Kultur und gesellschaftlicher Transformation. Seit September 2025 ist er stellvertretender Vorsitzender des VHD.

plausibler Appell, doch zugleich birgt er auch Gefahren. Diese Forderungen werden den Vorwurf, dass linke und kritische Ansätze in der Geschichtswissenschaft nur ›Agendawissenschaften‹ seien, bei der Wählerschaft der AfD nur bestärken und plausibilisieren. Die im Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt formulierten Pläne, den Geisteswissenschaften durch die Abschaffung kritischer Ansätze und Studiengänge ihren Wissenschaftscharakter zurückzugeben, werden damit indirekt legitimiert. Darauf mit vorauseilendem Gehorsam zu reagieren, wäre allerdings fatal. Gerade wenn wir dies nicht wollen, zwingt uns jedoch das damit verbundene Dilemma dazu, das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik präzise zu begründen.

Was also heißt ›Aktivismus in der Wissenschaft‹ eigentlich? Dies kann zunächst bedeuten, dass wir als einzelne Historiker:innen uns stärker politisch äußern und engagieren. Wir haben eine besondere Verantwortung sowohl gegenüber politisch instrumentalisierten Geschichtsnarrativen als auch gegenüber dem immer breiter werdenden Fluss an künstlich generierten Texten, die Social Media überfluten und zu manipulieren suchen. Wir haben die Expertise, um Instrumentalisierungen der Geschichtswissenschaft und ideologisch verfälschten historischen Narrativen entgegenzutreten. Diejenigen von uns, die im öffentlichen Dienst angestellt oder verbeamtet sind, haben sogar die Pflicht, sich für die Demokratie und unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Grundordnung einzusetzen. Angesichts der Zurückhaltung renommierter Historiker:innen, sich öffentlich zu äußern oder ihre Geldgeber zu kritisieren, haben wir durchaus Sorge, ob wir als Fach mutig genug sein werden. Wenn die Angst um Drittmittel uns verstummen lässt, was passiert, wenn es um mehr geht?

PRÄSENTISMUS ODER SZIENTISMUS?

Neben der staatsbürgerlichen Verantwortung von Historiker:innen, die aktives politisches Handeln erforderlich machen kann, geht es aber auch um die Frage des Aktivismus innerhalb der Wissenschaft, an die gelegentlich Vorwürfe der vorgeblichen Politisierung und Moralisierung geknüpft werden. In der innerfachlichen Auseinandersetzung kreist diese Auseinandersetzung vor allem um das Schlagwort des Präsentismus, wobei die Rolle des Gegenspielers dem Szientismus zugedacht ist. Dabei wird vor allem darüber debattiert, ob zeitgenössische Konzepte und normative Bewertungen in die geschichtswissenschaftliche Arbeit einfließen sollen oder dürfen. In dieser Kontroverse werden oftmals Pappkameraden bekämpft: Der einen Seite wird vorgeworfen, ausschließlich ihre eigene politische Agenda zu verfolgen, ohne ihr historisches Material ernst zu nehmen. Der anderen Seite wird unterstellt, im Elfenbeinturm ihre großen und kleinen Phänomene positivistisch zu studieren und sich politischen Fragen der Zeit völlig zu verschließen. Damit werden aber die gewiss existierenden Ausnahmen zur Regel erklärt. Es lässt sich dabei leicht übersehen, wie sehr diese Debatte dazu beitragen kann, unser Selbstverständnis und die Methodologie der Geschichtswissenschaft zu reflektieren und zu schärfen.

François Hartog diagnostizierte bereits vor über zwei Jahrzenten ein Zeitregime des Präsentismus: Die »Tyrannei des Augenblicks« beschreibt eine Perspektive, die ausschließlich von der Dringlichkeit und den Prioritäten des gegenwärtigen Augenblicks bestimmt ist. Damit lieferte Hartog einen wichtigen theoretischen Bezugspunkt für die Debatte über den Präsentismus in der Geschichtswissenschaft. Doch wie verhält sich dieser Befund zu der banalen Tatsache, dass die Geschichtswissenschaft ihre Fragestellungen ohnehin seit jeher vor allem aus der Gegenwart

Historiker:innen haben die Expertise, um Instrumentalisierungen der Geschichtswissenschaft und ideologisch verfälschten historischen Narrativen entgegenzutreten.

schöpft? Es geht hier also nicht in erster Linie darum, den ohnehin nicht eindeutigen Befund zu diskutieren, dass sich die Geschichtswissenschaft immer stärker auf gegenwartsnahe Themen konzentriert. Vielmehr interessiert uns vor allem die wenig reflektierte Übertragung aktueller normativer Konzepte auf historisches Material.

Für die ›großen‹ Termini der Politikgeschichte hat die Begriffsgeschichte die Reflexionsnotwendigkeit erfolgreich in der deutschen Geschichtswissenschaft implementiert. Allerdings herrschen dabei erhebliche Ungleichgewichte: Während etwa der Begriff ›Staat‹ schon lange nicht mehr für das Mittelalter verwendet wird, werden in ähnlicher Weise wertbesetzte Begriffe wie ›(Un-)Gleichheit‹ und die damit zusammenhängenden Konzepte der In- und Exklusion sowie damit verbundene Differenzkategorien seltener reflektiert und historisiert. Ähnliches gilt etwa für den Bereich der Familienideale, der Geschlechterrollen und Geschlechtsidentitäten. Wurden diese in der traditionellen Politikgeschichte und auch der frühen Sozialgeschichte als geschichtslos verstanden, so wurden sie durch neue Begrifflichkeiten einerseits in ihrer Geschichtlichkeit markiert, andererseits, zumindest wenn man den Kritiker:innen folgt, präsentistisch überformt. Die Auseinandersetzung dreht sich meist weniger um Inhalte als um aktuelle Konzepte und richtet sich besonders oft gegen Sprache und Begriffsbildung: Es geht um Gendersternchen, Begriffe wie People of Color oder die Ersetzung diskriminierender historischer Bezeichnungen wie etwa das N-Wort. Denjenigen, die solche Begriffe einfordern, wird umgekehrt unterstellt, sie hätten ihre politischen Anliegen bereits in ihre Begriffe und Fragestellungen eingeschrieben, weshalb diese Arbeiten nicht mehr wissenschaftlich seien.

KRITISCHER VERSUS KONSERVATIVER NORMATIVER PRÄSENTISMUS

Aus einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive, die Historisierung und Kontextualisierung als ihre besondere Expertise beansprucht, ist das Überstülpen politisch korrekter Begriffe über die Vielfalt und auch Andersartigkeiten, die das historische Material bietet, problematisch. Das dahinterstehende Problem ist die unreflektierte Nutzung der eigenen, oft wertbesetzten Konzepte. Dies betrifft aber nicht nur Arbeiten aus der Geschlechtergeschichte oder postkolonialer Perspektive, sondern es existiert auch eine konservative Form des normativen Präsentismus. Dann nämlich, wenn etwa das Konzept der bürgerlichen Familie, mit ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und ihren engelsgleichen (Haus-)Frauen, unreflektiert auf andere Epochen und Kulturen übertragen wird. Durch deren unreflektierte Übernahme werden moderne, bürgerliche, westliche Konzepte entzeitlicht und essenzialisiert. Wer die Vergangenheit durch die Linse bürgerlicher Konzepte der Moderne liest, verzerrt sie ebenso, wie es durch die Nutzung aktueller Geschlechtsidentitäten und Gleichheitsforderungen geschieht.

Unreflektierter Anachronismus, egal welcher Couleur, ist wissenschaftlich problematisch. Die als aktivistisch verstandenen Forderungen kritischer Ansätze, zum Beispiel aus den Queer Studies oder der Black History, klingen vielleicht manchmal etwas schrill in manchen Ohren. Dies liegt aber nicht zuletzt daran, dass sie oft unsere gewohnten Selbstverständlichkeiten herausfordern. Die konservativen Anachronismen müssen nicht laut vertreten werden, da sie sicher in unserer westlichen Historiografie etabliert und sedimentiert sind. Sie führen einen diskursiven Verteidigungskampf von der Höhe herab – und dies ist stets die bequemere Position.

Wer die Vergangenheit durch die Linse bürgerlicher Konzepte der Moderne liest, verzerrt sie ebenso, wie es durch die Nutzung aktueller Geschlechtsidentitäten und Gleichheitsforderungen geschieht.

Alle Formen moralisierender Geschichtswissenschaft, ob nun kritisch motiviert oder konservativ, gefährden die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit der Disziplin der Geschichtswissenschaft. Wenn wir den Quellen unreflektiert moderne und vor allem normativ aufgeladene Konzepte überstülpen, verbergen sie das Überraschende, das Andere in unserem historischen Material. Wir Historiker:innen finden dann nur, was wir schon wissen, und das ist geschichtswissenschaftlich wenig ambitioniert. Die wissenschaftliche wie gesellschaftliche Relevanz der Geschichtswissenschaft beruht dagegen auf der Historisierung und Kontextualisierung der Vergangenheit. Sie schafft die Möglichkeit, die Vergangenheit mit der Gegenwart ins Gespräch zu bringen. Darauf bauen ihre zwei vielleicht wichtigsten Funktionen auf: erstens die Erklärung der Gegenwart, wobei wir herausarbeiten können, wie und warum sie so geworden ist; hier werden Kontinuitätslinien von der Vergangenheit zur Gegenwart postuliert. Zweitens die Herausarbeitung von Alterität, Sackgassen und *roads not taken*. Das geschichtswissenschaftlich fundierte Wissen um Phänomene der Alterität historisiert die Gegenwart und zeigt, dass die Gegenwart gemacht und damit kontingent ist. Wir lernen nicht aus der Geschichte, aber wir lernen Aspekte kennen, die wir nicht aus unserer Gegenwart kennen und werden dadurch mitunter vielleicht auch überrascht. Das Wissen um die Alterität ermöglicht es, Denkhorizonte zu erweitern und über die Gegenwart hinaus zu denken.

Dagegen ist es nicht die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, zu bewerten, ob etwas falsch oder richtig ist, gut oder böse – das ist Teil der Moralisierung von Geschichte und manchmal auch des geforderten Aktivismus. Für solche normativen Bewertungen sind andere Wissenschaften wie Philosophie, Jura und Theologie theoretisch besser ausgestattet. Geschichtswissenschaft ermittelt Zusammenhänge und Abhängigkeiten, kontextualisiert und baut darauf ihre Interpretationen auf. Bei Beispielen aus der Frühen Neuzeit ist das sehr einleuchtend: Die ältere Hexenforschung war oft anachronistisch, aktivistisch und normativ. Daraus ergaben sich Thesen der gezielten Ausrottung einer germanischen Ur-Religion oder ideologisch von ganz anderer Seite die Vernichtung der weisen Frauen durch das Patriarchat. Historiker:innen fragen nach Verantwortung, aber nicht nach moralischer Bewertung, nicht danach, ob die Hexenverfolgung ›böse‹ oder ein Verbrechen war. In vergleichbarer Weise gibt es wichtige Forschung zu Paarbeziehungen und sexuellen Praktiken jenseits der kulturellen Heteronormativität in der Vormoderne. Dadurch, dass man sie in früheren Epochen und anderen Weltregionen nachweist, werden die entsprechenden Lebensweisen oder Praktiken weder legitimer, weder besser noch schlechter.

WAS WIR BRAUCHEN

Gerade angesichts der gegenwärtigen Instrumentalisierung und Verzerrung der Vergangenheit und historischer Narrative benötigt nicht nur unsere Disziplin, sondern auch unsere Gesellschaft methodisch ›saubere‹ geschichtswissenschaftliche Forschung. Wir benötigen also eine moderne Form der historisch-kritischen Methoden, jenes Bündel von Verfahren, das sich seit den Anfängen der Geschichtswissenschaft bis heute immer weiter entwickelt hat, und dieser Prozess geht weiter.

Die älteren Methoden der traditionellen Politikgeschichte wurden längst aufgebrochen. Sie haben sich erweitert, seit Fragestellungen an Bedeutung gewonnen haben, die sich nicht mehr ohne Weiteres an der Logik staatlicher Archive oder an den klassischen Kategorien politischer Ereignisgeschichte orientieren. Ausgehend von der Sozialgeschichte wurde das Feld durch die Alltagsgeschichte, die Geschlechter-

Das Wissen um die Alterität ermöglicht es, Denkhorizonte zu erweitern und über die Gegenwart hinaus zu denken.

geschichte und die Kriminalitätsgeschichte weiter differenziert. Später kamen mit der wachsenden Bedeutung globalhistorischer Perspektiven, der Verflechtungsgeschichte und postkolonialer Ansätze zusätzliche Impulse hinzu. Anregungen ergaben sich zudem aus den Literaturwissenschaften, deren Methoden und Fragestellungen die historische Analyse auf ganz anderer Ebene bereicherten. Kurzum: Wir historisch Forschenden haben gelernt, Fragen zu beantworten, die nicht der Logik der meist staatlichen Archive folgen. Wir haben unsere Arbeitsweisen nicht zuletzt mit der Integration von Methoden aus anderen Disziplinen verfeinert und immer wieder erweitert. Wir haben gelernt, Quellen gegen den Strich zu lesen. Wir beachten nicht nur das Gesagte, sondern decken auch das Verschwiegene, das Ausgelassene und das in Machtverhältnissen Versteckte in unseren Interpretationen auf.

So, wie die Fragen aus der Gegenwart kommen, hat auch die Anwendung aktueller Konzepte oft heuristischen Wert. Eine Möglichkeit, Gegenwart und Vergangenheit miteinander ins Gespräch zu bringen, ist der kontrollierte bzw. reflexive Anachronismus, wie ihn Nicole Loraux vorgeschlagen und Caroline Arni weiterentwickelt hat. Dieser trägt Begriffe und Fragestellungen der Gegenwart bewusst an die Vergangenheit heran, um historische Phänomene überhaupt erst sichtbar zu machen. Anstatt historische Epochen isoliert aus sich selbst heraus zu betrachten, nutzt man das heutige Vorwissen als methodisches Werkzeug für den Erkenntnisgewinn. Beispielsweise könnte man den Begriff der Care-Arbeit anwenden, um Familienstrukturen um 1800 zu befragen. Dadurch können Aspekte sichtbar werden, die durch die zeitgenössischen Konstrukte der ›natürlichen Bestimmung der Frau‹ oder der Mutterliebe überdeckt werden. Die Anwendung muss jedoch streng kontrolliert werden, indem die Unterschiede zwischen den Epochen fortlaufend kritisch reflektiert und die Quellen nicht mit heutigen Maßstäben moralisch verurteilt werden.

ZURÜCK ZUR POLITISIERUNG

Ergebnisse kritischer, methodisch kontrollierter Forschung und Interpretationen auf Grundlage fundierter Quellenarbeit können und sollen anschließend wieder in die politischen Argumentationen eingebunden werden. Sie können Argumente im politischen Diskurs werden, Instrumente, die Dekonstruktion ermöglichen; sie können auch Alternativen zu derzeit etablierten Institutionen aufzeigen.

Auf dieser Basis können diejenigen von uns, die unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung verteidigen wollen, aber doch nicht alle politischen Ideale und Forderungen teilen, auch miteinander streiten. Ohne Historisierung und mit einem unkontrollierten, anachronistischen Präsentismus wird das historische Material dagegen zur Illustration der politischen Zielsetzung degradiert. Geschichtswissenschaftlich ist das ein Rückfall in die vormoderne Historiografie und Moralliteratur, die aus der Vergangenheit ihre *exempla* zieht. Einen argumentativen, wissenschaftlichen Mehrwert hätte solch eine Politisierung der Geschichtswissenschaft dagegen verloren.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Caroline Arni: »Zeitlichkeit, Anachronismus und Anachronien. Gegenwart und Transformationen der Geschlechtergeschichte aus geschichtstheoretischer Perspektive«, in: *L'Homme 18/2*, 2007, S. 53–76.

François Hartog: *Regimes of Historicity. Presentism and Experiences of Time* (übersetzt von Saskia Brown), New York 2015.

Juhan Hellerma: »Claiming presentism: navigating vicious and virtuous forms of present-centered history«, in: *Rethinking History*, 2026, S. 1–20, » *online*.

Timm Hennig: *Wissenschaftsfreiheit und Moral*, Berlin 2024.

Lynn Hunt: »Against Presentism«, in: *Perspectives on History. The Newsmagazin of the American Historical Association 1*, 2002, » *online*.

Dieter Schönecker: »Apologie des Aktivismus«, in: *FAZ*, 10.7.2026, » *online*.

formemory

THE FUTURE OF THE PAST

Das Konsortium für die historisch arbeitenden Geistes-wissenschaften

4Memory Diensteportfolio

Hier den passenden Dienst finden:

https://4memory.de/dienste-ressourcen/dienstportfolio/

4Memory Community Forum

Do. 10.06.27,
Nürtingen

Frag4Memory

online, einmal im Monat, hier anmelden:

https://4memory.de/unterstuetzung/frag4memory-sprechstunde/

https://4memory.de

gefördert durch
DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft
Projektnummer 501609550

VERBANDS-ANGELEGENHEITEN

Ein Verband lebt von seinen engagierten Mitgliedern und Arbeitsgruppen/-kreisen, von einem Vorstand und einem Ausschuss, die sich aktuellen Themen annehmen, und einer Geschäftsstelle, die ansprechbar ist. Einblicke tun gut - und werden in diesem Kapitel gegeben.

Vorstellung der neu gewählten Vorstands- und Ausschussmitglieder
Seite 46

Susanne Quitmann, Felix Römer, Heike Wieters und Kerstin Brückweh
Neu gegründete Arbeitskreise und -gruppen
Seite 52

Ruben Zeeman
Introduction to the Network of Concerned Historians
Seite 58

Matthias Middell
Die Leipzig Centennial Conference des CISH
Seite 60

Anna Kollatz, Romedio Schmitz-Esser und Alicia Wolff
Der erste Tag der Geschichtswissenschaft in Heidelberg 2027
Seite 64

Theresa-Sophie Herget
NFDI4Memory – Entwicklungen und Perspektiven
Seite 68

Felix Gräfenberg
Aktuelles aus dem Verband
Seite 71

VORSTELLUNG DER NEU GEWÄHLTEN VORSTANDS- UND AUSSCHUSSMITGLIEDER

Ein Verband vereint viele Stimmen und Perspektiven – ganz praktisch wird das im Vorstand und im Ausschuss des VHD sichtbar. Die Mitglieder vertreten unterschiedliche Epochen, Teildisziplinen und Qualifikationsstufen bei den quartalsmäßigen Ausschusssitzungen, in den Arbeitsgruppen sowie im direkten Austausch. So gelingt ein multiperspektiver Blick auf die Verbandsangelegenheiten. Die in Bonn im September 2025 neu gewählten Ausschuss- und Vorstandsmitglieder reflektieren, was ihnen für ihre Amtszeit wichtig ist.

Sebastian Barsch



Der VHD ist für mich wichtig, weil … die Geschichtswissenschaft mit all ihren verschiedenen Facetten und Teildisziplinen eine starke Position innerhalb der Gesellschaft haben muss. Einerseits, um ihre Wissenschaftlichkeit zu bewahren, andererseits aber auch, um der Instrumentalisierung von Geschichte etwas entgegenzusetzen. Das war schon immer wichtig, ist aber gerade in Zeiten, in denen Wissenschaft generell unter Beschuss steht, von noch größerer Bedeutung. Der VHD hat hier die Möglichkeit, mit einer starken Stimme für die Geschichtswissenschaft in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu sein.

Ich setze mich dafür ein, dass … wissenschaftliche Standards in allen Bereichen der historischen Bildung wirksam werden. Das gilt für den gesamten schulischen Weg – von der Grundschule über die weiterführenden Schulen bis zur Erwachsenenbildung ebenso wie für außerschulische Lernorte wie Gedenkstätten und Museen. In diesem Prozess müssen sich universitäre Institute verstärkt als Orte des Wissenschaftstransfers begreifen. Während sie offen für alle Bildungsträger sein sollten, kommt der Schule dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie ist die einzige Institution, die alle Bürger:innen erreicht, und somit das Fundament für ein wissenschaftlich fundiertes Geschichtsbewusstsein legen kann.

Sebastian Barsch ist Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität zu Köln. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen in der Schnittmenge zwischen Diversity und historischer Bildung, der Disability History sowie geschichtsdidaktischer Perspektiven auf Umweltgeschichte. Er ist aktuell Vorsitzender der Konferenz für Geschichtsdidaktik und vertritt die Geschichtsdidaktik seit 2025 im VHD-Ausschuss.

Constantin Goschler



Der VHD ist für mich wichtig, weil … er Historiker:innen miteinander ins Gespräch bringt und gleichzeitig nach außen vertritt. Geschichte ist zu einem zentralen Schauplatz aktueller Kulturkämpfe geworden. Mir ist wichtig, dass unsere Disziplin in diesen Auseinandersetzungen sichtbar wird. Wir können dabei nicht einfach mit erhobenem Zeigefinger auf falsche Geschichtsvorstellungen hinweisen, sondern müssen selbst begründete und attraktive historische Erklärungsangebote machen. Dazu müssen wir auch untereinander um Deutungen ringen, und dafür bietet der VHD eine hervorragende Plattform.

Ich setze mich dafür ein, dass … die Geschichtswissenschaft gesellschaftlich relevant bleibt, deshalb will ich mich im VHD aktiv an öffentlichen Auseinandersetzungen um Geschichte beteiligen. Zunehmend müssen wir uns auch um die Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft bzw. bedrohter Kolleg:innen kümmern, was mir gleichfalls ein besonderes Anliegen ist. Schließlich setze ich mich auch für die Grundlage der historischen Forschung ein, nämlich die Sicherung und Zugänglichkeit von Quellen in historischen Archiven. Auch das gehört zur Rolle von Geschichtswissenschaft in der Demokratie.

Constantin Goschler ist seit 2006 Professor für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Er forscht vor allem zu Sicherheitspolitik und rechter Gewalt, zum Umgang mit Gewalt- und Diktaturfolgen sowie politischer Kultur und gesellschaftlicher Transformation. Seit September 2025 ist er stellvertretender Vorsitzender des VHD.

Christian Hoffarth



Der VHD ist für mich wichtig, weil … er öffentlichkeitswirksam für die gesellschaftliche Signifikanz historischer Reflexion eintritt. Auch in Zeiten totalitärer Geschichtsklitterung hält er den Wert kompetenter Geschichtsforschung hoch. Mit dem Tag der Geschichtswissenschaft sowie den AGs und AKs bietet der VHD Historiker:innen aller Karrierestufen und Beschäftigungsverhältnisse darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten zu Austausch und Vernetzung. Für die überwiegend prekär beschäftigten Postdocs ist er als einer der größten geisteswissenschaftlichen Fachverbände zudem die beste Plattform, um ihren Anliegen in Politik und Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.

Ich setze mich dafür ein, dass … die unentbehrlichen Leistungen von Promovierten und Postdocs in Lehre und Forschung die ihnen zustehende Anerkennung erfahren und sich in notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen niederschlagen. Das heißt nicht nur, weiterhin auf eine umfassende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu drängen und für die Abschaffung der Sonderbefristungsrechte in der Wissenschaft zu plädieren. Es bedeutet auch, Strukturen und Denkweisen aktiv entgegenzuwirken, die zu Geringschätzung, Ausbeutung und Missbrauch führen. Dafür muss der VHD geschlossen einstehen.

Christian Hoffarth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Dort lehrt und erforscht er Mittlere und Neuere Geschichte mit einem Schwerpunkt auf der Region des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Er wurde an der Universität Hamburg promoviert und strebt in Kiel die Habilitation an. Seit 2025 ist er als Vertreter der Promovierten Mitglied im Ausschuss des VHD.

Teresa Huhle



Der VHD ist für mich wichtig, weil … im Verband und vor allem auf den Tagen der Geschichtswissenschaft der epochen- und regionenübergreifende Austausch stattfindet, der es uns Historiker:innen möglich macht, gewinnbringend über den eigenen innerdisziplinären Tellerrand zu gucken. Gleichzeitig ermöglicht es der VHD, heterogene und differenzierte geschichtswissenschaftliche Perspektiven und Expertisen in größere öffentliche Debatten zu tragen. Diese Aufgabe ist nicht zuletzt angesichts des breiten politischen Rechtsrucks in Deutschland und vielen anderen Ländern und Regionen von großer Bedeutung.

Ich setze mich dafür ein, dass … der VHD darauf achtet, in den Diskussionen um frühere Entfristungen in akademischen Karrieren die Situation der Generation der aktuell Habilitierten mitzudenken, die sich beispielsweise auf Juniorprofessuren nicht mehr bewerben können. Mir ist es auch wichtig, in den Debatten um das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), aber auch, um unsere (geschichts-)wissenschaftliche Arbeitskultur Fragen der Sorgearbeit noch stärker im Blick zu haben. Ich setze mich zudem mit dafür ein, dass der VHD immer wieder Stellung gegen demokratiefeindliche Angriffe auf wissenschaftliche Institutionen, Disziplinen und Kolleg:innen nimmt.

Teresa Huhle ist seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte (IHILA) der Universität zu Köln. Sie war zuvor an der Universität Bremen beschäftigt und wurde dort in Geschichte promoviert. Sie forscht aus global-, wissens- und geschlechterhistorischer Perspektive unter anderem zu Entwicklungspolitik, Reproduktion und Sozialstaatlichkeit. Sie vertritt im Ausschuss des VHD die Habilitierten.

Catharina Köhnke



Der VHD ist für mich wichtig, weil … er es uns Historiker:innen ermöglicht, über Statusgruppen und Arbeitsbereiche hinweg gemeinsam etwas zu bewirken. Eine starke zivilgesellschaftliche Vertretung für das Fach Geschichte ist gerade jetzt wichtig. Ein Verband bietet die Möglichkeit, Solidarität und Zusammenarbeit zu leben und gleichzeitig gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

Ich setze mich dafür ein, dass … Promovierende sich untereinander noch mehr vernetzen und gegenseitig unterstützen und wir so einen Wandel in der Fachkultur herbeiführen. Promovierende haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung (Vollzeitgehalt für Vollzeitarbeit) und darauf, dass sie sich selbstbestimmt eine berufliche Zukunft aufbauen können. Ich setze mich zudem dafür ein, dass die forschungsorientierte Public History mehr Anerkennung bekommt: Geschichte ist in der Öffentlichkeit allgegenwärtig – wir brauchen die Forschung dazu, um als Wissenschaft unserer gesellschaftlichen Rolle gerecht werden zu können.

Catharina Köhnke promoviert zum Umgang mit Kontingenz in den Dauerausstellungen von Migrationsmuseen am Arbeitsfeld Public History der Universität Hamburg. Sie ist seit 2025 als Vertreterin der Promovierenden im Ausschuss des VHD.

Ursula Lehmkuhl



Der VHD ist für mich wichtig, weil … er der zentrale Ort ist, an dem sich die Geschichtswissenschaft über fachliche, institutionelle und methodische Grenzen hinweg verständigt. Besonders wichtig ist mir, dass er aktuelle Veränderungen unseres Fachs aufgreift und Räume schafft für Debatten über digitale Transformation, neue Forschungspraktiken und die gesellschaftliche Verantwortung historischer Arbeit. Dazu gehört für mich auch, demokratische Werte zu stärken, historische Urteilskraft in öffentliche Debatten einzubringen und verzerrenden oder politisch instrumentalisierten Geschichtsdeutungen mit fachlicher Differenzierung und Quellenkritik zu begegnen.

Ich setze mich dafür ein …, die digitale Transformation der Geschichtswissenschaft aktiv mitzugestalten. Mit meiner Arbeit im NFDI-Konsortium 4Memory und in der AG KI des VHD möchte ich historische Datenkompetenz, Forschungsdatenmanagement und einen kritischen und reflektierten Einsatz von KI-Methoden stärken. Es ist wichtig, dass wir über digitale Methoden, digitale Propädeutik und digitale Hermeneutik nachdenken und historisches Arbeiten an die neuen digitalen Bedingungen anpassen. Wichtig ist mir, dass digitale Methoden historisches Arbeiten erweitern und unterstützen sollen; sie können historisches Denken allerdings nicht ersetzen.

Ursula Lehmkuhl ist Professorin für Internationale Geschichte an der Universität Trier. Sie forscht zur kanadischen und US-amerikanischen Diplomatiegeschichte, Kolonial- und Migrationsgeschichte sowie zu internationalen Beziehungen. Sie leitet die Deutsche Auswandererbriefsammlung und war von 2013 bis 2022 Leiterin des deutsch-kanadischen Graduiertenkollegs *Diversity*. Im VHD-Ausschuss vertritt sie das Konsortium NFDI4Memory.

Christoph Mauntel



Der VHD ist für mich wichtig, weil … Geschichte ein gesellschaftlich relevantes Thema ist, das eine wissenschaftliche Fundierung braucht. Dies gilt vor allem für aktuelle Herausforderungen, etwa den Umgang mit generativer KI oder politische Vereinnahmungen der Vergangenheit, historische ›Fake News‹ und Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit. Der VHD ist hier als Fachvertretung gefragt und sollte seine Stimme weiterhin nutzen – dies gilt auch für (leider) relevante Themen wie Machtmissbrauch und Zukunftschancen in der Wissenschaft. Ganz persönlich tausche ich mich zudem gern über Epochengrenzen hinaus aus.

Ich setze mich dafür ein, dass … der VHD an aktuellen Themen dranbleibt. Besonders wichtig ist mir, Formen des Machtmissbrauchs in der Wissenschaft zu verhindern und im Umgang mit KI nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Stattdessen sollten wir unsere disziplinäre Perspektive und Methodik selbstbewusst in die Diskussion einzubringen: Quellenkritik und kritisches Denken sind aktueller denn je.

Christoph Mauntel ist seit 2024 Professor für Geschichte des Mittelalters an der Universität Osnabrück. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kartografie, geografische Vorstellungen und Mobilität im Mittelalter sowie Formen der Gewalt und die politische Ideengeschichte. Seit 2025 vertritt er im Ausschuss des VHD die Geschichte des Mittelalters.

Inken Schmidt-Voges



Der VHD ist für mich wichtig, weil … Historiker:innen und die Geschichtswissenschaften in all ihren institutionellen Verankerungen eine starke, laute und sichtbare Vertretung in der politischen und medialen Öffentlichkeit brauchen. Der VHD ist die zentrale Ansprechstelle für alle Belange und Herausforderungen in hochschul- und wissenschaftspolitischen Dingen. Er ist vor allem aber auch eine kritische Stimme gegen unangemessene Vereinnahmungsversuche und Umdeutungen von Geschichte und Erinnerungskultur.

Ich setze mich dafür ein, dass … Historiker:innen in Schulen, Hochschulen, Archiven, Bibliotheken, Museen und Vereinen den zunehmenden antidemokratischen Anfeindungen gestärkt entgegentreten können. Sie zeigen, wie zentral die Bedeutung eines profunden, kritischen Geschichtsbewusstseins für eine liberale und plurale Demokratie ist. Das gilt gerade in Zeiten generativer KI-Tools, die die wissenschaftliche Arbeit und Expertise von Historiker:innen nicht ersetzen können, sondern vielmehr neue Formen und breite Kompetenzen in der Quellenkritik verlangen.

Inken Schmidt-Voges forscht und lehrt seit 2015 im Bereich der Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Marburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Schnittfeld von Politischer Kultur und Kommunikation, Historischer Semantik, Geschlechtergeschichte, Haushalt und Familie und der Historischen Friedens- und Sicherheitsforschung. Sie vertritt seit 2025 die Frühe Neuzeit im Ausschuss des VHD.

Claudia Tiersch



Der VHD ist für mich wichtig, weil … er Historiker und Historikerinnen unterschiedlichster Interessen und Berufsfelder bündelt. Er beeindruckt mich zugleich als äußerst lebendiges Forum für die nötige Diskussion aktueller Fragen und ihrer Bedeutung für die Geschichtswissenschaft. Dadurch wirkt der VHD in die Gesellschaft hinein. Hierzu gehört auch die Frage, wie sich die Geschichtswissenschaften in einer Welt neuer Herausforderungen und des Verlusts alter Gewissheiten sinnvoll positionieren.

Ich setze mich dafür ein, dass … die Rolle der Alten Geschichte für die Moderne im Netzwerk der Geschichtswissenschaften deutlich wird. Ebenso liegen mir die enormen Chancen digitaler Methoden für historische Fragestellungen am Herzen. Das Wissen um die Potenziale digitaler Methoden muss auch durch die Streuung bestehender Projekte und Angebote unter Historikern und Historikerinnen breiter verfügbar gemacht werden.

Claudia Tiersch ist seit 2010 Professorin für Alte Geschichte in globaler Perspektive an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Kulturgeschichte des Politischen, Historische Netzwerkforschung, die Rolle von Eliten, Transformationen von Städten im spätrömischen Reich sowie Prozesse der Christianisierung. Im VHD-Vorstand ist sie für Finanzangelegenheiten verantwortlich.

MAX PLANCK INSTITUTE
FOR LEGAL HISTORY
AND LEGAL THEORY

PUBLICATIONS

The institute's journal **Rechtsgeschichte – Legal History (Rg)** aims to be a forum for high-level scholarship on all branches of legal history. It has an international orientation and adopts a multilingual approach in order to reflect the diversity of global legal and research cultures. The annual journal is available online and in print. It is indexed in the *Directory of Open Access Journals (DOAJ)*. The submission deadline for the next issue (Rg 35, 2027) is 1 April 2027.
https://www.rg.lhlt.mpg.de

With more than 350 volumes, the **Studien zur europäischen Rechtsgeschichte** is the longest running book series of the institute.
Published by the Klostermann Verlag since 1971, the increasingly multilingual series has deeply influenced legal historiography over the last five decades – and will continue to do so with ongoing publications.
https://www.lhlt.mpg.de/publications/studien-zur-europaeischen-rechtsgeschichte

The new series **Studien zur Rechtstheorie** reflects the research on interdisciplinary legal theory being carried out at the mpilhlt.
It represents a multilingual forum for excellent monographs and edited volumes from all fields of legal theory.
https://www.lhlt.mpg.de/publications/studien-zur-rechtstheorie

Global Perspectives on Legal History is an open access book series of the institute, opening up the legal history of Europe to the history of its global connections. The multilingual series transcends the established boundaries of national legal scholarship and focuses on different modes of normativity and law as well as on their historical development.
https://www.lhlt.mpg.de/publications/gplh

The **Max Planck Studies in Global Legal History of the Iberian Worlds** present legal-historical research on areas that interacted with the Iberian empires during the early modern / modern periods in Europe, the Americas, Asia and Africa, examining the globalisation and localisation of norms. The series is published by Brill and is available in print as well as online.
https://www.lhlt.mpg.de/publications/mpiw



Manuscripts should be submitted to the editorial department:
rg@lhlt.mpg.de

For more information on all print and open access publications of the institute, please visit:
www.lhlt.mpg.de/publications

Max Planck Institute for Legal History and Legal Theory, Frankfurt am Main, Germany
www.lhlt.mpg.de · www.lhlt.mpg.de/newsletter · x: @mpilhlt · facebook: @mpilhlt

NEU GEGRÜNDETE ARBEITSKREISE UND -GRUPPEN IM VHD

Traditionell gibt es im VHD eine Reihe selbst organisierter Arbeitsgruppen und -kreise, die sich mit unterschiedlichen Teilbereichen der Geschichtswissenschaften befassen. Im letzten Jahr erweiterte sich der Kreis um drei neue Gruppen: die beiden Arbeitskreise Kindheitsgeschichte und Lesedidaktik sowie die AG Sozialdaten und Zeitgeschichte. Allen dreien – wie auch den anderen AGs und AKs – liegt der fachliche Austausch am Herzen und die Mitarbeit steht Interessierten offen. Alle Informationen mit direkten Kontaktmöglichkeiten sind auf der *» Website des VHD* gebündelt.

VORSTELLUNG DES AK KINDHEITSGESCHICHTE

Kindheit ist überall – und doch oft noch kaum sichtbar in der Geschichtsschreibung. Wer verstehen möchte, wie Gesellschaften funktionieren, Machtverhältnisse entstehen und Zukunft entworfen wird, muss die Rolle von Kindern und Vorstellungen von Kindheiten in den Blick nehmen. Genau hier setzt der Arbeitskreis (AK) Kindheitsgeschichte an.

Der AK, seit 2024 eine Arbeitsgemeinschaft im VHD, versteht sich als offenes Forum für die Diskussion kindheits- und jugendgeschichtlicher Fragen – über thematische, epochale, regionale und disziplinäre Grenzen hinweg. Der AK verankert ein seit Jahren wachsendes Forschungsfeld institutionell im deutschsprachigen Raum und gibt ihm mehr Sichtbarkeit in der Wissenschaft und darüber hinaus.

Im Fokus des Austauschs stehen grundlegende Fragen: Was ist unter Kindheitsgeschichte zu verstehen? Wie verhalten sich ›Kindheit‹ und ›Kinder‹ zueinander? Welche Rolle spielen Jugend und Familie? Wo liegen die Grenzen zu Nachbardisziplinen und wo eröffnen sich produktive Schnittstellen? Wie lassen sich internationale Debatten stärker in die deutschsprachige Forschung integrieren?

Dass die Kindheitsgeschichte kein peripheres Forschungsfeld ist, zeigt die bemerkenswerte Resonanz auf die Gründungsinitiative des AK im Jahr 2023: Rund 50 Wissenschaftler:innen nahmen am ersten digitalen Vernetzungstreffen teil, ähnlich viele am ersten Präsenztreffen 2024. Der Zusammenschluss mit einem seit 2021 bestehenden Prae- und Postdoc-Netzwerk hat die Dynamik zusätzlich verstärkt.

Der AK umfasst Arbeitsgruppen zu Bildung und Wissen, Gewalt und Krieg, Fürsorge / Wissenschaftsgeschichte sowie Migration. Die Gruppen organisieren eigenständig Veranstaltungen und kooperieren mit externen Partner:innen. Zur weiteren Stärkung der Sichtbarkeit des Feldes wurde die Buchreihe *Kindheits- und Jugendgeschichte / History of Childhood and Youth* beim transcript Verlag ins Leben gerufen.



SUSANNE QUITMANN

Susanne Quitmann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Käte Hamburger Kolleg *global dis:connect* an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Kindheits-, Kolonial- und Wissensgeschichte. Sie ist eine der vier Sprecherinnen des AK Kindheitsgeschichte.

Der AK lädt alle Interessierten ein, gemeinsam ein Forschungsfeld weiterzuentwickeln, das zentrale Impulse für die gesamte Geschichtswissenschaft liefern kann.

Weitere Informationen zum Arbeitskreis finden sich online unter: » *www.historikerverband.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/ak-kindheitsgeschichte/*. Die Sprecherinnen des AKs stehen per E-Mail unter » *kindheitsgeschichte@historikerverband.de* bei Fragen gern zur Verfügung.



Die AK-Sprecherinnen (v.l.n.r.) Lena Jur, Susanne Quitmann, Julia Reus, Martina Winkler und Friederike Kind-Kovács.

Technischer Fortschritt im historischen Kontext

Täuschung und Illusion
Jahrbuch Technikphilosophie 2025
11. Jahrgang 2025
Herausgegeben von Prof. Dr. Suzana Alpsancar, Prof. Dr. Alexander Friedrich, Prof. Dr. Petra Gehring, Prof. Dr. Andreas Kaminski und Prof. Dr. Alfred Nordmann
2026, 330 S., brosch., 39,90 €
ISBN 978-3-7560-3462-8
E-Book 978-3-7489-6497-1
(Jahrbuch Technikphilosophie, Bd. 2025)

Technikgeschichte
4 Ausgaben pro Jahr
Nomos, 93. Jahrgang, 2026
ISSN (online): 2942-3503
Printabo inkl. Onlinezugang für Einzelnutzer 109,- €

Digital verfügbar auf Inlibra.com
Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de



Nomos

VORSTELLUNG DES AK LESEDIDAKTIK

Aktuellen Studien und Medienberichten zufolge steckt die Gesellschaft in einer ›Lesekrise‹. Diese Beobachtung gilt auch für die Geschichtswissenschaften und steht nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Digitalisierung und dem Aufkommen von KI. Auch Studierende beschreiben (insbesondere in den frühen Semestern) zunehmende Schwierigkeiten, längere und komplexe wissenschaftliche Texte zu lesen und zu verstehen. Daher haben verschiedene Hochschullehrer:innen aus Geschichtswissenschaft und -didaktik im VHD im vergangenen Jahr den neuen Arbeitskreis Lesedidaktik gegründet.

Beim Lesen geht es uns nicht um das Entziffern von Zeichen, sondern um das *deep reading*, also das analytische und vergleichende Lesen sowohl einzelner als auch multipler Texte auf textimmanenten und intertextuellen Ebenen. Diese Kernkompetenz unseres Faches ist untrennbar mit dem historischen Denken verbunden. Geschichtswissenschaftliches Schreiben und Lesen weist eine Fachspezifik auf, die in bestimmten Textkonventionen, Semantiken oder Formen des Argumentierens besteht.

Mangelnde Vertrautheit hiermit machen wir nicht an den Studierenden fest, sondern wir setzen bei der Leseförderung in unserem Fach an. In geschichtswissenschaftlichen Studiengängen wurden Lesekompetenzen häufig weitgehend vorausgesetzt oder nur beiläufig vermittelt. Sie standen auch bei der Ausbildung angehender Geschichtslehrkräfte lange nicht im Vordergrund. Seit einigen Jahren findet das Thema allerdings zunehmende Aufmerksamkeit in der Geschichtsdidaktik. Für eine verstärkte Leseförderung gab es zuletzt in verschiedenen Disziplinen sogar Anstöße zu curricularen Reformen.

Der AK Lesedidaktik soll ein Forum für den Austausch über die bestehenden Ansätze in unserem Fach bieten. Entsprechend der Komplexität der Thematik verfolgt der Arbeitskreis dabei einen theorieorientierten Ansatz und bezieht interdisziplinäre Perspektiven und Kooperationspartner:innen ein. Zugleich wollen wir als Mitglieder zur praktischen Implementierung einer weiterentwickelten Leseförderung beitragen.



FELIX RÖMER

Felix Römer ist Privatdozent und Heisenberg-Stipendiat an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschichte der Bundesrepublik, der britischen und europäischen Geschichte sowie in der NS-Geschichte.



HEIKE WIETERS

Heike Wieters ist Juniorprofessorin für Historische Europaforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie forscht zur Geschichte der Europäischen Integration, zur internationalen Geschichte von Wohlfahrt-, Sozial- und Entwicklungspolitik sowie zu unternehmenshistorischen Fragestellungen.

Bei der Auftaktveranstaltung des Arbeitskreises beim Bonner Historikertag und den anschließenden Diskussionen wurden bereits konkrete Themenfelder identifiziert: Lesekompetenzwissen und Leseprozesssteuerung, Fachspezifik und Textgrammatik, Lesekultur und -motivation, hochschuldidaktische Implementierung und curriculare Reformen.

Zu einigen dieser Themen veranstaltet der Arbeitskreis einen ersten Workshop am 25./26. Februar 2027 in Berlin. Alle Interessierten sind beim Workshop und zur Mitarbeit im Arbeitskreis sehr willkommen.

Informationen zum Arbeitskreis finden sich online unter *» www.historikerverband.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/arbeitskreis-lesedidaktik/*.
Die Sprecher:innen des AKs stehen unter der E-Mail-Adresse *» lesedidaktik@historikerverband.de* bei Fragen gerne zur Verfügung.



VORSTELLUNG DER AG SOZIALDATEN UND ZEITGESCHICHTE

Vielleicht arbeiten Sie schon mit Sozialdaten, ohne diese so zu benennen? Denn durch die »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael) wurden Sozialdaten in unterschiedlichsten Kontexten im langen 20. Jahrhundert produziert. Ob sie durch Oral History, Feldbeobachtungen, Fragebögen oder statistische Verfahren entstanden sind, ist dabei weniger entscheidend als die Tatsache, dass Sozialdaten wichtige Quellen der Zeitgeschichte darstellen.

Zugleich fordern Sozialdaten Historiker:innen besonders heraus. Sie sind häufig nicht gut zugänglich in Archiven und nur manchmal in Forschungsdatenzentren zu finden. Oft liegen sie noch versteckt in den Schubladen, Kellern und Dachböden der Forschenden. Einmal gefunden, gleicht ihre Quellenkritik häufig einer umfassenden Wissensgeschichte und setzt – insbesondere bei quantitativen Daten – eine besondere Methodenkompetenz voraus. Hinzu kommen forschungsethische und rechtliche Fragen, denn für eine erneute Analyse dieser vor längerer Zeit wissenschaftlich erhobenen Daten galten andere Vorgaben.

Wie lassen sich Gesellschaften in historischer Perspektive mit Quellen analysieren, die selbst unter dem Einsatz wissenschaftlicher Methoden, mit spezifischen Fragestellungen und unter anderen rechtlichen und forschungsethischen Standards erzeugt wurden? Wie kann die Arbeit mit dieser herausfordernden, aber besonders inhaltsreichen Quellengattung unter Historiker:innen auch interdisziplinär gefördert werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die AG Sozialdaten und Zeitgeschichte. Sie entstand vor etwa zehn Jahren aus einer interdisziplinären Initiative von Lutz Raphael und Gert G. Wagner und wurde schließlich 2025 als Arbeitsgruppe im VHD verstetigt.

Den Mitgliedern der AG geht es aber nicht nur um quantitative Daten, auch wenn diese methodisch heutige Historiker:innen am meisten herausfordern und deshalb Zusammenarbeit verlangen. Der AG liegt vielmehr ein breites Sozialdatenverständnis zugrunde. Danach werden Sozialdaten als qualitative und quantitative Daten definiert, die von privaten Organisationen oder öffentlichen Einrichtungen unter Anwendung sozialwissenschaftlicher oder statistischer Forschungsmethoden zur Beschreibung von Gesellschaften gesammelt wurden. Ebenso werden Sozialwissenschaften weit verstanden und umfassen zum Beispiel Soziologie, Ethnologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Wirtschaftswissenschaft, aber auch Publikumsforschung oder Interviews früherer Oral-History-Projekte.

Eine gute Gelegenheit für ein Kennenlernen und Mitarbeiten bietet die nächste wissenschaftliche Jahrestagung der AG, die vom 22. bis 23. April 2027 in Zusammenarbeit mit dem International Centre of Advanced Studies: Metamorphoses of the Political (ICAS:MP) am German Historical Institute London stattfinden wird. Vortragseinreichungen sowie Teilnahmen ohne Beiträge und generelle Kontaktaufnahme und Mitarbeit in der AG sind herzlich willkommen.

Weitere Informationen zur AG finden Sie unter *» www.historikerverband.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/ag-sozialdaten/*. Der Blog der AG unter *» sozialdaten.hypotheses.org/* wird laufend aktualisiert.
Die Sprecherin Kerstin Brückweh, die stellvertretende Sprecherin Christina von Hodenberg, der für Mitgliedschaftsfragen verantwortliche Christian Marx sowie Paul Treffenfeldt, der die Website sowie den Blog der AG betreut, sind über die gemeinsame E-Mail-Adresse *sozialdaten@historikerverband.de* zu erreichen.



KERSTIN BRÜCKWEH

Kerstin Brückweh ist Professorin für Historische Stadt- und Raumforschung an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und leitet zugleich den Forschungsschwerpunkt »Zeitgeschichte und Archiv« am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner bei Berlin. Derzeit ist sie als DAAD-Hannah Arendt Visiting Chair für Deutschland- und Europastudien an der Munk School of Global Affairs and Public Policy der Universität Toronto tätig. Sie ist Sprecherin der AG Sozialdaten und Zeitgeschichte im VHD.



Erste Sitzung der AG Sozialdaten und Zeitgeschichte beim Historikertag in Bonn, 2025.

GESCHICHTE IM SCHWABE VERLAG

SCHWABE VERLAG
BASEL BERLIN



Tiziana Bonetti
Heilige Milch und irdische Geschäfte

CHF 48.–, EUR(D) 48.–
ISBN 978-3-7965-5395-0
Bereits erschienen,
E-Book Open Access



Körpergeschichten 1
Jonas Borsch, Jan B. Meister (Hg.)
Vormoderne Herrscherkörper im globalen Vergleich

CHF 58.–, EUR(D) 58.–
ISBN 978-3-7965-5228-1
Bereits erschienen,
E-Book Open Access



Wege der Aufklärung 5
Elisabeth Décultot, Martin Mulsow, Dirk Sangmeister (Hg.)
Halle als Ort der Unruhe

CHF 58.–, EUR(D) 58.–
ISBN 978-3-7965-5609-8
Bereits erschienen,
auch als E-Book erhältlich



Andre Bartoniczek
1989 – Der unvollendete Aufbruch

CHF 48.–, EUR(D) 48.–
ISBN 978-3-7965-5425-4
Bereits erschienen,
auch als E-Book erhältlich

DOCUMENTING CENSORSHIP OF HISTORY AROUND THE WORLD

An Introduction to the Network of Concerned Historians

— In December 2026, the *» Network of Concerned Historians* (NCH) will launch its new website, made possible by the financial contribution of the Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, among others. We hereby want to express our gratitude to the VHD and present the network to its members who helped to support our mission to defend the freedom of historical research.

The NCH was founded in 1995 to provide a bridge between international human rights organizations campaigning for censored or persecuted historians – and other concerned with the past – and the global community of historians. It builds on article 1 of the Constitution of the International Committee of Historical Sciences (CISH) "to defend freedom of thought and expression in the field of historical research and teaching and [to] oppos[e] to the misuse of history. It shall also use every means at its disposal to ensure the ethical professional conduct of its members."

Since its inception, our work has consisted of three core activities:

— Documentation of censorship of history around the world, ranging from illegitimate restrictions on archival access to the persecution (up to political murder) of historians, in our *» Annual Reports*;
— Campaigns to support history practitioners, history associations, and archives under threat;
— Archiving, including a memorial for history producers killed for political reasons, history-related legal cases, and United Nations resolutions on history.

Our work is based on three principles. First, we work for *bona fide* historians regardless of where they live or what they work on (principle of universality). Second, we work for *bona fide* historians regardless of whether their positions are mainstream or not (principle of impartiality). Third, the information we present does not imply we share the views of historians (or others) mentioned in it (principle of distance).

In recent years our work has gained increasing attention. Vladimir Putin's "On the Historical Unity of Russians and Ukrainians" was a blatant example of historical falsification in the service of legitimizing an illegal invasion. Bans of history books have become a central feature of the administration of Donald Trump, and of Republican ad-

Our work is based on the principles of universality, impartiality, and distance.



RUBEN ZEEMAN

Ruben Zeeman is a Ph.D. student in history at Brown University, specializing in the intellectual history of late 19th and early 20th century internationalism. He has been co-editor of the Network of Concerned Historians since 2020, and since 2025 has become the Network's coordinator.

ministrations across the country. In Europe, restitutions and reparations remain a slow process at best. In India, the government of Narendra Modi is systematically erasing Islamic history from education curricula and the public sphere. And in Gaza, schools, universities and archives have been bombed to rubble, with at least eight historians, archivists and archaeologists among the more than 73,000 killed.

We try to apply good practices to our work at the NCH and as historians. The first is to work with honesty and integrity, to recognize that sources are stubborn things that can challenge our preconceptions or personal beliefs, to treat the dead with dignity, and to cooperate with colleagues in- and outside the profession.

The second is to contribute to the creation of safe and open spaces for public debate, to treat diverse opinions respectfully and review them based on their merits.

The third is to defend democracy. Despite their practical flaws and vulnerability to political manipulations, the human rights to freedom of expression, information, assembly and association are uniquely positive conditions for practicing historical research. At the same time, the blatant abuses of history in nondemocratic regimes should be opposed, while democracies themselves need truthful historical research. The latter includes the need to shed light on the historical trajectories of democratic societies, the advantages and shortcomings of past experiments with political organization, the abuses of democracy both internally and in neo-imperial projects of 'democracy promotion,' and the histories of (continuing) injustice necessitating reparations, reconciliation, and reform.

The final good practice is professional solidarity. Expressions of solidarity spark hope in the face of repression. At the same time, the rights to freedom of expression and information of others are a precondition for historical research: if archives are destroyed or closed in one place, this also limits access to information in others; and for every historian that is censored, the global community of historians loses a potentially invaluable point of view.



The history of the Mughal Empire, and in particular Emperor Aurangzeb, is one example of the efforts by the Bharatiya Janata Party to rewrite India's history and erase from education those parts that do not fit its Hindu-majoritarian ideology.

These practices are obviously hard to realize and not free of tensions often complicated to navigate, but they can offer important guidance. As our founder, Antoon De Baets, has concisely summarized: "The history of censorship and persecution shows how historians have been treated badly, and helps to imagine what it would be like to treat them well." We are very grateful to the VHD for helping us to continue this work!



Antoon De Baets, prof. em. of history, ethics and human rights at the University of Groningen, founded the NCH in 1995.

DIE INTERNATIONALE DER HISTORIKERINNEN UND HISTORIKER UNTER DER LUPE HISTORISCHER BETRACHTUNG

Die Leipzig Centennial Conference des CISH

— Das Internationale Komitee für die historischen Wissenschaften (Comité International des Sciences Historique, kurz: CISH) feierte mit einer großen Konferenz sein 100-jähriges Bestehen als Weltorganisation der Beschäftigung mit Geschichte. Die Tagung in Leipzig im August 2026 war an die Stelle des sonst regelmäßig alle fünf Jahre stattfindenden Weltkongresses getreten, als dessen Durchführung in Jerusalem aus Sicherheitsgründen unwahrscheinlich geworden war. Ziel war ein Blick auf »The Past, the Present, and the Future of History«, wie auch das übergreifende Motto lautete. Dabei ging es nicht um historiografiegeschichtliche Nabelschau, sondern um die Frage, was aus diesen ersten 100 Jahren zu lernen ist und was heute Historikerinnen und Historiker in besonderer Weise bewegt. Zentral war die Frage nach der Zukunft der Profession weltweit, wie die VHD-Vorsitzende Antje Flüchter in ihrer Keynote zu Anfang des Kongresses hervorhob.

Die Gründung des CISH in Genf 1926 war ein wichtiger Beitrag zum Zwischenkriegs-Internationalismus und zu der von den USA forcierten Wiederannäherung der Gegner des Ersten Weltkrieges. Entsprechend stand der Einsatz für ein friedliches Europa im Vordergrund. Aber die Wunden waren nicht verheilt und rissen mit dem Zweiten Weltkrieg erneut auf.

Jürgen Kocka, Präsident der Organisation von 2000 bis 2005, erinnerte in einer Plenardiskussion während der Leipziger Konferenz an drei klar unterscheidbare Phasen. Zunächst gründete das CISH seine Arbeit allein auf Nationalkomitees und es verstand sich im Geiste des damaligen liberalen Internationalismus als Ort der Begegnung über Staatengrenzen hinweg. Faszinierend an dieser Phase ist aber auch eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, die den Aufbau einer transnationalen Infrastruktur für die Geschichtswissenschaft ermöglichen sollten – nicht zuletzt finanziert aus den Zuschüssen US-amerikanischer Stiftungen. Dazu gehörten die Kongresse, aber auch bibliografische Hilfsmittel und ein Bulletin mit Neuigkeiten aus den nationalen Forschungslandschaften. Letzteres erlaubte, durch Zuarbeiten aus vielen

In Leipzig ging es nicht um historiografiegeschichtliche Nabelschau, sondern um die Frage, was aus den ersten 100 Jahren CISH zu lernen ist und was heute Historikerinnen und Historiker in besonderer Weise bewegt.



MATTHIAS MIDDELL

Matthias Middell ist seit 2008 Professor für Kulturgeschichte und aktuell Prorektor für Campusentwicklung: Kooperation und Internationalisierung an der Universität Leipzig. Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die neuere Globalgeschichte, Historiografie- und Universitätsgeschichte sowie die Geschichte kultureller Transfers.



Eröffnungsveranstaltung der CISH Centennial Conference in Leipzig, August 2026.

Mitgliedsländern, den Gang der Geschichtswissenschaft erstmals wirklich international zu verfolgen. Das CISH rang bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs um Anerkennung durch Nützlichkeit für die Profession, während es sich gleichzeitig der Gründungsidee des Einsatzes für Frieden und Völkerverständigung verpflichtet sah. Den intellektuell vielleicht nachhaltigsten Bogen über die Programmatik spannte Marc Bloch mit seinem Vortrag auf dem 1. Kongress des CISH in Oslo 1928, als er für den Vergleich als Instrument der Abschwächung des methodischen Nationalismus warb. Zugleich warnte er, in einem naiven Komparatismus klare Unterschiede zu erfinden, wo eigentlich wechselseitige Beeinflussungen der Vergleichseinheiten zu beobachten seien.

Eine zweite Phase schloss sich nach dem Zweiten Weltkrieg an und das CISH erwies sich als funktionierende Brücke im Kalten Krieg. Als »Ökumene der Historiker« (und in wachsender Zahl auch Historikerinnen) überschritt es den Eisernen Vorhang, wie es Karl Dietrich Erdmann nannte. Ein zweites Charakteristikum dieser Phase war die Bildung einer wachsenden Zahl affiliierter Kommissionen, die nicht nach dem Prinzip der nationalen Zugehörigkeit, sondern nach gemeinsamen thematischen Interessen besetzt waren. Besonders wichtig dabei ist vielleicht die Konzentration auf die heftigen Emanzipationskämpfe in Asien und Afrika gegen die Kolonialherrschaft. Dies begann zunächst als Gegenstand historischer Forschung, wuchs sich aber bald auch als Bemühen um eine globale Teilnahme an den Aktivitäten des CISH aus, das zuvor vor allem eine europäisch-nordamerikanische Organisation war. Aber viele andere Themen von Stadt- bis Parlaments- ebenso wie von Geschlechter- bis Klimageschichte fanden auf diese Weise ihre transnationale Heimat. Die Leipziger Konferenz hat an vielen Beispielen gezeigt, wie diese Kommissionen dazu beigetragen haben, neue Themen und Fragestellungen rasch von den Pionierländern aus zu verbreiten und den Traum Marc Blochs von künftiger vergleichender Geschichte wahr werden zu lassen.

Die knapp 35 Jahre zwischen dem Kongress in Rom 1955 und dem Ende des Kalten Krieges trugen dem CISH große Aufmerksamkeit ein, denn es

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwies sich das CISH als funktionierende Brücke im Kalten Krieg.

funktionierte trotz vieler Kontroversen als Instrument der Verständigung über Block- und ideologische Grenzen hinweg. Die Kongresse trugen zur Festigung professioneller Standards bei und das CISH unternahmen einiges, um den inhärenten Eurozentrismus seiner Gründungsjahre abzustreifen oder jedenfalls kritischer zu sehen.

Mit dem Kongress in Madrid 1990 begann eine dritte Phase, in der ein rapide nachlassendes Interesse der Wissenschaftsdiplomatie am CISH zu beobachten war. Im Osten fielen die entsprechenden Instanzen der Transformation zum Opfer, im Westen ließ die Anspannung mangels ernst genommener Gegenseite nach. Auf das Paradigma der Globalisierung, dem die Illusion vom Ende der Geschichte und damit ein machtvoller Diskurs der Newness eingeschrieben war, reagierten die Geschichtswissenschaften mit dem Bemühen um eine Globalisierung ihrer Gegenstände. Auch der Nachweis, dass so neu nun doch nicht alles war, trat mit der Globalgeschichte in den Vordergrund. Aber selbst auf dem Kongress von Oslo 2000 wurde die Globalgeschichte noch unter den Verdacht gestellt, ein US-amerikanisches Hegemonieprojekt zu sein. Nur Schritt für Schritt lernte die Community, mit den verschiedenen Perspektiven auf globale Prozesse umzugehen. Kongresse in Montreal 1995, Sydney 2005 und Jinan 2015 zeigten den deutlichen Willen zur Aufwertung außereuropäischer Historiografien. Organisatorisch blieb das CISH allerdings in den älteren Mustern stecken und wurde von der Intensität der physischen und digitalen Vernetzung im Fach selbst überholt. Es blieb abhängig von den kommunikativen Reichweiten seiner Mitgliedsorganisationen und diese unterscheiden sich beträchtlich. Sie sind besonders in Afrika klein, wenn überhaupt existent, wie ein Panel über innovative Forschungsansätze in Nigeria, Tansania und Südafrika bestätigte, die nur selten international ausreichend wahrgenommen werden.

Die Konferenz in Leipzig bot in knapp 60 Panels mit mehr als 400 Vortragenden aus rund 50 Ländern eine beeindruckende Bilanz dieser Entwicklungen. Sie zeigte, dass sich neue Generationen für das Projekt einer globalen Organisation engagieren. Der neu gewählte Vorstand ist mit Abstand der jüngste in der Geschichte des CISH. Die wichtigsten Aufgaben resümierte der frisch gewählte Präsident Sacha Zala aus Bern folgendermaßen: Aufbau einer effizienten und professionellen Verwaltung, die den Mitgliedern einen echten Mehrwert bietet; Stärkung der Kooperation zwischen den Mitgliedsorganisationen auch durch regionale und bilaterale Initiativen zwischen den Großkongressen; Dynamisierung der Kongresse als Ort, an dem tatsächlich Historikerinnen und Historiker aus aller Welt zusammentreffen; Verteidigung sowohl der akademischen Freiheit als auch der unvoreingenommenen Kooperation.

Dafür wurde eine modifizierte Satzung des CISH durch die Generalversammlung angenommen, die diesen Zielen besser dienen soll und unter anderem auch eine individuelle Mitgliedschaft in der Organisation zulässt. Im Zeitalter sozialer Medien, die Menschen auf verschiedenen Erdteilen in Echtzeit verbinden, bedarf es neuer Formen der Kommunikation, um das CISH zur Organisation aller Historikerinnen und Historiker zu machen. —

Die Centennial Conference zeigte, dass sich neue Generationen für das Projekt einer globalen Organisation engagieren.

Die VHD-Vorsitzende Antje Flüchter hielt die Eröffnungskeynote *History under Pressure: Expertise, Critique, and the Future of the Discipline* der CISH Centennial Conference. Die Rede steht als *» Mitschnitt* auf L.I.S.A, dem Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung, zur Verfügung. Der VHD unterstützte die Konferenz auch durch das Sponsoring des Caterings am Eröffnungsabend.

Deutsche Geschichten



Geb., 564 S., 3 Abb., € 40 | 978-3-98722-011-1
Erscheint im Oktober



Geb., 504 S., 14 Abb., € 40 | 978-3-98722-010-4
Erscheint im Oktober



Geb., 328 S., € 30 | 978-3-98722-003-6



Br., 208 S., € 15 | 978-3-86854-878-5
Erscheint im Oktober



Br., 520 S., 12 Abb., € 30 | 978-3-98722-013-5

Hamburger Edition
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

VON RÜCKSCHRITTEN UND FORTSCHRITTEN IN DER BETRACHTUNG DER VERGANGENHEIT

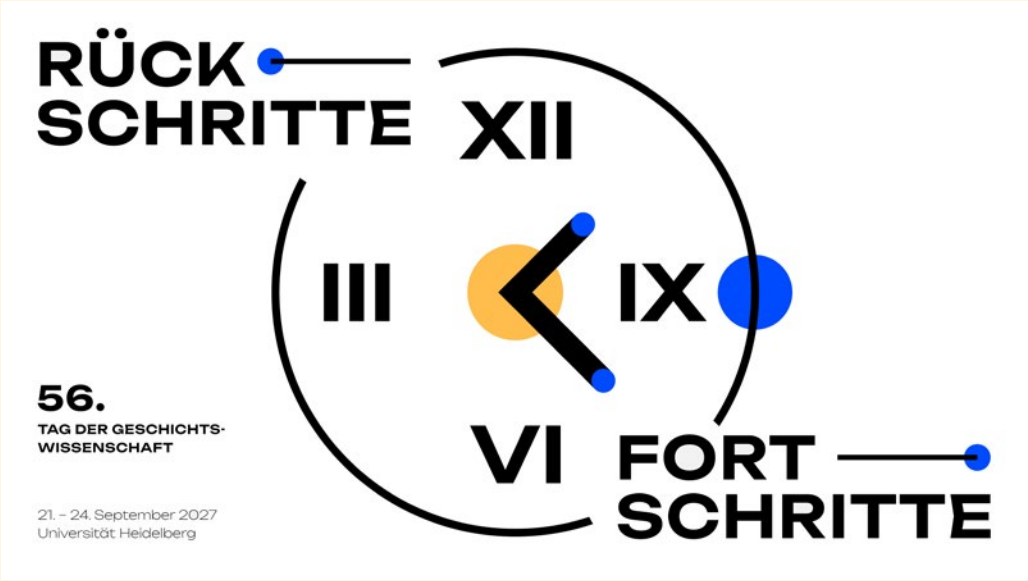
Der erste Tag der Geschichtswissenschaft in Heidelberg 2027

Mit den Beschlüssen vom 55. Historikertag 2025 in Bonn hat der VHD den Weg frei gemacht für die Umbenennung eines der größten Fachkongresse in unserem Feld: Aus dem Historikertag wird der Tag der Geschichtswissenschaft. Der erste Tag der Geschichtswissenschaft wird 2027 stattfinden – und schon diese Namensänderung ist ein echter Fortschritt. Sie spiegelt ebenso die lebendige Diskussionskultur in unserem Fach wie die Fähigkeit, Kompromisse und Lösungen miteinander zu finden, die neue Wege und Perspektiven eröffnen.

Als Austragungsort entschied sich die VHD-Mitgliederversammlung für die Universität Heidelberg. Nachdem hier im April 1903 der siebte Historikertag stattfand, gilt es, nach mehr als einem Jahrhundert wieder einen Akzent am Neckar zu setzen. »Das Schwergewicht«, so resümierte damals der Kommentator in der Historischen Zeitschrift, »lag in den fast durchweg vorzüglichen Vorträgen und nicht in den Diskussionen, und so müßte es auch bleiben, wenn der Historikertag sich auf der jetzt erreichten Höhe behaupten soll.« (Historische Zeitschrift 91/1, 1903, S. 190 unter »Vermischtes«). Fortschritt, so lernen wir hier, wurde im frühen 20. Jahrhundert und vor den beiden Weltkriegen durch frontale Belehrung und nicht durch die Diskussion hergestellt. Genau das Gegenteil ist das Ziel, das sich der Tag der Geschichtswissenschaft im folgenden Saeculum steckt. Die Perspektive auf Rückschritt und Fortschritt selbst hat sich also gewandelt – ein guter Start für einen lebendigen, kontroversen und sachlichen Austausch.

Die Bedrohungen, denen sich unser Fach ausgesetzt sieht, sind vielfältig; dieser Band des VHD Journals macht es noch einmal deutlich. Einer dieser Herausforderungen nimmt sich der Tag der Geschichtswissenschaft 2027 mit dem Motto »Rückschritte – Fortschritte« an. Zunehmend ist die teleologische Erzählung, die in der Gegenwart den Gipfelpunkt der historischen

Die Perspektive auf Rückschritt und Fortschritt selbst hat sich gewandelt – ein guter Start für einen lebendigen, kontroversen und sachlichen Austausch.



Das Motto »Rückschritte – Fortschritte« wird die Teilnehmer:innen beim Tag der Geschichtswissenschaft in Heidelberg 2027 begleiten.

Entwicklung oder gerade umgekehrt den Tiefpunkt menschlicher Existenz sehen möchte, in der Geschichtswissenschaft dekonstruiert worden. Im öffentlichen Diskurs bleiben jedoch zahlreiche Stimmen präsent, die insbesondere Rückschrittsparadigmen zu eigenen Zwecken bedienen. Doch wie kann eine kritische Erzählung über ökonomische Fortschrittsversprechen oder den Niedergang im Anthropozän aussehen – und welche Rolle spielt die Geschichtswissenschaft dabei? Längst ist der alte Streit erneut angeheizt, ob wir neutral kommentieren oder in der Mitte der Gesellschaft historisch fundierte Meinung machen sollten. Die multiplen politischen Krisen in der Welt befeuern diese Unsicherheiten und es gilt auch, den daraus drohenden Polarisierungen im Fach entgegenzutreten, ohne die Kontroverse inhaltlich zu beschneiden.

Dabei kann es helfen, sich auf die entscheidende Stärke der Geschichtswissenschaft zu besinnen. In historischer Perspektive erhalten wir zwar keine Handlungsanweisung für die Gegenwart, aber doch zumindest ein besseres Verständnis für die Genese unserer gesellschaftlichen Probleme. Nicht zu allen Zeiten und an allen Orten war das teleologische Modell, das Rückschritte befürchtet oder Fortschritte herbeisehnt, die wichtigste Art, historische Narrative zu kreieren. Vielmehr spielten sowohl in Europa als auch in globaler Perspektive zyklische wie statische Vorstellungen eine ebenso wichtige Rolle und dienten dazu, ein Argument für die jeweilige Gegenwart zu machen.

In Heidelberg möchten wir dafür werben, unsere Diskussionen über die Gegenwart geografisch und zeitlich breit anzugehen. Der Blick auf die Vormoderne erkennt Zyklen transkultureller Verflechtung schon deutlich vor den Zäsuren der Zeiten um 1500 oder um 1800. Wir möchten beim Heidelberger Tag der Geschichtswissenschaft einen Diskussionsraum eröffnen, der historische und gegenwärtige Modelle etwa aus Ost- und Südasien, aus der arabischen oder aus der präkolumbianischen Welt ebenso in Betracht zieht wie die Nutzung dieser Vergangenheiten in der Rezeption der folgenden Jahrhunderte. Mit dem Motto »Rückschritte – Fortschritte« möchten wir dazu einladen, über die Erzählstruktur von Geschichte selbst nachzudenken.

Dass dabei auch die Herausforderungen des interepochalen und interdisziplinären Dialogs zutage treten werden, ist selbstverständlich. Gerade dazu ist ein Tag der Geschichtswissenschaft da, zumal wenn er die Anstrengungen der Zunft im Singular bündelt. Als Ortskomitee glauben wir, dass Heidelberg als vielfältiger Wissenschafts-

Rückschritt und Fortschritt können sich am selben Ort manifestieren, dasselbe Ereignis kann je nach Perspektive der Betrachtenden als Rückschritt oder Fortschritt erscheinen.



ANNA KOLLATZ

Anna Kollatz ist Professorin für Islamwissenschaft an der Universität Heidelberg mit Forschungsschwerpunkten im Mamlukensultanat (1250–1517) und dem Mittelmeerraum im Allgemeinen sowie auf dem indischen Subkontinent bis zum Übergang ins 19. Jahrhundert. Ihr Interesse gilt ethnisch und religiös diversen Gesellschaften, den Funktionen von historiografischem Schreiben und der Deutung und Diskussion gesellschaftlicher Phänomene in visueller Satire.



ROMEDIO SCHMITZ-ESSER

Romedio Schmitz-Esser ist Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Kultur- und Körpergeschichte, der Erforschung mittelalterlicher Materialität und Mobilität, der Geschichte Italiens und der Austauschbeziehungen mit Asien im Mittelalter.



ALICIA WOLFF

Alicia Wolff ist Akademische Mitarbeiterin an der Professur für Mittelalterliche Geschichte von Romedio Schmitz-Esser an der Universität Heidelberg. Nach ihrer Promotion über Pilgerreisen arbeitet sie an einem neuen Projekt zur Umwelt- und Infrastrukturgeschichte des Mittelalters. Für den Tag der Geschichtswissenschaft hat sie die Geschäftsführung übernommen.

Dem **Ortskomitee** gehören neben Anna Kollatz und Romedio Schmitz-Esser als Sprecherin bzw. Sprecher noch Thomas Maissen, Kai Trampedach und Christian Witschel an.



Unter dem Blick von Pallas Athene, der Göttin der Weisheit, finden die Sektionen in der Neuen Universität statt.

standort dafür eine ausgezeichnete Ausgangslage bietet. Einerseits ist die historische Tiefendimension in dieser alten Universitätsstadt allgegenwärtig spürbar; schon die Eröffnung führt in die Heiliggeistkirche, in der einstmals die bedeutende Bibliotheca Palatina aufbewahrt wurde. Das Schicksal dieser Sammlung, deren Bände infolge des Dreißigjährigen Krieges über Bayern in die Vatikanische Bibliothek gelangten, mahnt an die unmittelbaren Auswirkungen, die gewaltsame Konflikte auf unsere Kulturgüter haben. Die digitale Aufarbeitung dieser Texte hingegen verweist auf die Möglichkeiten, die uns gerade die moderne Technik bietet, um historisches Wissen ortsunabhängiger zu machen.

Heidelberg verfügt über eine breite Aufstellung der historisch arbeitenden Wissenschaften, die nicht nur das Historische Seminar und das Seminar für Alte Geschichte und Epigraphik umfasst, sondern auch zahlreiche Zentren, die einen Austausch mit fachlichem Bezug auf unterschiedlichste Regionen der Welt ermöglichen. Dazu zählen etwa das Centre for Transcultural Studies, aber auch kleinere Zentren wie das Seminar für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients. Das reicht bis zur aktiven Rolle der Universitätsbibliothek, die vor allem im Bereich der Digitalisierung eine Vorreiterrolle einnimmt.

Die Teilnehmenden erwartet 2027 ein räumlich kompakter Tag der Geschichtswissenschaft, der in der Altstadt von Heidelberg stattfinden wird und sein Zentrum in der Neuen Universität hat. Das Gebäude, das in der Weimarer Republik als Zeichen der neuen deutsch-amerikanischen Freundschaft entstand, steht für den ernsthaften Versuch von Verständigung über Differenzen hinweg. Gleichzeitig erinnert es auch mahnend an die Geschichte des 20. Jahrhunderts, brannten doch vor dem Freundschaftsbau schon kurze Zeit später von Heidelberger Studenten dem Feuer übergebene unerwünschte Bücher. Rückschritt und Fortschritt können sich am selben Ort manifestieren, dasselbe Ereignis kann je nach Perspektive der Betrachtenden als Rückschritt oder Fortschritt erscheinen und als solcher erzählt werden. Die beiden Begriffe sind zudem nicht immer zwingende Gegensätze, sondern eng miteinander verbundene Deutungsmodi. Wir hoffen auf anregende Diskussionen über dieses ambivalente Spannungsfeld und haben deshalb den optimistischen Fortschritt am Ende des Mottos als Ausblick betont.

So möge es auch diesmal gelingen, was schon 1903 gelang, nämlich dass die Fachtagung 2027 »durch die Fülle und Güte des Gebotenen einen überaus anregenden Verlauf« (ebd.) nehme. Der Call for Sessions hat bereits gezeigt, dass es in der Geschichtswissenschaft an Kreativität nicht fehlt, und wir freuen uns auf den gemeinsamen Austausch an der Ruperto Carola im kommenden Jahr.

Alle Informationen rund um den Tag der Geschichtswissenschaft in Heidelberg finden Sie immer aktuell unter » *www.tag-der-geschichtswissenschaft.de/heidelberg2027/*.

Neue Titel bei Wallstein

Wie kann die Wissenschaft zukünftig ihre Widerstandsfähigkeit gegen autoritäre Versuche der Einflussnahme stärken?



Christoph Möllers, Max Lenz und Nils Weinberg
Autoritäre Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit

203 S., Klappenbroschur
20,00 € (D); 20,60 € (A)
ISBN 978-3-8353-6237-6

Deutschsprachige Hochschulen sind seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 kein sicherer Hort mehr für jüdisches Leben. Betroffene schildern, wie die Normalität von einst zerstört worden ist.



Ausnahmezustand
Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober.
Zeugnisse von Betroffenen

Hg. von Julia Bernstein, Alfred Bodenheimer und Elisabeth Schilling

552 S., 10 Abb., brosch.
34,00 € (D); 35,00 € (A)
ISBN 978-3-8353-6192-8

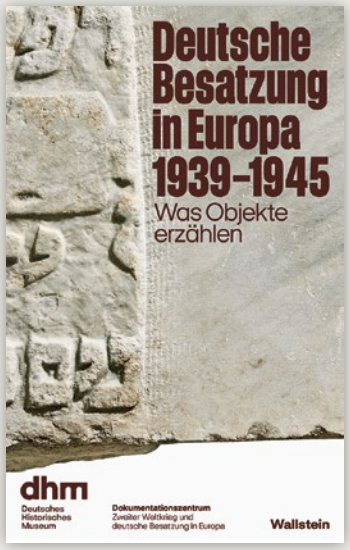


Umstrittene Verwandtschaft
Koloniale und nationalsozialistische Gewalt

Hg. von Raphael Gross und Stephan Malinowski

320 S., 82 z. T. farb. Abb., Klappenbroschur
28,00 € (D); 28,80 € (A)
ISBN 978-3-8353-6187-4

Historische Grundlagen der Debatte zur »Verwandtschaft« von kolonialer und nationalsozialistischer Gewalt.



Deutsche Besatzung in Europa 1939–1945
Was Objekte erzählen

Herausgegeben von Alfons Adam, Axel Bangert, Martin Borkowski-Saruhan, Raphael Gross, Annette Wolf

224 S., 43 z.T. farb. Abb., Klappenbroschur
24,00 € (D); 24,70 € (A)
ISBN 978-3-8353-6031-0

Welche Geschichten erzählen historische Objekte über das durch die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg verursachte Leid? Eine bildhafte Annäherung.

GEMEINSAM GESCHICHTE DIGITAL GESTALTEN

NFDI4Memory – Entwicklungen und Perspektiven

— Das vergangene Jahr war ein ereignisreiches für NFDI4Memory, das Konsortium der historisch arbeitenden Geisteswissenschaften, denn es stand die Zwischenevaluierung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) an. Aber auch sonst waren wir bei NFDI4Memory aktiv, um vielfältige Angebote für alle zu schaffen, die sich mit der digitalen Seite von Geschichte beschäftigen möchten. Es gibt neue Tools und Dienste zu entdecken, die sich an Einsteiger:innen ebenso richten wie an Expert:innen. NFDI4Memory ist nicht nur digital zu erleben, sondern beim Community Forum in München steht auch der persönliche Austausch im Mittelpunkt.

ZWISCHENEVALUIERUNG DURCH DIE DFG

Drei Jahre NFDI4Memory sind schnell vergangen und so wurde mit Absolvierung der Hälfte der Förderzeit der Zwischenbericht bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingereicht. Allen, die sich über die bisherigen Ergebnisse und die weiteren Perspektiven von NFDI4Memory informieren möchten, steht die *» Community Version* des Berichts online zur Verfügung.

Dem Bericht folgte Anfang Juli das Zwischenberichtssymposium der DFG in Bonn, bei dem eine fünfköpfige Delegation NFDI4Memory erfolgreich vertreten hat. In einer Posterpräsentation erklärten sie den Einsatz der NFDI4Memory-Dienste im Rahmen konkreter historischer Forschungsfragen.

NEUE DIENSTE UND DIGITALE TOOLS FÜR DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Gleich mehrere Dienste und Tools wurden in diesem Jahr erfolgreich neu eingeführt und können nun aktiv und kostenfrei genutzt werden. Das historische Vornamentool *» hivoto* ist einer dieser neuen NFDI4Memory-Dienste. Das Tool umfasst etwa 202.000 Schreibvarianten von Vornamen, die jeweils mit kontrollierten Normbezeichnungen verknüpft sind. Dies vereinfacht die Vereinheitlichung von Vornamen in Datensätzen erheblich, denn unterschiedliche Schreibungen, Abkürzungen und Verschreibungen können unter einer normierten Fassung zusammengebracht und verknüpft werden.

Mit *» HISTOFOX* wurde eine Informations-, Lern- und Lehrplattform zur

Es gibt neue Tools und Dienste zu entdecken, die sich an Einsteiger:innen ebenso richten wie an Expert:innen.



THERESA-SOPHIE HERGET

Theresa-Sophie Herget studierte Kulturwissenschaften und BWL an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Museumsmanagement und -kommunikation an der HTW Berlin. Nach einem Volontariat im Bereich Museumskommunikation ist sie seit August 2023 im NFDI4Memory-Coordination Office als Referentin für Kommunikation und Community Management tätig.

Förderung von Datenkompetenzen in historisch arbeitenden Disziplinen veröffentlicht. Sowohl Lehrende als auch Lernende können sich hier Wissen zu digitalen Methoden und Forschungsdatenmanagement aneignen. Allen, die nach einem zentralen Ort suchen, an dem Lernangebote zur Data Literacy gebündelt zugänglich gemacht werden, sei HISTOFOX wärmstens empfohlen.

Viele kennen das Problem: Die eigenen Forschungsdaten sind erhoben, aber zur Veröffentlichung sind sie noch nicht ›aufgeräumt‹ genug. Aber wie können Dubletten automatisch gefunden werden, wie geht man mit uneinheitlichen Schreibweisen um und wie kann ich Ortsangaben unkompliziert mit Geodaten anreichern? Für viele Fragen rund um die Qualität von Daten finden sich im Portal *» datenqualität.org* klare und knappe Antworten sowie eine ausführliche Literatur- und Linksammlung. Der zentrale Informationshub richtet sich sowohl an Forschende als auch an Mitarbeitende in Infrastruktureinrichtungen der historisch arbeitenden Fächer.

Ein weiterer Dienst, der sich schnell etabliert hat, ist die monatliche digitale Sprechstunde *» Frag4Memory*. Sie bietet Forschenden in den historisch arbeitenden Geisteswissenschaften eine halbstündige Beratung zu individuellen Fragen rund um Forschungsdatenmanagement und digitale Arbeitsmethoden. Die Beratung soll erste Lösungsansätze erarbeiten und gezielt auf weiterführende Ressourcen oder Expert:innen verweisen. Fragende aller Vorkenntnisstufen sind nach vorheriger Anmeldung herzlich willkommen.

Ein sehr hilfreiches Tool für alle Forschenden, die einen Antrag zur Projektförderung bei der DFG stellen wollen, ist *» DMP4Memory*. Durch das Ausfüllen eines Fragenkatalogs in einer NFDI4Memory-RDMO-Instanz ermitteln Forschende ihre Antworten für den Antragsteil »Umgang mit Forschungsdaten«. Der Fragenkatalog wurde und wird in enger Kooperation mit der Community iterativ entwickelt und an die *» Empfehlungen der DFG zum Umgang mit Forschungsdaten* angepasst, die NFDI4Memory mitgestaltet hat.



Gute Stimmung beim DFG-Zwischenberichtssymposium: Felix Bach, Ursula Lehmkuhl, Johannes Paulmann, Marie von Lüneburg und Simon Donig (v.l.n.r.) stellen als Vertreter:innen der NFDI4Memory Co-Applicants die Ergebnisse der letzten drei Jahre sowie die weiteren Planungen des Konsortiums vor.

GEMEINSAM FÜR NACHHALTIGE FORSCHUNGSDATEN

Eines der Ziele von NFDI4Memory ist die Generierung von Standards für historische Forschungsdaten und deren nachhaltige Bereitstellung. Dem Erreichen solcher Standards geht das Sichtbarmachen von Handlungsbedarf voraus. Dies hat das Konsortium im Winter 2026 erreicht, indem es mit dem *» Positionspapier* »Damit wir auch zukünftig eine Vergangenheit haben – Für eine dem digitalen Zeitalter angemessene Ausbildung und Lehre in Archivwesen und Geschichtswissenschaft« auf den Handlungsbedarf in Ausbildung und Lehre im Archivwesen und der Geschichtswissenschaft aufmerksam gemacht hat. Das Positionspapier ist im Rahmen der ersten NFDI4Memory Summer School am Landesarchiv Baden-Württemberg entstanden. Im Fokus steht die Sensibilisierung für die als Geschichtscommunity vor uns liegenden Herausforderungen. Diese beginnen bereits bei der Sicherung und der wissenschaftlichen Aus-



Fragen zum Umgang mit historischen Forschungsdaten? Die Expert:innen der NFDI4Memory Sprechstunde stehen monatlich für Beratungen zur Verfügung. Anmeldungen sind *» online* möglich.

wertung des neu entstehenden digitalen Kulturerbes; auch finanzielle Fragen sind zu klären, denn digitale Überlieferung kostet Geld und darf nicht gegen die analogen Aufgaben im Archiv ausgespielt werden.

Im Sommer 2026 wurde zudem die *» DFG-Handreichung* zum Umgang mit Forschungsdaten durch das Fachkollegium Geschichtswissenschaften veröffentlicht. NFDI4Memory war im Entstehungsprozess in beratender Funktion beteiligt. Die Empfehlungen sollen Forschenden in der Geschichtswissenschaft eine wichtige Orientierung für die Planung des Forschungsdatenmanagements in Projekten geben.

Das Community Forum ist die zentrale Möglichkeit, gebündelt die Angebote von und die Menschen hinter NFDI-4Memory kennenzulernen.

GANZ AKTUELL: NFDI4MEMORY COMMUNITY FORUM

Das vierte *NFDI4Memory Community Forum* für alle an NFDI4Memory-Interessierten – unabhängig von Vorkenntnissen – findet im Vorfeld der Konferenz *» Das Digitale Objekt* am 25. November 2026 am Deutschen Museum in München statt. Es ist die zentrale Möglichkeit, gebündelt die Angebote von und die Menschen hinter NFDI4Memory kennenzulernen und bei entscheidenden Themen die eigene Meinung einzubringen. Angeboten werden insgesamt sieben Workshops, Paneldiskussionen und Vorträge, bei denen die Teilnehmenden mehr über das vielfältige Arbeitsprogramm und die Dienste von NFDI4Memory erfahren und selbst aktiv werden können. Die Postersession am Nachmittag bietet die Möglichkeit, in den Austausch zu treten und sich zu vernetzen.

Für alle, die nicht vor Ort in München sein können, gibt es ein paralleles digitales Angebot: Neben den Workshops zu historischen Ortsdaten, zum NFDI4Memory Data Space & RADAR4-Memory sowie dem HISTOFOX kann auch die Paneldiskussion zu Provenienz online besucht werden. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine *» Voranmeldung* sowohl für die Präsenz- als auch die digitale Teilnahme ist dennoch bis zum 18. November 2026 verpflichtend.

BLICK IN DIE ZUKUNFT – WAS BRINGT 2027?

Das neue Jahr steht fast schon in den Startlöchern, es lohnt sich somit, einen Blick darauf zu werfen, was NFDI4-Memory-Interessierte 2027 unter anderem erwartet. Das fünfte Community Forum als Ort des Austauschs und Kennenlernens der NFDI4Memory-Angebote findet am 10. Juni 2027 im Rahmen des Südwestdeutschen Archivtags in Nürtingen statt. Die Programmveröffentlichung und der Anmeldestart erfolgen im Frühjahr.

Das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung richtet im Herbst 2027 die vierte »Linking Data | Linking Communities«-Summer School von NFDI4Memory aus. Ebenfalls im Herbst wird NFDI4Memory Teil des Tags der Geschichtswissenschaft in Heidelberg sein. Wir freuen uns, ähnlich wie in Bonn auch dieses Mal im Vorfeld des Kongresses am 20. September 2027 eine Pre-Conference mit Workshopcharakter für Promovierende anbieten zu können. Beim Tag der Geschichtswissenschaft selbst wird das Konsortium für die historisch arbeitenden Geisteswissenschaften erstmals durchgehend einen eigenen Raum bespielen, der Platz für unterschiedliche Formate – von Barcamps über Hands-on-Workshops bis hin zu Diskussionsrunden – bietet; zudem ist eine NFDI4Memory-Posterausstellung geplant, die die Vielzahl der NFDI-4Memory-Dienste vorstellt. Neben weiteren Konferenzteilnahmen, eigenen Veranstaltungsformaten und dem Launch neuer Services steht das kommende Jahr ganz im Sinne des Folgeantrags für die zweite Förderphase, womit die digitale Transformation und der fachkulturelle Wandel gemeinsam mit der Community auch nach 2028 vorangetrieben werden kann.

Wer nicht bis zum nächsten VHD Journal auf Neuigkeiten von NFDI4Memory warten möchte, kann den monatlich erscheinenden *» Newsletter* abonnieren oder dem Konsortium auf *» LinkedIn* folgen.

AKTUELLES AUS DEM VERBAND

— Das Jahr 2025 stand ganz im Zeichen des Historikertags in Bonn, der für den VHD und die austragende Universität ein voller Erfolg war. Nach den Neuwahlen für Ausschuss und Vorstand auf der Mitgliederversammlung haben die Gremien sich in der neuen Konstellation eingespielt. Die Geschäftsstelle hat nachbereitet und abgerechnet sowie die Gespräche und Planungen mit Heidelberg aufgenommen – denn es gilt: Nach dem Historikertag 2025 ist vor dem Tag der Geschichtswissenschaft 2027.

Die politischen Entwicklungen werden von allen genau beobachtet und so ist der VHD derzeit unter anderem deutlich präsent bei Verhandlungen rund um das Fach Geschichte. Auch die verschiedenen Arbeitskreise und -gruppen haben sich getroffen und wir freuen uns über diese Vielfalt unter dem Dach des VHD. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie alles über die aktuellen Entwicklungen und Aktivitäten des Verbands.

HISTORIKERTAG IN BONN 2025

Erstmals überhaupt fand 2025 der Historikertag in der ehemaligen Bundeshauptstadt statt. Rund 2500 Besucher:innen folgten der Einladung an den Rhein. Motto des 55. Historikertags war »Dynamiken der Macht« – ein Thema, das sich in verschiedene Richtungen als überaus anschlussfähig herausstellte. Fast alle Sektionen griffen das Thema, auf unterschiedliche Weisen, auf und auch in der medialen Berichterstattung fand das Motto vielfach Anklang. In drei TopThemen und sechs Debatten wurden Themen aufgegriffen, die über den fachwissenschaftlichen Diskurs hinaus reichen und sich dezidiert auch an eine breitere Öffentlichkeit richteten. Die Veranstaltungen wurden aufgezeichnet und bei L.I.S.A, dem *» Wissenschaftsportal der Gerda Henkel* Stiftung, veröffentlicht.



FELIX GRÄFENBERG

Felix Gräfenberg promovierte in Münster im Sonderforschungsbereich *Kulturen des Entscheidens*. Es folgte eine Station bei der Historischen Kommission für Westfalen, wo er sich unter anderem im Wissenschaftsmanagement betätigte. Neben seiner Arbeit beim VHD im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftskommunikation ist er als Lehrbeauftragter an der Universität Münster und als freier Historiker tätig.

PREISE FÜR HERAUSRAGENDE FORSCHUNG

Beim Festakt des VHD im Rahmen des Bonner Historikertags wurden in bewährter Weise auch die *» Forschungspreise* des Verbands verliehen. Susanne Schregel, die sich 2024 an der Universität zu Köln habilitierte, erhielt den Carl Erdmann Preis für die beste Habilitation. Cosima Götz wurde mit dem Hedwig Hintze Preis für die beste Dissertation ausgezeichnet.

Der Peter-Haber-Preis für digitale Geschichtswissenschaft wurde – wie gewohnt im Rahmen eines Posterwettbewerbs auf dem Historikertag – an Ann Lauren Osthof, Jenny Gabel, Fernanda Alvares Freire und Philipp Scheinert vergeben. Die Poster der Gewinner:innen sind zusammen mit den anderen Beiträgen der Shortliste auf dem *» Blog* der AG Digitale Geschichtswissenschaft veröffentlicht. Der Preis wird alle zwei Jahre zusammen vom VHD, der AG Digitale Geschichtswissenschaft und dem Deutschen Historischen Institut Paris verliehen.

VOM HISTORIKERTAG ZUM TAG DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Im Rahmen des Historikertags fand auch die Mitgliederversammlung des VHD statt. Dabei war die Umbenennung des Kongresses ein zentraler Tagesordnungspunkt. Die Verbandstagung wird nach Beschluss der Mitgliederversammlung künftig als »Tag der Geschichtswissenschaft« stattfinden; in der Satzung wird die alte Bezeichnung in Klammern weitergeführt, um den Namen langfristig zu schützen. Der Umbenennung war eine jahrelange Debatte vorausgegangen. Ab 2024 überführte eine Arbeitsgruppe des VHD-Ausschusses die offene Diskussion unter Einbeziehung der Mitglieder, unter anderem in einem Onlineforum, in ein geregeltes Verfahren.

SCHULFACH GESCHICHTE STÄRKEN

Die Mitgliederversammlung verabschiedete zudem eine *» Resolution* zur Stärkung des Schulfachs Geschichte. Sie entsprang der Kooperation mit dem Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands (VGD), dessen Mitgliederversammlung der gemeinsam vorbereiteten Fassung bereits einen Tag zuvor zugestimmt hatte. Die Resolution schloss an eine intensive Zusammenarbeit in den letzten Jahren an. Wo in den Ländern Kürzungen und Streichungen im Schulfach Geschichte geplant waren, haben VHD und VGD auch im vergangenen Jahr wiederholt erfolgreich ihre Stimme erhoben. Dies taten wir auch oft in Zusammenarbeit mit der Konferenz für Geschichtsdidaktik (KGD).

PERSONALIA

Auf der Mitgliederversammlung wurde der alte Vorstand um Lutz Raphael, bestehend aus Dorothea Weltecke, Harriet Rudolph und Sebastian Schmidt-Hofner, verabschiedet. Zur neuen Vorsitzenden wählten die Mitglieder Antje Flüchter und als ihren Stellvertreter Constantin Goschler. Außerdem gehören künftig Christoph Dartmann (Schriftführer) und Claudia Tiersch (Schatzmeisterin) dem Vorstand an. Auch der Ausschuss wurde neu gewählt. Alle neuen Mitglieder werden in einem eigenen Artikel in diesem Journal vorgestellt.



Die Laudator:innen und Preisträgerinnen bei der Verleihung des Carl Erdmann und des Hedwig Hintze Preises (v.l.n.r. Marc Buggeln, Harriet Rudolph, Susanne Schregel, Cosima Götz und Christoph Dartmann).



Jury und Publikum stimmten ab und kürten (v.l.n.r.) Philipp Scheinert (Platz 3), Ann Lauren Osthof (zusammen mit Jenny Gabel Platz 1) und Fernanda Alvares Freire (Platz 2) zu den Gewinner:innen des Peter-Haber-Preises für Geschichtswissenschaft 2025.



Mit Ende der Mitgliederversammlung übergaben Dorothea Weltecke, Sebastian Schmidt-Hofner, Harriet Rudolph und Lutz Raphael (v.l.n.r.) den Staffelstab an den neu gewählten Vorstand.

ANTISEMITISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR HOCHSCHULEN UND SCHULEN

In Zeiten, in denen sich im gesellschaftlichen Diskurs die Fronten verhärten, hatte der VHD am Donnerstag, dem 10. Juli 2025, unter dem Titel *Antisemitismus an Hochschulen und Schulen* zum Gespräch über Erfahrungen und wirksame Interventionen eingeladen. Im Frankfurter Haus am Dom diskutierten der Beauftragte der Bundesregierung im Kampf gegen Antisemitismus Felix Klein, Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, sowie die Publizist:innen Thomas Thiel (FAZ) und Saba-Nur Cheema. Daniel Navon brachte die Perspektive jüdischer Studierender ein, während Frank Schweppenstette, Geschichtslehrer an einem Kölner Gymnasium und stellvertretender Vorsitzender des VGD, die Runde um den Bereich Schule ergänzte. Für den VHD saß Lutz Raphael auf dem Podium. Die damalige Co-Vorsitzende des VHD, Dorothea Weltecke, moderierte den Abend. Die Aufnahme der *» Veranstaltung* ist bei L.I.S.A., dem Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung, veröffentlicht.

POLITISCHES ENGAGEMENT

An vielfältigen Stellen brachte sich der Vorstand in politische Prozesse ein. Die *» Stellungnahme des VHD zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz* (WissZeitVG) wurde zumindest in Teilen durch das federführende Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt aufgenommen, wenngleich noch erheblicher Verbesserungsbedarf besteht. Derzeit ist der Entwurf in der parlamentarischen Abstimmung. Die *» Intervention* bei der geplanten Reform der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« im Sommer 2026 stieß auf ein breites mediales Echo.

Bei der Novellierung von Archivgesetzen war der Vorstand wiederholt aktiv und brachte die Perspektive der forschenden Nutzer:innen ein. Besonders wichtig ist dem Vorstand die Zusammenarbeit mit dem VGD und der Konferenz für Geschichtsdidaktik rund um das Schulfach Geschichte. Bei Verbändeanhörungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beteiligte sich der VHD; gemeinsam mit den anderen Fachverbänden schrieb er die Kultusministerien mit der Bitte an, bei jeglichen Reformen beteiligt zu werden. Ziel ist es vor allem, die teilweise angestrebten Reformen von Geschichte als Wahl- statt Pflichtfach auf jeden Fall zu verhindern.

ARBEITSGRUPPEN IM AUSSCHUSS

Im Ausschuss bestehen drei Arbeitsgruppen, die sich mit zentralen Themen für die Geschichtswissenschaft im Allgemeinen beschäftigen. Die AGs haben die Aufgabe, Vorstand und Ausschuss bei der Diskussion und der Formulierung von Lösungsansätzen zu unterstützen.

Die *» AG Fachethische Fragen* wurde bereits 2024 gegründet und hat Umfrage und Leitbild zum Themenkomplex »Machtmissbrauch in der Geschichtswissenschaft« verantwortet. Auch unter dem neuen Vorstand setzt die AG ihre Arbeit fort. Neben Machtmissbrauch stehen künftig die Personalstrukturen an Universitäten und Forschungseinrichtungen auf der Agenda der AG.

Neu gegründet wurde im Februar 2026 die *» AG Künstliche Intelligenz*. Die zentralen Schwerpunkte der AG liegen auf folgenden Themen: digitale Propädeutik und historische Datenkritik in Zeiten von KI; KI-bedingte Veränderungen in den Berufsfeldern von Historiker:innen; KI in der universitären Lehre und prüfungsrechtliche Aspekte.

Zuletzt gründete der Ausschuss die » AG *Resilienz*. Hintergrund ist die drohende Schwächung demokratischer Institutionen, die mit Angriffen auf die plurale Gesellschaft einhergehen. Der VHD sieht es als seine Aufgabe, diesen Entwicklungen und speziell den Folgen für die Geschichtswissenschaft und die Wissenschaftsfreiheit entgegenzutreten. Künftig ist die AG der Ort, um geeignete Wege zu diesem Ziel zu diskutieren. Die konstituierende Sitzung findet Ende 2026 statt.

Über die Arbeit der AGs informiert die Website des VHD ausführlich unter » *www.historikerverband.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/ags-im-vhd-ausschuss/*.

ABITURPREIS

Bereits seit einigen Jahren schreibt der VHD den Abiturpreis im Fach Geschichte aus. Mit über 1300 Urkunden, die im Laufe des Frühjahrs und Sommers an Schulen im gesamten Bundesgebiet versandt wurden, ist das Niveau der Auszeichnungen gegenüber dem vergangenen Jahr konstant geblieben – und das trotz der Umstellung von G8 auf G9 in Nordrhein-Westfalen, wo dieses Jahr kein Abitur geschrieben wurde. Der VHD ehrt damit das außerordentliche Engagement und die herausragende Leistung, die Abiturient:innen im Fach Geschichte gezeigt haben – und möchte so auch auf die große Bedeutung des Schulfachs Geschichte hinweisen.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

GESCHICHTSUNTERRICHT ERFORSCHEN



Spielregeln Jugendlicher im Umgang mit Geschichte

Wie deuten Jugendliche Kolonialfotografien, wenn sie sie untereinander diskutieren? *Daniel Fastlabend-Vargas* hört in kontrastiven Gruppendiskussionen genau hin und rekonstruiert daraus die impliziten „Spielregeln", nach denen Jugendliche Geschichte aushandeln – von konventions- und kenntnisorientierten bis hin zu lebensweltlichen und gesellschaftskritischen Zugängen. Sichtbar werden dabei Spannungsfelder rund um Perspektivität, Geschichtsbilder und die Deutung von Kolonialgeschichte. Die Studie liefert empirisch belegte Impulse für Forschung und den Geschichtsunterricht.

von Daniel Fastlabend-Vargas
ISBN 978-3-7344-1792-4, 436 S., € 64,00
PDF: ISBN 978-3-7566-1792-0, Open Access

Die Reihe **„Geschichtsunterricht erforschen"** leistet einen Beitrag zum Dialog zwischen geschichtsdidaktischer Empirie und Theoriebildung. Sie enthält international relevante Beiträge, die sich in innovativer Weise mit Aspekten des Geschichtsunterrichts beschäftigen.

GESCHICHTSUNTERRICHT ERFORSCHEN



ISBN 978-3-7344-1819-8, 640 S., € 84,90



ISBN 978-3-7344-1685-9, 388 S., € 34,90

Alle Titel der Reihe „Geschichtsunterricht erforschen" finden Sie im Webshop:



ISBN 978-3-7344-1705-4, 224 S., € 28,90

www.wochenschau-verlag.de

NEUES AUS DEN AGS UND AKS

Alle Informationen zu den Arbeitsgruppen und -kreisen im VHD sind auf der Website des VHD zusammengestellt: *https://www.historikerverband.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/*

Traditionell gibt es im VHD eine Reihe selbst organisierter Arbeitsgruppen und -kreise, die sich mit unterschiedlichen Teilbereichen der Geschichtswissenschaft befassen. Über die Aktivitäten der AG Sozialdaten und Zeitgeschichte, des AK Kindheitsgeschichte und des AK Lesedidaktik haben Sie schon an anderer Stelle im vorliegenden Heft gelesen. Hervorgehoben sei noch die von den Students and Young Professionals (SYP) in der AG Public History | Angewandte Geschichtswissenschaft organisierte digitale Veranstaltungsreihe *SYP goes Abschlussarbeit*. Auch das Praxislabor der AG Digitale Geschichtswissenschaft hat in diesem Sommer wieder viele Interessierte zusammengebracht.

Im September 2026 fand mit dem Frühneuzeittag in Frankfurt die 16. Arbeitstagung der AG Frühe Neuzeit im VHD unter dem Motto »Frühe Neuzeit erzählen« statt. Ebenfalls im September traf sich in Tübingen die AG Landesgeschichte bei der Tagung *Landesgeschichte und Klosterforschung.*

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Die Geschäftsstelle ist seit der letzten Ausgabe des VHD Journals weitestgehend unverändert. Die Geschäftsführung liegt bei Marie von Lüneburg, Laura Herr ist für die Organisation des Tags der Geschichtswissenschaft zuständig und vertritt die Geschäftsführung. Die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation liegt bei Felix Gräfenberg, der von Oktober 2026 bis April 2027 in Elternzeit sein wird. Neu ist als Vertretung Alice Wittgenstein, die das Team auch zukünftig unterstützen wird. Um alles rund um NFDI4Memory kümmert sich Christiane Weber. Als Assistenz der Geschäftsführung ist Silke Heesch maßgeblich mit der Mitgliederbetreuung befasst. Die Geschäftsführung arbeitet Vollzeit, alle anderen sind in Teilzeit beschäftigt. Komplettiert wird das Team von den studentischen Hilfskräften Jonah Kahlert und Laura Wurm, die im April 2026 beim VHD angefangen hat. Sie übernimmt die Stelle von Aresa Citaku, die sich nach Abschluss ihres Bachelor-Studiums im Wintersemester neuen Herausforderungen zugewandt hat. —

Immer auf dem neusten Stand bleiben! Alle aktuellen Informationen finden Sie auf der Homepage des VHD (*www.historikerverband.de*) sowie auf unseren Social-Media-Kanälen:

— LinkedIn *» www.linkedin.com/company/historikerverband/*
— Bluesky *» Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (@vhdonline.bsky.social) – Bluesky*
— Mastodon *» VHD (@VHD@fedihum.org) – FeDiHum*

Rund um den Tag der Geschichtswissenschaft informieren neben der Tagungswebsite (*» www.tag-der-geschichtswissenschaft.de*) die Kanäle auf

— LinkedIn *» www.linkedin.com/showcase/historikertag/*
— Bluesky *» Tag der Geschichtswissenschaft (@historikertag.bsky.social) — Bluesky*
— Instagram *» 56. Tag der Geschichtswissenschaft (@tagdergeschichtswissenschaft27) • Instagram-Fotos und -Videos*

Mitglieder erhalten einmal im Monat einen Newsletter mit den aktuellen Entwicklungen, Ausschreibungen und weiteren relevanten Informationen.

IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V.
ISSN: 2943-5064

VERBAND DER HISTORIKER UND HISTORIKERINNEN DEUTSCHLANDS (VHD)

Vorstand
Antje Flüchter (Vorsitzende)
Constantin Goschler (Stellvertretender Vorsitzender)
Christoph Dartmann (Schriftführer)
Claudia Tiersch (Schatzmeisterin)

Ausschuss
Sarah Albiez-Wieck, Sebastian Barsch, Marc Buggeln, Angela Ganter, Ewald Grothe, Christian Hoffarth, Teresa Huhle, Catharina Köhnke, Niko Lamprecht, Ursula Lehmkuhl, Cornelia Linde, Christoph Mauntel, Gabriele Metzler, Jana Osterkamp, Helmut Rönz, Inken Schmidt-Voges

Geschäftsführerin
Marie von Lüneburg

Geschäftsstelle
Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V.
c/o Goethe-Universität Frankfurt am Main
Norbert-Wollheim-Platz 1
60323 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 798-32572
E-Mail: *geschaeftsstelle@historikerverband.de*
Web: *www.historikerverband.de*

VHD JOURNAL

Redaktion
Christoph Dartmann, Christiane Weber

Design-Konzept, Grafik und Layout
Sebastian Lehnert, Leipzig

Korrektorat
Hildegard Hogen

Abbildungen
Moritz Götte, S. 1 | bpk-Fotoarchiv, S. 5 und S. 8 | DHI Warschau, Fotograf: Marcin Kluczek, S. 5 und S. 13 | Beatriz Bragoni, S. 5 und S. 20 | Petra Noelle / DZHW, S. 7 | Bundesarchiv, B 145 Bild-00127552, S. 9 | picture alliance / ASSOCIATED PRESS, Fotograf: Jaroslav Novak, S. 13 | Wikimedia Commons, S. 25 | André Stephan, S. 28 | Wikimedia Commons, S. 31 | Karin Reichenbach, S. 31 | Hochstift Meißen, S. 36 | Moritz Götte, S. 39 | Matthias Komm, S. 39 und S. 47 | Jakub Cezary Kaliszewski, S. 48 | Jens Raddatz, UOS, S. 49 | B. Frommann, S. 50 | Heide Fest / Viadrina, S. 56 | Paul Treffenfeldt, S. 57 | Bonne Photography, S. 58 | Wikimedia Commons, S. 59 | Christian Hüller, S. 60 | Florian Förster, S. 61 | Universität Heidelberg, Kommunikation und Marketing, S. 65 | Claudia Schmitz-Esser, S. 65 | Universität Heidelberg, Kommunikation und Marketing, S. 66 | Felix Bach, S. 69 | NFDI4Memory / Yannis Gürlich, S. 69 | Barbara Frommann, S. 73

Alle anderen Abbildungen sind gemeinfrei, von den Autor:innen privat oder stammen aus dem Bildarchiv des VHD.

Das vorliegende VHD Journal (13/2026) ist – wie alle vorherigen Ausgaben auch – online verfügbar unter *https://www.historikerverband.de/aktivitaeten/vhd-journal/* (Stand: November 2026).

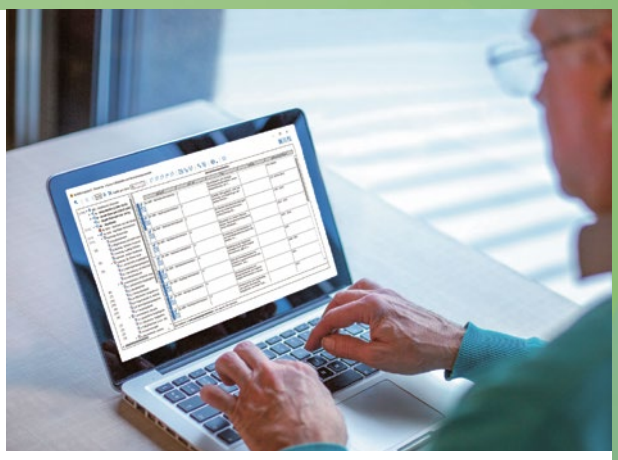
Beiträge, die mit Namen der Verfasser:innen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des VHD als Herausgeber dar.

AUGIAS® Private-Edition

Die benutzerfreundliche Einsteigerlösung nach professionellen archivischen Standards

Perfekt für:

- Privatarchive und Nachlässe von Privatpersonen
- ehrenamtliche Institutionen
- Heimatvereine
- Geschichtsvereine
- Sportvereine



Intuitiv und kompatibel

- Einfach zu bedienen: keine archivarischen Profi-Kenntnisse erforderlich. Sofort loslegen dank intuitiver Benutzeroberfläche.
- Kompatibel mit AUGIAS-Express 8 und AUGIAS-Archiv X.
- Läuft auf allen aktuellen Windows-Versionen. Der Datenbankserver MS SQL Server Express-Edition 2022 wird kostenlos mitgeliefert.

Grundfunktionen

- **Formulareditor** zum mühelosen Entwerfen eigener Eingabeformulare.
- **Layout-Assistent:** Erstellung von Findbüchern, Etiketten, Berichten, Statistiken etc.
- **Multimedia-Archiv:** Verknüpfung von Bildern, Videos, Audio- und PDF-Dateien im Verzeichnungsformular oder über Massen-Dateiimport-Funktion.

Testen Sie die AUGIAS® Private-Edition. Kostenfrei.

- Über einen Online-Zugang mit Demodaten oder
- 30 Tage lang als Voll-Installation auf Ihrem PC.

AUGIAS-Data GmbH – www.augias.de

AUGIAS®-DATA

Archiv Museum Bibliothek